1/99 (Nr. 67) 20 Jg. 8,– DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Chiapas

Startbahn

Duale Macht

Inhalt Nr. 1/99 (Nr.67)

Titelphoto: Salvatore Trupia

Liebe LeserInnen,
wir brauchen weiterhin Eure Hilfe bzw. Eure ABOs dringend für den Erhalt der Zeitschrift. Wir brauchen Eure Bereitschaft Förder-ABOs zu 50.-DM oder monatliche Spenden a 10.-DM für den Faden einzurichten.

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-68 (2/99): 1.06.1999

Trefft uns im Internet (gleich zweimal):
http //www.txt.de/trotzdem
http://www.comenius-antiquariat.com/anares/verlage/tv.htm

Impressum:
Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: trotzdemusf@t-online.de

Einzelpreis: 8.-DM
ABO (4 Nrn.): 30.-DM
Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau

Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Redaktion dieser Ausgabe:
Nicole Frazier, Wolfgang Haug, Jan Jacob Hofmann, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt, Kai Twelbeck.
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Janet Biehl, Ullrich Brandt, Ralf Burnicki, Donna Kiddie, Arno Klönne, Chuck Morse, Rike Müller, Jürgen Mümken, Dieter Nelles, Helmut Richter, Sonja Richter, Edo Schmidt, Claudia Schmidke, Gerold Schmidt, Nikola Siller, Ulli Stelzner, Michael Wilk

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als RTF-Datei auf MAC- oder DOS-Basis oder als **e-mail: trotzdemusf@t-online.de**

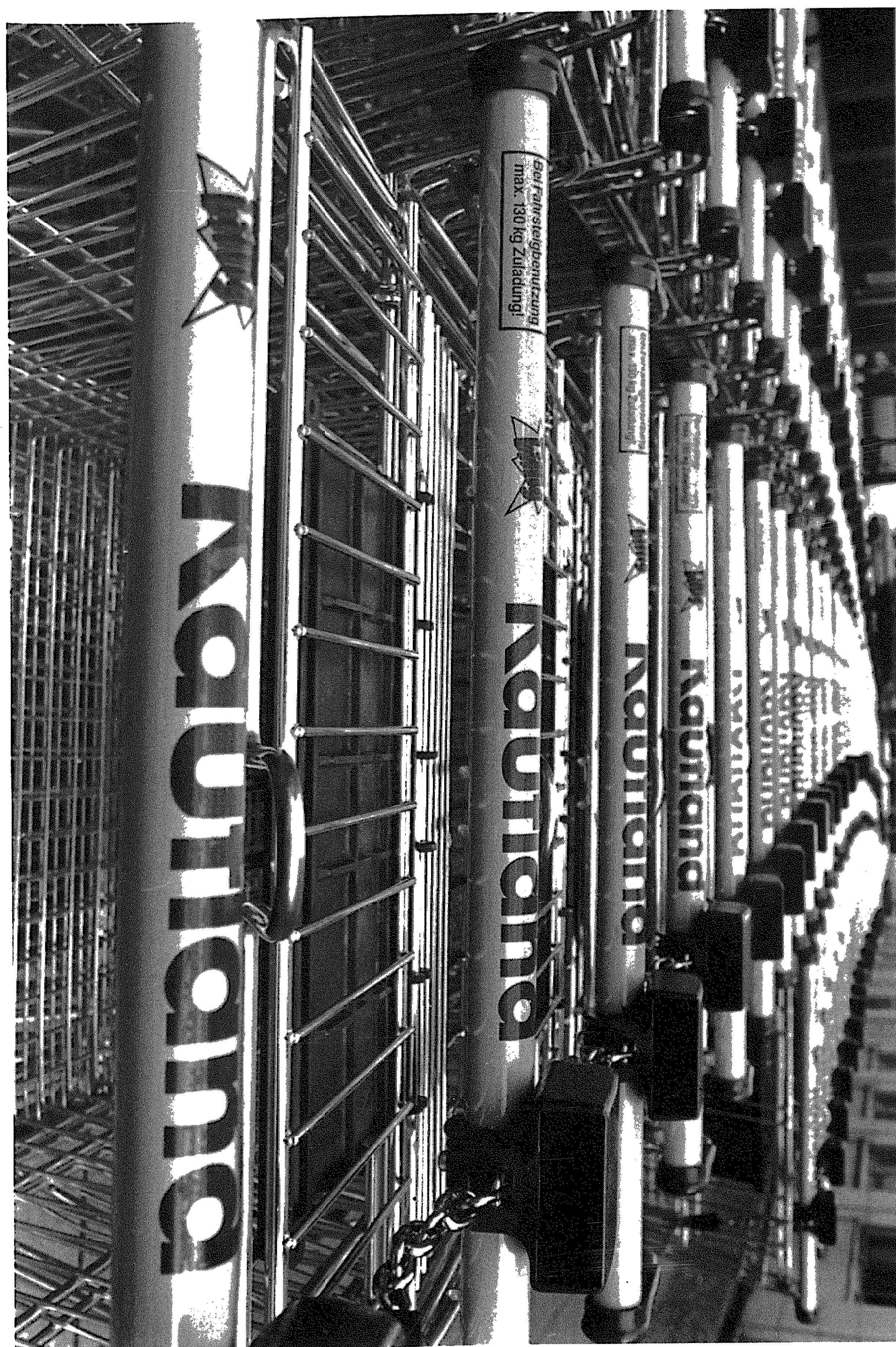
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):

Kleinanzeige:	40.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.- DM
1/2-A-4-Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM
Beilagen	**400.- DM**

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Foto: Herby Sachs



Fünfzehn Jahre nach der Inbetriebnahme der umstrittenen und hart umkämpften Startbahn West, soll der Frankfurter Flughafen um eine weitere Start- und Landebahn erweitert werden. Über die aktuellen Pläne sowie der Geschichte Flughafenausbaus schrieb Michael Wilk bereits im Schwarzen Faden Nr. 64. Im folgenden Beitrag setzt er sich mit der Strategie der, inzwischen, abgewählten Hessischen Landesregierung auseinander, aufkommenden Protest bereits frühzeitig aufzufangen und in herrschende Politik zu integrieren: das Mediationsverfahren. Noch relativ neu und wenig erprobt, könnte dieses Verfahren für den zukünftigen Umgang mit Protesten gegen Großprojekte richtungsweisend sein.

Der Artikel ist die gekürzte Version aus Macht und Herrschaft, dem neuen Buch von Michael Wilk zu anarchistischer Staatskritik. Macht und Herrschaft erscheint im August im Trotzdem Verlag.

SF-Redaktion



Foto: Sabine Adorf

Auf Seiten der Hessischen Landesregierung und der Flughafen AG (FAG) führte die Gründung der Gesamtbürgerinitiative gegen den weiteren Flughafenausbau zu schlimmen Befürchtungen. Nicht nur wegen der hessischen Landtagswahl im Februar 1999 sollten die Konflikte möglichst gering gehalten werden. Sorge bereitete die mögliche Weigerung breiter Teile der Bevölkerung, einen weiteren Ausbau klaglos hinzunehmen vor allem vor dem Hintergrund einer potentiellen (Re)organisierung der zahlreichen FlughafenkritikerInnen. Obwohl die Konflikte um die Startbahn West letztlich zugunsten der Flughafenbetreiber entschieden wurden, ist die Dimension der Auseinandersetzung noch präsent. FAG und Landesregierung griffen deshalb frühzeitig zu einer Strategie mit verteilten Rollen. Die FAG setzte massiv auf das Arbeitsplatzargument. Die Landesregierung dagegen initiierte schon früh einen "Gesprächskreis Flughafen", der ein sogenanntes Mediationsverfahren anregte. Sie setzte damit auf ein bislang in der BRD wenig erprobtes Verfahren, das einen neue Dimension im Umgang mit Widerstand gegen Großprojekte darstellt. In den »Erläuterungen zur Beschlußvorlage«der Mediation wird klar, worum es geht und was gefürchtet wird:

»In Deutschland stoßen bauliche Großprojekte und insbesondere große Verkehrsvorhaben in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend auf massiven Widerstand. Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen sind die Regel. Wie die heftigen Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens und auch um den Münchener Flughafenneubau im Erdinger Moos zeigen, gilt dies für Flughäfen in besonderem Maße. Typischerweise stehen sich in solchen Situationen einzelne Betroffene, Bürgerinitiativen, Umweltverbände, Unternehmen, Politik und Verwaltung als Konfliktparteien gegenüber. Konventionelle Planungs- und Entscheidungswege haben sich in diesen Konstellationen als wenig geeignet erwiesen, konfliktentschärfend zu wirken.«(vgl. Erläuterungen zur ...)

Nach dem allgemeinen Vorspann wird das Papier noch wesentlich konkreter:

»Gerade der Frankfurter Flughafen hat wegen der gewalttätigen Konflikte im Zusammenhang mit der Startbahn 18 West einen erheblichen Symbolcharakter und ist demzufolge mit großer Emotionalität verbunden. Weit über die örtliche bzw. regionale Betroffenheit hinaus, hat gerade dieses Projekt Folgewirkungen mit gesellschaftlicher Dimension erzeugt. Bezeichnenderweise hat daher bereits eine Äußerung des Lufthansa-Vorstandsvorsitzenden zu Gunsten einer Kapazitätserweiterung des Flughafens ausgereicht, um reflexartige Reaktionen sowohl im politischen wie im gesellschaftlichen Raum auszulösen. Und dies, ohne daß eine konkrete Absichtserklärung der Betreiberin des Flughafens, der Flughafen AG, für einen Ausbau vorläge. Bei einer solchen, durch große Multipolarität der Interessen gekennzeichneten, Ausgangslage scheint eine rein administrativ-verwaltungstechnische Behandlung des Themas nahezu aussichtslos. Vielmehr sind angesichts der bereits jetzt emotions-



geladenen Diskussion und vor dem historischen Hintergrund der Auseinandersetzung um die Startbahn West erhebliche Spannungen bis hin zu erneuten Gewalttätigkeiten nicht auszuschließen.«(vgl. Erläuterungen zur ...)

Abgesehen von der Frechheit, den Betroffenen vor allem »Emotionalität« und »reflexartige Reaktionen« zuzuschreiben, Verhaltensweisen die ausserhalb rationaler und vernünftiger Ebenen liegen, spricht schon aus den ersten Zeilen der Vorlage die tiefsitzende Sorge um einen sich anbahnenden Konflikt, der, ähnlich wie der um die Startbahn 18 West, politisch-sozialen Sprengstoff bergen könne.

Das Mediationverfahren

Das vorgeschlagene Mediationsverfahren ist keine Erfindung der Hessischen Landesregierung. Das Verfahren wurde seit Anfang der siebziger Jahre vor allem im angelsächsischen Raum zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte entwickelt. Speziell dient es zur Regulation spannungsgeladener Interessensdivergenzen zwischen BürgerInnen und Regierungen.

Das Mediationsverfahren wird im Vorschlagspapier als »informelles Verfahren ohne normative Regelungen« beschrieben. Mit diesem Verfahren ließe sich »in bestimmten Situationen eher ein konsensuelles Ergebnis erzielen als mit einer einseitigen hoheitlichen Maßnahme«. Offen wird mit der Einbeziehung der BürgerInnen in das Prozedere geworben: »Mit der frühzeitigen Einbeziehung der Bürgerinteressen wird auch der gesellschaftlichen Bewegung weg vom Obrigkeitsstaat (!) eher Rechnung getragen.«Proklamiert wird, daß es anders als bisher möglich wäre, die »selektiven Verhandlungsprozesse zwischen Verwaltung und Vorhabenträger«auch für bislang nicht vertretene Interessengruppen zu öffnen. Das Papier wirbt für Sympathie bei den Betroffenen, stellt es doch die Möglichkeit einer relevanten Einflußnahme in Aussicht, ohne jedoch zu verschweigen worum es eigentlich geht: »Dies soll zum einen der Verwaltung helfen, ihren Auftrag zur neutralen Gemeinwohlorientierung (!) und zum optimierenden Ausgleich aller rechtlich relevanten Interessen besser zu erfüllen, zum anderen die Akzeptanz umstrittener Maßnahmen fördern.«Damit ist letztlich die Katze aus dem Sack. Was vordergründig als »kooperative Konfliktbewältigung« angepriesen wird, dient letztlich zur Durchsetzung bestimmter Vorhaben, die unter Einsatz klassischer zentralstaatlicher Planungskompetenz auf spürbar steigende Widerstandsbereitschaft bei den betroffenen BürgerInnen stoßen würden. Der Köder, der dazu dienen soll die Beteiligung an einem Mediationsverfahren schmackhaft zu machen, ist die in Aussicht gestellte sogenannte »win - win« Situation. Gemeint ist ein angestrebtes Ergebnis, in dem es nur Gewinner, aber keine Verlierer geben soll. »Das Ziel von Konfliktvermittlung ist also nicht, die Betroffenen zur Interessensaufgabe zu bringen, sondern ihre Positionen verrückbar zu machen, d.h. die verschiedenen Interessen soweit wie möglich zu befriedigen ohne das es nur Verlierer oder Gewinner gibt, sondern jeder einen (Teil) Gewinn verbuchen kann.«(vgl. Erläuterungen zur ...)

Ein auf den ersten Blick verlockendes Angebot. Was sollte auch schlecht sein an einer Gesprächsrunde aus 20 VertreterInnen der Konfliktparteien, die unter der Leitung dreier Mediatoren über die Zukunft des Frankfurter Flughafens berät? Die vorgegebenen inhaltlichen Ziele der Runde stellten sich jedoch keineswegs so ergebnisoffen dar, wie es eigentlich sein sollte: Das Mediationsverfahren soll klären »unter welchen Voraussetzungen der Flughafen Frankfurt dazu beitragen kann, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsregion Rhein-Main im Hinblick auf Arbeitsplätze und Strukturelemente dauerhaft zu sichern und zu verbessern, ohne die ökologischen Belastungen für die Siedlungsregion außer acht zu lassen.«(vgl. Presseinformation)

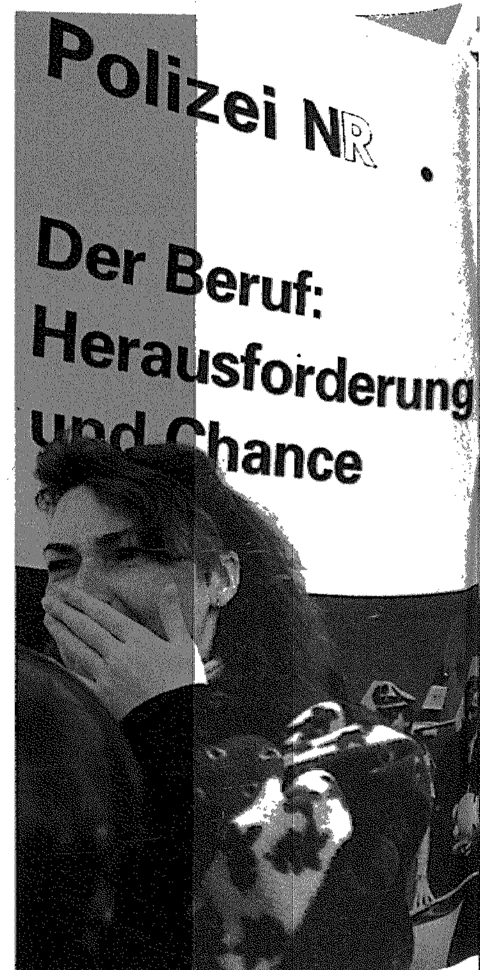
Die ökonomischen Expansionsinteressen der FAG werden von vornherein als primäre Ziele, ökologische Bedingungen als sekundäre »Kann-Bestimmungen« definiert. Im Gegensatz dazu stehen die Forderungen der BIs, diese Prämissen umzukehren.

Die in den »Erläuterungen zur Beschlußvorlage«genannten Ziele sprechen eine noch klarere Sprache: »Das Mediationsverfahren soll klären, unter welchen Voraussetzungen der Flughafen Frankfurt dazu beitragen kann, die Leistungsfähigkeit der Wirtschafts- und Siedlungsregion Rhein-Main dauerhaft zu sichern und zu verbessern.«

Das klare Primat der Ökonomie ließ die Bürgerinitiativen und die Umweltverbände aufhorchen. Selbst diejenigen mißtrauten nun dem Angebot der Landesregierung zum »Ergebnisoffenen Dialog«, die nicht von Anfang an erkannt hatten, daß sich die Landesregierung lediglich konfliktarm über die anstehende Wahl retten wollte. Nicht nur der erkennbare Anspruch, den Flughafen als ökonomisches Zentrum auszubauen, trug zu einer Verunsicherung der Bürgerinitiativen bei. Auch Teile der Regierung, namentlich Wirtschaftsminister Klemm, traten frühzeitig und offen für einen Ausbau des Airports ein. Gleichzeitig betonte der Ministerpräsident gebetsmühlenartig die Ergebnisoffenheit des Mediationsverfahren. Jedoch war er gezwungen klarzustellen, daß das Ergebnis in keinem Falle bindend für die künftige Beschlußlage der Regierung sei. Das Mediationsverfahren, das im übrigen »nicht öffentlich« tagt, und dessen Ergebnisse nur von der Mediationsleitung nach außen getragen sollen, wurde

von immer mehr Menschen als das wahrgenommen was es letztlich war: eine Farce und Taschenspielertrick. Ins Leben gerufen, um den Konflikt weg von der Straße, hin zum abgehobenen Verhandlungstisch zu kriegen. Da nutzte es auch wenig, das mit Pfarrer Oeser ein ausgewiesener Gegner des Flughafenausbaus zu einem der Mediatoren berufen wurde. Es war offensichtlich geworden, »daß es der Landesregierung längst nicht mehr um ein 'ob', sondern nur noch um das 'wie' der Expansionsabsichten der FAG geht. Von über zwanzig Bürgerinitiativen blieb nur eine an der von der Landesregierung ausgelegten Leimrute kleben. Alle anderen verweigerten, aus den genannten Gründen, ihre Teilnahme. Als auch noch alle großen Umweltverbände unter ähnlicher Argumentation die Runde verließen, war die Enttäuschung auf der anderen Seite deutlich spürbar. Ohne die ausgewiesenen Gegner des Ausbaus war das Mediationsverfahren zwar formal noch durchführbar, jedoch letztlich und für alle offensichtlich, sinnlos geworden.

Festzustellen ist, daß sich die Entscheidungs über Teilnahme oder Ablehnung an dem Mediationsverfahren mit vielen Auseinandersetzungen und Diskussionen verbunden war. Der glückliche Ausgang dieses Klärungsprozesses wirft aber die Frage auf, was gewesen wäre, wenn es der Landesregierung gelungen wäre, alle BIs in das Verfahren einzubinden. Seit Anfang der 80er Jahre existiert in den USA »ein regelrechter Mediationsboom, der vor allem auf die hohe Erfolgsquote dieser Verfahren zurückzuführen ist«. Wobei nicht ungenannt bleiben sollte, daß in der USA Konflikte oft mit finanziellen Mitteln beigelegt wurden. Die GegnerInnen bestimmter Projekte wurden ausgezahlt oder, anders gesagt, bestochen. Auch bei den Verfahren in den USA geht es nicht darum, daß der/die MediatorIn Konflikte durch Schiedsspruch schlichtet oder entscheidet, sondern darum, »die Gesprächs- oder Konsensbereitschaft der verschiedenen Konfliktparteien zu stärken.« Wesentlicher Unterschied zu dem am Flughafen praktizierten Vorgehen ist, daß die »bei diesen Verfahren vereinbarte Einstimmigkeitsregel (...) jeder Partei de facto ein Vetorecht einräumt«.



Laut Hans Joachim Fietkau, Psychologe am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin, konnten 1986 allein 103 von 136 durchgeführten Mediationsverfahren mit einer einvernehmlichen Übereinkunft der Konfliktparteien beendet werden. Diese annähernd 80% haben allerdings, nach der Analyse US-amerikanischer Sozial-Wissenschaftler, spezielle Bedingungen:

– Religiöse oder ideologische Grundkonflikte sollten nicht zur Verhandlung stehen;

– die Machtungleichgewichte zwischen den Akteuren dürfen nicht zu groß sein;

– bei den Verhandlungen darf es sich nicht um ein reines Nullsummenspiel handeln.

Unschwer ist zu erkennen, daß im Falle der geplanten Flughafenerweiterung weder ein Machtgleichgewicht zwischen der Landesregierung und den BIs herrscht, noch für diese die Möglichkeit besteht, aus der Mediation mit einem Erfolg hervor zu gehen. Denn



Foto: Sabine Adorf

erstens stellte die Landesregierung klar, daß sie die Entscheidung der Mediationsrunde nicht als bindend betrachtet. Und zweitens läuft jeder weitere Ausbau des Flughafens den Interessen der AusbaugegnerInnen zuwider. Unter der Maßgabe »nord-amerikanischer« Kriterien handelte es sich bei dem Flughafen-Verfahren um ein reines »Akzeptanzmanagement«, das wesentliche Bedingungen eines klassischen Mediationsverfahrens gar nicht erfüllt. Die Entscheidung der Bürgerinitiativen gegen eine Teilnahme am Mediationsverfahren, war in diesem Sinne nicht nur ein reines Fernbleiben, sondern der darüber hinausgehende Versuch, ein derartiges Prozedere zu sabotieren. Die Antwort auf den klar erkennbaren Versuch, die BIës von der Ebene des direkten Widerstands und der Verbreiterung der Bewegung abzubringen, konnte nur darin bestehen, genau auf diesem Wege fortzufahren.

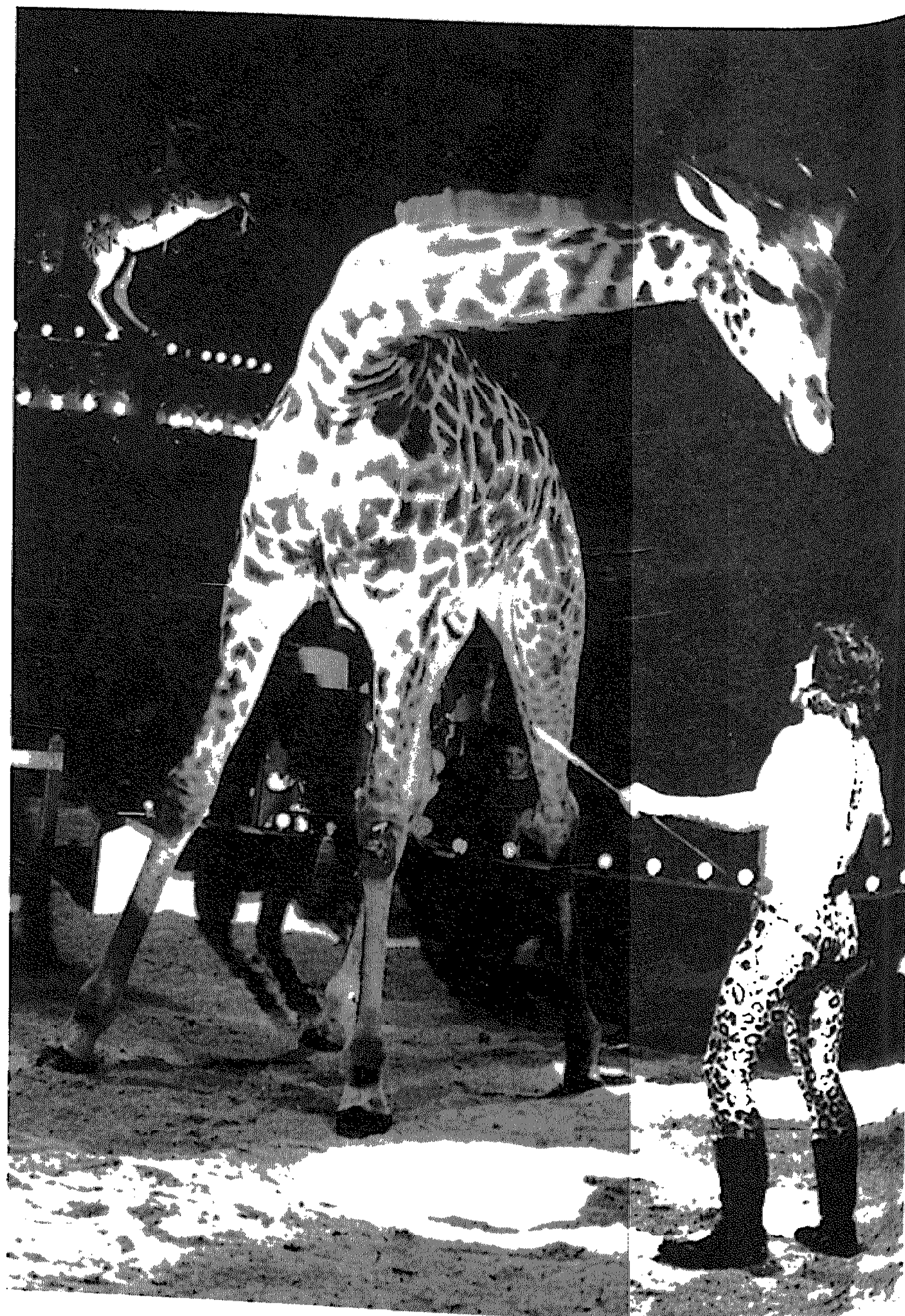
»Beteiligung als Akzeptanzmanagement«

Trotzdem bleibt die Frage, was von Mediationsverfahren im allgemeinen, und dies nicht nur als Mittel der Durchsetzung von Projekten gegen den Willen der ansässigen Bevölkerung, zu halten ist. SozialwissenschaftlerInnen spekulieren über die Möglichkeit, das Mediationsverfahren vornehmlich im Umweltbereich zum festen Bestand einer Palette von Verhandlungs- und Vermittlungverfahren zu machen. Interessanterweise wird dabei sowohl von einer wachsenden Politik- und Parteiverdrossenheit, als auch von einer steigenden Unwilligkeit der betroffenen BürgerInnen ausgegangen, Entscheidungen von Behörden klaglos und ohne Widerstand zu akzeptieren. »Der Bürger ist also politisch selbstbewußter geworden, versteht sich gegenüber Politik und Verwaltung nicht mehr als Untertan, sondern erwartet die Berücksichtigung seiner Interessen durch den Leistungsstaat und verlangt nach mehr Mitsprache, wo es um seine Interessen geht. Andererseits wird der Bürger zunehmend sensibler gegenüber den Belastungen und Risiken, die von politischen Entscheidungen oder administrativen Maßnahmen ausgehen, und er reagiert darauf mit zunehmenden Mißtrauen und Widerstand.«(vgl. Zilleßen) Die zunehmende partielle Distanz der Bevölkerung gegenüber staatlich-administrativen Ebenen, die sich nicht mehr durch die Beeinflussungsmöglichkeit einer alle vier Jahre stattfindenden Wahl überbrücken läßt, macht es notwendig, über neue Möglichkeiten der »Bürgerbeteiligung« in Sachen "Demokratie" nachzudenken. »Viele Bürger haben offenbar mit der repräsentativen Demokratie ihre Probleme. (...) Die wichtigste Beteiligungsmöglichkeit ist zwar die Ausübung des Wahlrechts. Da immer wieder von Wissenschaftlern und Bürgern Zweifel geäußert werden, ob es bei den allgemeinen, freien und geheimen Wahlen überhaupt etwas zu wählen gibt, kommen auch die Wahlen in die Diskussion. Der Nichtwähler erscheint als der besonders reflektierte Zeitgenosse. Die 'Partei der Nichtwähler' hat immer mehr Anhänger, so ist nach den Wahlen in den Zeitungskommentaren zu lesen.«(vgl. Naßmacher) Die »partielle Entfernung«, der Menschen vom Staat und seiner »demokratisch legitimierten« Exekutive, wird unabhängig von ihrer Genese, sei es stupides Desinteresse oder aktive kritische Distanz, als heikel und dem Funktionieren des Staates abträglich eingestuft. Der Verlust an Einbindungs- und Übereinstimmungsebenen, die das moderne Herrschaftssystem auszeichnen, das nur in Ausnahmen auf offen repressive Instanzen (Polizei/Militär/Knast) zurückreift, wird gefürchtet. Es gilt, jedweder kritischer Distanz gegenüber dem Staat, die unter libertären Aspekten als Ansatz eines emanzipativen Prozesses dienen könnten, frühzeitig mit Einbindungsversuchen zu begegnen.

Propagiert wird, unter dem Eindruck eines eben in diesem Sinne nicht genügend funktionierenden Parteiensystems, die »Demokratisierung aller Lebensbereiche«.

»Angesichts einer seit den 70er Jahren vorausgesagten »partizipativen Revolution«(!) glaubten die meisten wissen-

schaftlichen Beobachter, den Bürgern mehr Beteiligungsmöglichkeiten anbieten zu müssen, als in der Parteiendemokratie vorgesehen sind. (...) Durch Beteiligung der Bürger an Personen und Sachfragen soll in beschränktem Rahmen (!) direkte Demokratie verwirklicht werden. Dem schlossen sich auch die etablierten Parteien, trotz jahrzehntelanger breiter Ablehnung direktdemokratischer Elemente, in den 90er Jahren an.«(vgl. Naßmacher) Die Debatte über »Konzepte institutioneller Modernisierung« erfolgen in der politik-wissenschaftlichen Auseinandersetzung aus diesem Grund unter den Stichworten »kooperativer Staat«, »informales Verwaltungshandeln«, »Vermittlungsfunktion des Staates« und »Modernisierung des Staates«. Vielleicht wird auch der eine oder die andere wissenschaftliche AutorIn von der hehren und liberalen Vorstellung getragen ist, den bislang in Umwelt-Konfliktfällen durchaus hierarchisch agierenden Staat, demokratisch wandeln und so den regierten Menschen wieder näher bringen zu können. Bei sehr, sehr gutem Willen könnte unterstellt werden, daß diese Politik- und VerwaltungswissenschaftlerInnen innerhalb der engen cerebralen und institutionell gesteckten Grenzen einen reformistischen Ansatz verfolgen, der auch einem breiten Bedürfnis in der Öffentlichkeit Rechnung trägt. »Sie sind Ausdruck einer Entwicklung, die ein Verständnis von Staat und Verwaltung herbeiführt, das deren Autonomie und »souveräne«Handlungsfähigkeit mehr und mehr in Zweifel zieht, und die in einer »Enthierarchisierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft« mündet.«(vgl. Zilleßen) Nur unbedarfte empfinden jedoch fröhlich-ungetrübtes Frohlocken wenn in diesem Zusammenhang von einer Enthierarchisierung gesprochen wird, denn schon bald wird klar worum es vorallem geht: »Der Staat kann seine wachsenden Aufgaben nur dann erfüllen, wenn er die gesellschaftlichen Akteure, betroffene oder sich betroffen fühlende Einzelpersonen und Organisationen in die Vorbereitung politischer oder administrativer Entscheidungen einbezieht«. (vgl. Zilleßen) Was sich aus der Perspektive starrer, klassischer Verwaltungstechnokraten geradezu »revolutionär« ausnimmt, stellt sich bei kritischer Betrachtung als der Versuch dar, einerseits Konfrontation zu vermeiden und andererseits die betroffenen BürgerInnen, und deren Widerstandspotential erneut staatlich einzubinden.


Foto: Paolo Brenzini

Im gesamtstaatlichen Kontext gesehen, beabsichtigt die Einrichtung von Mediationsverfahren auch eine erhöhte An- und Einbindung der Menschen an einen Staat, der zumindest partiell seine okkupierende Durchdringungskraft und Akzeptanz bei den BürgerInnen verloren hat oder zumindest zu verlieren droht. Neben der Funktion spezielle Projekte (z.B. Flughafenerweiterung) möglichst konfliktarm durchzusetzen, geht es auch immer um »Akzeptanzmanagement« im Gesamtsystem. Mediationsverfahren sind in diesem Sinne Teil einer Befriedungsstrategie. Sie haben die Funktion, Konflikte zu entspannen und entstandene Risse im Funktionssystem des Staates zu kitten. »Dieses Erleben (der Mediation, d. Verfasser) kann der verbreiteten Staats- und Politikverdrossenheit entgegenwirken und demokratiefördernde Wirkung zeitigen. Es geht um eine Neubelebung von Bürgerengagement in die Angelegenheiten des Staates und um den Aufbau langfristig harmonischer Beziehungen zwischen gesellschaftlich

relevanten Interessengruppen.« »Wichtig ist, daß die sich zu Wort meldenden Bürger nicht zurückgewiesen, sondern als Teil der Aktivdemokratie (!) betrachtet werden. Das Ziel sollte sein, Protest in Diskussion zu verwandeln....«(vgl. Naßmacher)

Die vor diesem Hintergrund stattfindenden Mediationsverfahren sind als Großversuche zu werten, bei dem Psychologen, Sozial- und Politikwissenschaftler eine Doppelrolle innehaben. Ihnen kommt neben ihrer Funktion als forschende und den Prozess analysierende Wissenschaftler die Rolle der »neutralen Dritten« zu. Sie sollen mittels ihrer spezifischen Fähigkeiten »im Bereich der Prozeßgestaltung/Rhetorik aber auch in den Bereichen sozialer und politischer Kompetenz «Positionen einnehmen, die von allen Beteiligten akzeptiert werden. Der zentralen Figur des Mediators obliegt vor allem die Steuerung eines Annäherungsprozesses. Gemeinsam soll eine Lösung erarbeiten werden, die für alle Beteiligten gleichermaßen akzeptabel erscheint. Diese von den BefürworterInnen der Mediationsverfahren immer wieder proklamierte »win - win« Situation setzt voraus, daß es, neben den offensichtlichen Gegensätzen, eine gemeinsame Interessenebene geben könnte. Schwierig wird es, wenn sich die Interessen der »Konfliktparteien« zu sehr gegenüberstehen und eine gemeinsame Ebene nur auf allgemeinstem Niveau herzustellen ist. Fast alle AutorInnen sehen in solch einer Situation einen weiteren wichtigen Grund für ein eventuelles Scheitern des Mediationsverfahren.

Das perfide an einem Mediationsverfahren ist jedoch, daß es schwierig ist, von von Beginn an auf die Unvereinbarkeit der Interessen zu verweisen. Die sozial-psychologische Wirkung des Verfahrens beginnt in diesem Sinne schon vor dem eigentlichen Prozedere. Wer möchte sich schon nachsagen lassen, daß er/sie nicht gesprächsbereit sei? Wer sich von vornherein von dem Mediationsangebot distanziert, läuft Gefahr als engstirnig und unkooperativ zu gelten, während sich die Gegenseite die Attribute verhandlungswillig, offen und demokratisch ans Revers heften kann.

Sollte eine Mediationsrunde zustande kommen, beginnt die Phase der psychologischen und gruppendynamischen Prozesse, in deren Verlauf nicht nur das zu erörternde Ergebnis, sondern eben die Dynamik der Zusammenarbeit den wesentlichen Punkt darstellt. »Die Entwicklung eines »Wir-Gefühls« gilt vielen als Grundprinzip von Mediationsverfahren, das die Entwicklung der inhaltlichen Zusammenarbeit –und ein produktives Ergebnis der Mediationsrunde– fördern soll.«(vgl. Pfingsten) Dieses »gemeinsame Miteinander«, das in einer speziell geschaffenen Atmosphäre stattfindet, soll nicht nur die Wahrnehmung des »Gegners« zum »Gegenüber« verändern, sondern letztlich die eigene Position aufweichen. Explizit geht es in den Beschreibungen des Mediationsverfahrens »nicht um die Aufgabe der eigenen Position«, sondern darum, die Interessen des »Gegenüber« zu verstehen und zu »respektieren« und die eigene »Position verrückbar zu machen«. Es greift damit direkt in das Konfliktverhalten widerstandsbereiter Menschen ein, indem es Einfluß nimmt auf die Sicht der Dinge, auf die Ebene der Wahrnehmung ebenso wie auf die Verarbeitung von Information und Erfahrung. Gegen diese Veränderungen wäre vielleicht nichts zu sagen, wenn sie nicht unter diesen Bedingungen stattfänden, zumal es sich – losgelöst betrachtet– um ganz normale psychodynamische Prozesse handelt. Deutlich sichtbar werden Verfahrens- und Gesprächstechniken, die u.a. im Konflikttraining der Partnerschaftstherapie ihre Anwendung finden.

Ganz anders jedoch stellen sich die Dinge dar, wenn es sich nicht um Konflikte auf –zumindest formal– egalitärer Ebene handelt, sondern Interessenwidersprüche zwischen "Oben" und "Unten", zwischen staatlicher Exekutive und BürgerInnen gegeben sind. Es könnte auch so ausgedrückt werden: Durch den »neutralen« Mediator werden egalitäre Sprach- und Verhandlungsstrukturen in einem speziellen Rahmen angestrebt, die aber in keiner Weise durch die gesellschaftliche Realität gedeckt sind. Gleichberechtigung –im Idealfall Machtgleichheit– wird somit, bezogen auf die Mediationssituation, zur Fiktion im besten Sinne, –ohne das sich etwas an der umgebenden Herrschaftssituation geändert hätte. Die gegebenenfalls veränderte Sicht der eigenen Interessen und der eigenen Position wäre unter diesen Bedingungen die Folge einer mehr als fraglichen Dynamik, beruhend auf fiktiven Voraussetzungen. Unter emanzipatorischen Kriterien sind die künstlichen Bedingungen innerhalb einer Mediationsrunde nicht nur zweifelhaft, sondern schädlich. Sie verdecken die eigentlichen Macht und Herrschaftsbedingungen, die neben der Auseinandersetzung um das jeweilige Projekt eine entscheidende Rolle spielen.

In jedem Fall bedeutet die »Professionalisierung« des Konflikts und die angestrebte »kooperative« Konfliktbewältigung, das die Austragungsebene verändert wird. Sie wird sozusagen auf ein »höheres Niveau« gehoben, und dies sowohl auf Makro- als auch auf der Mikroebene emanzipativer Bedingungen. Nicht mehr direkte Aktion und direkter Widerstand, der wiederum weiteren Erfahrungsspielraum für andere Menschen und vor allem das Spüren der eigenen Kraft bedeuten würde, sondern die abgehobene und den Menschen entrückte Diskussionsrunde soll zum Austragungsort gesellschaftlicher Konflikte werden. Und

genau darum scheint es zu gehen: Demonstrationen, Besetzungen, Streiks und Aktionen, die eine Sabotage geduldigen gesellschaftlichen Funktionierens darstellen, könnten als undemokratisch und deshalb inadäquat abgewertet werden. Im Gegensatz dazu wird das Mediationsverfahren als kooperativ und demokratisch, als die sozusagen kultivierte Ebene der Konfliktbewältigung dargestellt.

Mediationsverfahren setzen auf verschiedenen Ebenen an:

– Individualspsychologisch und gruppendynamisch, durch veränderte Wahrnehmung bei den TeilnehmerInnen in der Mediationsrunde selbst. Die Teilnehmenden werden zudem noch durch die Exklusivität ihren MitstreiterInnen entrückt;

– Durch die Diskreditierung der direkten Protest- und Widerstandsebene führt die Teilnahme an Mediationsverfahren zu einer Erschwerung, oder, bei Verzicht, zu dem Verlust an Erfahrung von eigener Stärke und Widerstandspotential. Weiterhin ist die Verbreiterung einer Bewegung über die Beteiligung an direkten Protestaktionen erschwert.

– Gesamtgesellschaftlich schaffen Mediationsverfahren neue Ein- und Anbindungsebenen an die staatliche Exekutive –genau an Punkten wo offener Dissens »droht«und antistaatlich-antihierarchische Ansätze entstehen könnte.

Mediationsverfahren als Konfliktmanagement nehmen in den letzten Jahren an Bedeutung zu. Ob eine Müllverbrennungsanlage in Bielefeld 1987, das Abfallwirtschaftskonzept in Neuss 1992, Sondermülldeponie in Arnsfeld 1991, der Bau des Großflughafens Berlin, Mediationsverfahren dienen immer öfter, als Regulationsinstrument gegenüber sich anbahnenden Auseinandersetzungen. »1993 fanden bereits mehr Mediationsverfahren statt als in den beiden Jahren zuvor: Neun Verfahren, von denen sich fünf mit der Suche nach Standorten für neue Deponien oder Müllverbrennungsanlagen befassen.«Inwieweit sich Mediationsverfahren tatsächlich und auf Dauer etablieren, bleibt abzuwarten. Fest steht, daß sie unter den genannten Bedingungen einer fixierten Machtungleichheit, die die entsprechende politische und/oder administrative Ebene weiter unabhängig vom Ausgang eines Mediationsverfahrens entscheiden läßt, für die meisten Bürgerinitiativen und Verbände unattraktiv bleibt. Die Forderung von reformistischer Seite, den Staat im administrativen Bereich zu »öffnen« und zu »demokratisieren« setzt eine kaum wahrnehmbare Bereitschaft und Flexibilisierungswilligkeit voraus, die sich höchstens unter dem Nachweis der Wirksamkeit von Mediationsverfahren unter dem Konfliktmanagementskriterium einstellen könnte. Eine nachweisbar kürzere, billigere Abwicklung und Durchsetzung von ökologisch katastrophalen Großprojekten mittels Mediationsverfahren könnte eventuell Bewegung in die starren staatlichen Strukturen bringen, –wäre jedoch im selben Moment schlagender Beweis für die Kritik am Verfahren.

Literatur:

Barbian, Thomas: Mediation bei Umweltkonflikten. Überlegungen zur erfolgreichen Anwendung. Sowi 22, 1993

Erläuterungen zur Beschlußvorlage »Mediation - eine Zukunftsregion im offenen Dialog. Vorschlag für das weitere Verfahren im Zusammenhang mit der Diskussion um den Flughafen Frankfurt am Main«.

Fietkau, Hans Joachim Ausbildung und Training von Mediatoren. In: Mediation als politischer und gesellschaftlicher Prozess. Loccumer Protokolle 73/93.

Holtkamp/Schubert: Verhandlungslösungen in Mediationsverfahren. Gegenwartskunde 4

Naßmacher, Hildrud: Mehr Bürgernähe durch neue Beteiligungsmöglichkeiten. Politische Bildung H. 1/98

Pfingsten, Karin: Betrachtungen zum Einsatz psychologischer Forschungsansätze in Mediationsforschung und Praxis. In: Mediation als politischer und gesellschaftlicher Prozess. Loccumer Protokolle 73/93

Presseerklärung des AKU-Wiesbaden, Mitgl. der BIs gegen die Flughafenerweiterung

Presseinformation Hessische Landesregierung: Mediation eine Zukunftsregion im offenen Dialog. 13. Mai 1998

Zilleßen, Horst in: Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß, Leske+ Budrich, Opladen 1993

Dezember 1998,

Chiap

Polhó ist ein kleines Dorf mit ursprünglich 3.600 EinwohnerInnen, die der Tzotzilischen Sprachgruppe angehören. Formal wird Polhó zu der PRIistischen Gemeinde Chenalhó gezählt. Es befindet sich in den Altos von Chiapas und ist zwei Fahrstunden von San Cristóbal de Las Casas entfernt. Vor 1994 war Polhó priistisch dominiert, doch im Zuge des Aufstandes der EZLN haben sich die BewohnerInnen nach und nach mit den Forderungen "Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit!" identifiziert. Nach dem Wahlbetrug bei den Gemeindewahlen im Juli 1994, bei der die PRD-lastigen Wahlurnen verbrannt wurden, haben die PolhóerInnen den offiziellen Sieg der PRI nicht anerkannt und das Amt des Gemeindevorstehers selbstbestimmt besetzt. Das ging vier Monate gut, bis das Dorf auf Anordnung des Gouverneurs von Chiapas, Ruiz Ferro, geräumt und dabei 159 Menschen in den Knast von Cerro Hueco gesperrt wurden. Der andere Teil der Gemeinde hat in einer vierstuendigen Vollversammlung im Konsens entschieden, autonom zu sein und zu bleiben. Und so haben sie sich am 19. Dezember 1994 zur "neuen autonomen Gemeinde in Rebellion Polhó/ Chiapas/Mexico" erklärt. Bis Mitte

1.Bericht

Auf der autonomen Ratsversammlung von Polhó wurde entschieden, dass sich die Flüchtlinge in Campamentos rund um Polhó ansiedeln können, bis sie wieder in ihre Heimatdörfer zurückkehren könnten ... Mittlerweile leben insgesamt 16.800 Menschen in den neun Flüchtlingslagern rund um Polhó, in Acteal und Poconichin. Sie sind auf sehr engem Raum konzentriert und von Militärcamps umzäunt, die nach Belieben die eh schon knappe und unzureichende Wasserzufuhr verhindern, indem sie den kleinen Fluss, der durch die Region fliesst, stauen. Ebenso verhält es sich mit dem Brunnen von Poconichin. Die Menschen aus den Campamentos trauen sich nicht, dort Wasser zu holen, weil auch dort ein Militärcamp stationiert wurde, und die Flüchtlinge permanent von den Soldaten drangsaliert werden, - eine der zahlreichen Repressalien, denen die Menschen tagtaeglich ausgesetzt sind. Die Konzentration der Flüchtlinge und das Überleben, das ihnen so schwergemacht wird, ist eine Strategie der "Aufstandsbekämpfung".

Die studentische Gruppe der UNAM war dieses Jahr drei Mal in Polhó und hat Bestandsaufnahmen der Lebenssituation der Flüchtlinge vorgenommen. Sie haben uns ausführlich berichtet. Es ist grausam!

)as Botschaften

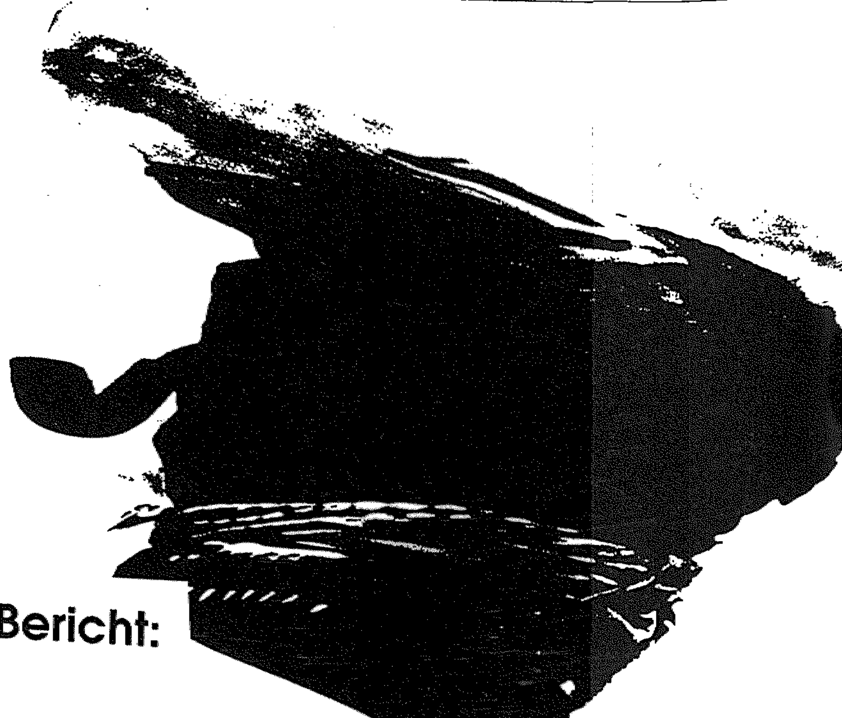
1997 ging alles soweit gut, bis sich die Situation verschärfte, als priistische Autoritäten der umliegenden Gemeinden Los Chorros und Puebla damit begannen, Wegzoelle von den Einheimischen abzuverlangen, um damit ihre Aufruestung (paramilitaerischer Banden) zu finanzieren. Sie planten einen Angriff auf die autonome Ratsversammlung von Polhó. Alle diejenigen, die die Abgabe der Gelder verweigerten, waren der Verfolgung und Repression ausgesetzt. Ihre Häuser wurden abgebrannt und viele Frauen wurden verschleppt und vergewaltigt. 60 Familien mussten aus Los Chorros fliehen und fanden Asyl in Polhó. Die Gewalt spitzte sich in den folgenden Monaten noch zu, und die paramilitaerischen Gruppen formierten und erweiterten sich. Ende November 1997 war die Zahl der Vertriebenen in dieser Region auf 4.500 Menschen gestiegen. Das Massaker von Acteal, ein Nachbardorf von Polhó, am 22.Dezember 1997, bei dem 45 Menschen brutal ermordet wurden, bildete den "vorläufigen Höhepunkt".



Reisenotizen von Nikola Siller & Edo Schmidt aus Münster

Hier ein kleiner Einblick:

Die Menschen leben in Plastikmüllbehausungen, haben kaum etwas zu essen und die Kinder sind alle krank. Das knappe Wasser (s.o.) ist verseucht und wird sowohl als Trinkwasser, zum Kochen und auch zum Waschen benutzt. Sie haben weder Land, das sie bestellen könnten, noch irgendwelche anderen Produktionsmittel. Sie sind daher abhängig von Spenden der Zivilgesellschaft. Die Bevölkerung hat erklärt, dass sie nur die Hilfe akzeptiert, die von der Zivilgesellschaft ausgeht, weil sie so lange nichts von der Regierung annehmen wollen, bis der klare und authentische Wille seitens der Regierung zu erkennen ist, Massnahmen zur Entspannung der Region zu ergreifen. D.h. sie fordern von der Regierung den vollständigen Abzug des Militärs aus der Region, zweitens die Entwaffnung der paramilitärischen Gruppen und drittens die Umsetzung der Vereinbarungen von San Andrès über indìgene Rechte und Kultur.



2.Bericht:

Ein Treffen mit einem Ex-Gefangenem aus der EZLN

Wir sitzen also bei einer Freundin im Zimmer. Ricardo, ein Ex-Gefangener und Mitglied der EZLN, beginnt damit, uns "seine Geschichte" zu erzählen.

Eine Freundin übersetzt simultan, so dass eine zwar ruhige, aber angespannte Situation entsteht. Wir werden sehr direkt Zeugen eines Teils der Verbrechen, die der Staat Mexico an vielen "seiner" BewohnerInnen begeht...Mit leiser Stimme beginnt Ricardo zu erzählen, dass er im Jahr 1984, mit zehn Jahren, zur EZLN ging. Da er noch so jung war, verschaffte die EZLN ihm eine Ausbildung in der Schule, und anschliessend als Maschinenbauer. Man hilft sich gegenseitig, wenn man nicht viel hat... In den Achtziger Jahren bildeten sich in mehreren chiapanekischen Dörfern Solidargemeinschaften. Aus dieser Bewegung entstand das, was als die "Zapatistische Bewegung" bezeichnet werden könnte, und was z.B. zu den "Frauengesetzen" aus dem Jahr 1993 führte. Ebenfalls 1993 stiess das mexikanische Militär mehr oder weniger zufällig auf einAusbildungs- und Übungscamp der EZLN im Norden von Chiapas. Ricardo lässt zwar offen, inwieweit der Commandante Daniel hierfür verantwortlich war,berichtet aber, dass es in der Folge zu einem handfesten Streit zwischen ihm und der Comandancia gekommen sei. Daraufhin verliess Daniel die EZLN und wurde bei der Staatsanwaltschaft vorstellig und verpfiff einen Teil der geheimen Struktur der EZLN, so z.B. ein paar Namen sowie konspirative Adressen in ganz Mexico. Nun folgte "Altbekanntes":

Am 1.Januar 1994 wurde das zentralamerikanische Land Teil Nordamerikas durch den Beitritt zur nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, - und gleichzeitig ging die EZLN militärisch in die Offensive.

Seit 1989, der sog. Niederlage jeglicher Alternativen zur bestehenden kapitalistischen Weltordnung, war dieser Akt der Verzweiflung wohl das erste (in den Medien wahrzunehmende) Signal, dass der Kampf gegen die Herrschenden noch nicht beendet ist, und dass sich immer wieder Widerstand gegen die Pläne der Reichen regen wird.

Auch wenn sich der Grossteil der EZLN zwei, drei Tage später wieder zurückzog, blieben viele ehemalige Ländereien von Grossgrundbesitzern in der Hand der nunmehr autonomen - d.h. vom Staat unabhängigen - Kollektive! Das Militär nahm Rache an der wehrlosenBevölkerung von Chiapas und erreichte so bald einen Waffenstillstand mit der EZLN, der jedoch immerhin die Straffreiheit von EZLN-Angehörigen zum Gegenstand hatte.

Entgegen dieses Waffenstillstands stürmten am 7.Februar 1995 maskierte Spezialeinheiten des Militärs zwei Häuser: eins in Mexiko D.F., das andere in Veracruz. Ricardo wurde in dem Haus in Veracruz "festgenommen" und -wie seine Mitgefangenen - schwer misshandelt und gefoltert. Als erstes wurden ihm die Augen verbunden, dann wurde er mehrere Stunden lang geprügelt und getreten, mit kaltem Wasser abgespritzt und wieder bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt. Er sollte Namen nennen und Geheimes über die EZLN verraten,was er jedoch verweigerte. Dann wurden er und seine - männlichen und weiblichen - Mitgefangenen auf Pick-up's unter eine Plane gesteckt. Die Soldaten standen auf ihnen und sie wurden nach einer mehrstündigen Fahrt zu einem Flugplatz verschleppt. Dort wurde Ricardo in ein Flugzeug verfrachtet.

Noch immer waren ihm die Augen verbunden und er konnte seine Peiniger nicht sehen, die ihm drohten, ihn aus dem Flugzeug zu werfen, wenn er nicht rede.

Ricardo machte den "Überlaeufer", den Ex-Com. Daniel, dafür verantwort-

lich, die Adressen "ausgeplaudert" zu haben. Nun sitzt er uns gegenüber und erzählt uns "seine Repressionserlebnisse" und bleibt doch so ruhig dabei.

Nachdem er - entgegen den Drohungen seiner Folterknechte - auf einem Militärflughafen in Mexiko D.F. gelandet war, wurde er in ein Militärgefängnis gebracht. Dort wurde er wiederholt gefoltert und zeitweise mit nassen Tüchern bedeckt, damit die Elektroschocks den gesamten Körper durchdringen konnten. Die Militärs bedienten sich auch der typisch lateinamerikanischen Foltermethode, bei der in eine Sprudelflasche Chili gegeben wird, und diese Mischung dann in die Nase - und damit in die Lungen - ihrer Opfer gesprüht wird... Dann, irgendwann, liess man ihn"in Ruhe", d.h. er musste insgesamt zwei Monate in Isolationshaft zubringen,mit fünf und mehr Soldaten rund um die Uhr in seiner Zelle, die ihn "bewachten". Nach zwei Monaten ohne Lebenszeichen von ausserhalb dieser Folterstätte, wurde er mit seinen Mitgefangenen, die selbiges durchmachen mussten, zusammengelegt. Es dauerte aber noch lange, bis sie Anwaltsbesuch bekamen, - geschweige denn Verwandte oder Freunde sehen konnten. Diese Geschehnisse könnten sich in jeder lateinamerikanischen Militärdiktatur abgespielt haben, wir sind jedoch immer noch in Mexiko, ein Land, in dem die "perfekte Diktatur" als eine "Farce einer Demokratie" aufgeführt wird, vor einem Publikum, das aus Internationaler Währungsfond, Weltbank, Vereinte Nationen, Europäischer Union und anderer Organisationen besteht, die diesem Land eine "hoffnungsvolle Schwellensituation" attestieren. Die "Festnahmen" wurden in der Öffentlichkeit als Erfolg der "Ermittlungen gegen Terroristen der EZLN" gewürdigt, über das Schicksal der Gefolterten verlautete jedoch keine Silbe ausser einem Bild von einer Zelle, das die "gefährlichen Terroristen" hinter Gittern zeigte, und ein anderes mit "sichergestellten" Waffen und Propagandamaterial. Ricardo und seine fünfzehn Mitgefangenen blieben über zwei Jahre im Knast, bevor sie freigesprochen werden mussten, da ihnen keine strafbare Handlung nachzuweisen war. In den Prozessverhandlungen wurden sog. medizinischeund psychiatrische Gutachten vorgebracht, aufgrund derer sie diese "Sonderbehandlung" erfuhren: Ausgestellt von Polizeibeamten bescheinigten sie eine hohe Gewaltbereitschaft, eine extrem hohe "kriminelle Energie" sowie gleichzeitig Schizophrenie und Paranoia bei allen Arrestierten.

Letzteres ist nach wissenschaftlich-psychologischen Gesichtspunkten schier unmöglich. Ihre gesundheitliche "Begutachtung" führte die Folterspuren auf "Unfälle bei Fluchtversuchen" zurück. Erst als ihre Verteidiger glaubwürdige Gegengutachten beibringen konnten, die erst nach eineinhalb Jahren Prozessdauer zugelassen wurden, räumte das Gericht ein, den Gefangenen überhaupt keine Straftat nachweisen zu können, die nur eine "banale Hausdurchsuchung" gerechtfertigt hätte...

Sie wurden also knapp zwei Jahre nach dem Überfall "unidentifizierbarer" Militärkräfte und nach der Medienkampagne gegen die arrestierten "EZLN-Terroristen" wieder "auf freien Fuss" gesetzt.



13. Dezember 1998: Um 6:30 wurden am 13.Dezember priistische Campesinos auf dem Weg zur Comunidad Los Platanos in der Gemeinde El Bosque von maskierten und bewaffneten Männern angegriffen. Dabei starb ein elfjähriges Kind und sieben weitere Menschen wurden schwer verletzt. Dieser Angriff steht im Kontext der sich zuspitzenden Gewalt in Chenalhó, einer Region in den Altos von Chiapas (Acteal, eine Comunidad, die aufgrund des Massakers am 22.Dezember 1997, bei dem 45 Menschen von priistischen Paramilitärs hingerichtet wurden, weltweit Aufmerksamkeit erregte, befindet sich in eben jener Region). 1998 hat es acht (gemeldete) Angriffe aus dem Hinterhalt an verschiedenen Orten in Chenalhó gegeben, bei denen mindestens fünf

Menschen ihr Leben verloren und mindestens 20 Menschen schwere Verletzungen erlitten haben.

In Los Platanos leben 370 priistische Familien, die Ende April diesen Jahres die 34 zapatistischen Familien vertrieben haben, die sich seit dem als Flüchtlinge in Nachbarorten befinden.

Die offizielle und somit weit verbreitete Version, macht die EZLN für den Angriff in Los Platanos verantwortlich. Dies' wird (nicht nur) in *La Jornada* als Versuch seitens der Regierung gewertet, die Consulta und somit weiterhin "friedliche" Lösungen zu blockieren und zu verunmöglichen. Mit einem Comunicado an das Volk von Mexiko und an die Völker der Welt und an die nationale und internationale Presse wehrt sich die EZLN vehement gegen die Vorwürfe. Das CCRI erklärt die internen Machtkämpfe der verschiedenen Paramilitaerischen Banden, die um die Vorherrschaft in Los Platanos und Umgebung kämpfen, für schuldig. In zehn Punkten wird diese Version dargelegt, so wird z.B. aufgeklärt, dass die Gemeinde Los Platanos seit einem Jahr unter der totalen Kontrolle von Paramilitärs, bundesstaatlichen Soldaten und Elementen der Seguridad pública des Staates Chiapas steht. Ausser den eben genannten kann sich in der Region keineR frei bewegen. Ausserdem weist die EZLN erneut darauf hin, dass sie keine Zivilen angreifen.

Verantwortlich für den Mord an dem Kind und für dieSchwerstverletzten erklärt die EZLN die Regierung, da sie die Paramilitaers aufbaut und finanziert.

15.Dezember 1998: In einer gemeinsamen Aktion haben 50 Elemente der Seguridad publica (Sicherheitskräfte der Polizei) und ein Dutzend bewaffneter Ziviler, Mitglieder einer neuen paramilitaerischen Bande die in den Altos von Chiapas operiert, die autonome zapatistische Comunidad San Juan de la Libertad (offiziell: Unión Progreso) in der Dunkelheit (20:00 Uhr) angegriffen und für 16 Stunden besetzt gehalten. Diese Aktion provozierte die Flucht von 43 Familien in die Berge. Viele von ihnen befinden sich noch immer in der Caoada Chabajeval, wo es v.a. in den Nächten sehr kalt und nass ist. Sie haben weder Essen noch Kleidung bei der Flucht mitnehmen können. In weniger als sechs Monaten ist dies' der zweite Angriff durch Elemente der Staatspolizei auf San Juan de la Libertad. Bei dem Angriff am 10.Juni 1998 wurden fünf Menschen der Gemeinde getötet. Die Geflüchteten haben Angst, in ihr Dorf zurückzukehren; sie sind sicher, dass die Regierung des Staates ein weiteres Acteal plant - dieses Mal in Unión Progreso.

P.S. zum Thema "Aufstandsbekämpfung": Der Angriff vom Juni war während der Maisernte und der Jüngste war zur Zeit der Kaffeeernte.



Nachfolgend der Versuch eines Extrakts aus verschiedenen in den letzten Tagen und Wochen erschienenen Analysen

"Ein Jahr nach dem Acteal-Massaker hat Dr. Ernesto Zedillo, Oberkommandierender der mexikanischen Armee, den Krieg in Chiapas verloren, genauso wie dereinst die USA in Vietnam, Frankreich in Algerien und die Sowjetunion in Afghanistan den Krieg bereits verloren hatten, bevor sie ihre Truppen vom Kriegsschauplatz abzogen", schlussfolgert Adolfo Gilly in einem Beitrag in *La Jornada (22.12.98)*. Im weiteren beschreibt er die 4 Stadien der Niederlage Zedillo's in Chiapas:

5 Jahre nach Beginn des Aufstandes – 1 Jahr nach dem Massaker – 6 Wochen

1. Das Misslingen, Subcommandante Marcos während der verräterischen Offensive im Februar 1995 zu fassen.
2. Das Versagen der Regierung, das von ihr selbst unterzeichnete Abkommen von San Andres anzuerkennen, durch das einen vom Parlament bestätigter und von der Gesellschaft unterstützter Frieden möglich gewesen wäre, ohne dass eine der Seiten das Gesicht verloren hätte.
3. Das Massaker von Acteal, das dem Massaker von My Lai in Vietnam gleichkommt.
4. Die Situation ein Jahr nach Acteal, wo Widerstand gegen die Regierungspolitik selbst in den Rängen der Armee sichtbar wird.

Es sei schwer vorstellbar, dass Armee-Dissidenten die Dreistigkeit besässen die Paseo de la Reforma hinunterzumarschieren, wenn sie nicht die Unterstützung aus weniger sichtbaren Ecken innerhalb der Armee verspürten (gemeint ist der von Oberstleutenant Hildegardo Gomez geführte Protestmarsch von 51 Militärangehörigen am 19.12.98 durch Mexico City).

Gerold Schmidt (Poonal No. 365) betrachtet die jüngsten Entwicklungen mit verhaltenerem Optimismus. Unter Hinweis darauf, dass in den vergangenen Jahren mehrere Versuche der EZLN gescheitert sind, landesweit eine zivile Massenbasis der Zapatistas aufzubauen, räumt er jedoch ein, dass die Stimmung nach dem dreitägigen Meinungsaustausch zwischen der EZLN-Führung und knapp 3.000 Vertretern der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft Mitte November in San Cristobal unerwartet optimistisch ist. Die Zusammenkunft war ein wichtiger Test für das Verhältnis zwischen den zivilen Organisationen und den Aufständischen. Die Tatsache, dass der Andrang in San Cristóbal grösser war als viele erwartet hatten, zeigt, dass die Mobilisierungskraft der EZLN in der Gesellschaft auch ohne spektakuläre Aktionen nach wie vor gross ist. Besonders ermutigend:

Gustavo Esteva, EZLN-Berater bei den seit September 1996 unterbrochenen Verhandlungen mit der Regierung, erklärte, er habe eine neue Generation gesehen, die bisher die Fehler der unter sich zerstrittenen Linken vermeide und die Fähigkeit zum Zuhören habe. Das Treffen in San Cristobal legte die Basis fuer die angekündigte landesweite Befragung zu den Reformvorschlägen, die die Parlamentskommission zu Chiapas (COCOPA) in der vergangenen Legislaturperiode erarbeitete und die in wesentlichen Punkten dem Abkommen von San Andres entspricht (vgl. Chiapas 98 No. 5). Die Zapatisten selbst sicherten in San Cristobal zu, dass sie für die Consulta 5.000 Personen aus ihren eigenen Reihen entsenden könnten. Wenn das auf dem Treffen gezeigte Interesse der zivilen Organisationen von Dauer ist, müssten diese die Zahl landesweit vervielfachen können.

SIPAZ fasst in No.5 (Volume 3) seiner "Special Report"-Reihe (http://www.nonviolence.org/sipaz/) die Zuspitzung der Situation in den indigenen Gemeinden von Chiapas im Verlauf des letzten Jahres zusammen.

Dabei wird die massive Militarisierung des Landkreises Chenalho besonders kritisiert. Nach dem Massaker wurden dort zusätzlich 2.000 Soldaten stationiert. Noch heute befinden sich Militärlager in über 10 Gemeinden, hauptsächlich in der Region von Acteal und Polhó. Man spricht von umgerechnet einem Soldaten pro Familie in dieser Region. Viele Analytiker sind zu dem Schluss gekommen, dass der Einsatz der neuen Figuren, die nach dem Acteal-Massaker von Zedillo berufen wurden (Innenminister Labastida, Dialog-Koordinator Rabasa, Chiapas-Gouverneur Albores), Ausdruck einer Verhärtung der Regierungslinie war. Unter dem Slogan, die Region befrieden zu wollen, hat die Regierung die Spannungen vergrössert, indem sie in Polizei-Militär-Operationen vier autonome Munizipa-



litäten demontierte (vgl. Chiapas98 No.3) und mit der Implementierung des im Juli verkündeten Plans zur "Remunizipalisierung" (= administrative Neuaufgliederung von Chiapas) begann (vgl. Chiapas98 No.7). Die Wahlen im Oktober, routinemässig mit zahlreichen Unregelmässigkeiten behaftet, brachten einen breiten Wahlsieg für die PRI (was neben der wahltaktischen Ausnutzung der Überschwemmungskatastrophe auch durch die von der EZLN empfohlene Stimmenthaltung begünstigt wurde; - Anm. P.Cl.). Aufgrund der weitgehenden Ignorierung eingebrachter Klagen über Wahlbetrug hat die Opposition angekündigt, dass sie zu Jahresbeginn, wenn die Neu"gewählten" ihr Amt antreten, zur Besetzung von Verwaltunggebäuden mobil machen will.

Inzwischen haben die Spannungen (Drohungen, Morde und andere Gewaltakte) in den betroffenen Kommunen (z.B. Las Margaritas, El Bosque, Nicolas Ruiz und Tumbala) erheblich zugenommen. Eine Zunahme paramilitärischer Aktivitäten wird von einer Gesetzesinitiative des Gouverneurs von Chiapas "begleitet", die sich "Amnestie für Entwaffnung ziviler Gruppen (sic !) im Staat von Chiapas" nennt. Einige Analytiker schlussfolgern, dass dieses Gesetz zur Legalisierung der Straflosigkeit für Mörder und paramilitaerische Gewalttäter eingebracht wurde. Nachdem sich die Vermittlergruppe zwischen EZLN und Regierung (CONAI) im Juni wegen permanenter Angriffe durch die Regierung unter Protest selbst auflöste, übt die Bundesregierung Drück auf COCOPA aus.

COCOPA, deren eigentliche Aufgabe es sein sollte, die zwischen der EZLN und der Regierung ausgehandelten Übereinkunfte legislativ umzusetzen, soll nach Wunsch der Regierung die Vermittlerrolle übernehmen, was die EZLN strikt ablehnt. Am 11.12.98, wurde von E.I.A. Daes, der Vorsitzenden der UNO-Unterkommission für indigene Völker, nocheinmal die Auffassung bekräftigt, dass die Erfüllung der Verträge von San Andres für die mexikanische Regierung unumgänglich ist, eine Auffassung, die sich im Prinzip mit der Auffassung anderer internationaler Nichtregierungsorganisationen deckt.

Seit dem Massaker von Acteal sind 96 Personen, einschliesslich 11 Staatsbedienstete, in Haft, wobei der Ankläger die meisten von Ihnen des "organisierten Verbrechens" beschuldigt. Der zuständige Richter hingegen will diese Anschuldigung nur für 3 Personen gelten lassen, ungeachtet der Tatsache, dass es eigentlich unmöglich ist, dass sich über 90 Personen "zufällig" am gleichen Ort, zur gleichen Zeit an der Ermordung von Menschen beteiligen. Verwandte der Beschuldigten protestierten in Tuxtla Guiterrez, der Hauptstadt von Chiapas, um ihre Freilassung zu erwirken, bislang aber ohne Erfolg. Es existieren weitere Haftbefehle (laut *El Pais* insgesamt 32), die jedoch laut Nationaler (=Regierungs-Menschenrechtskommission CNDH) nicht vollstreckt werden, um "die Spannungen im Landkreis nicht zusätzlich zu erhöhen" (anscheinend tragen die ca. 150 Paramilitärs, die in 10 Gemeinden Chelnahos weiterhin ungestört operieren, zur ENTspannung bei; - Anm. P.Cl.). Eine zusätzliche Offenbarung der CNDH: Es existieren auch Haftbefehle gegen hohe Beamte, die aber wegen Fluchtgefahr nicht öffentlich gemacht würden (Gründe, warum diese nicht *ausgeführt* werden, wurden offensichtlich nicht verraten).

Diesem Trend entsprechend konzentriert sich das von Jorge Madrazo Cuellar, Generalstaatsanwalt von Mexico, am 20.12. präsentierte "Weissbuch über Acteal" darauf, das Ereignis (erneut) als Resultat eines "ethnisch-religiösen" Konflikts darzustellen, der durch die Existenz der "absolut verfassungswidrigen" autonomen Verwaltung in Polhó und die (dadurch??) schon seit längerem herrschende Gesetzlosigkeit im Landkreis Chelnaho begünstigt worden sei. Darüberhinaus verstieg er sich zu der Behauptung, dass das Massaker nicht stattgefunden hätte, wenn zu diesem Zeitpunkt die Armee bereits präsent gewesen wäre (gerade, als hätte es am 22.12. vorigen Jahres keine Sicherheitskräfte gegeben, die in ein paar hundert Meter Entfernung vom Ort des Massakers "nichts gesehen und gehört hatten"). Gonzalo Ituarte, Vikar für Gerechtigkeit und Frieden der Dioezese von San Cristobal, verwies darauf, dass das "Weissbuch" die Zapatistas als "indirekt schuldig" am Massaker bezeichnet und zugleich die "direkte Ursache" des Massakers, d.h. Existenz und Aktivitäten der Paramilitärs, ignoriert. Garniert wurde das Menue offizieller Geschmacklosigkeiten durch Helikopter-Überflüge und Militaerpatrouillen während der Gedenkfeier in Acteal am 22.12.98. Zur Vervollständigung dieser Liste von Pietät- und Straflosigkeit sei schliesslich noch erwähnt, dass die namentlich bekannten 6 Mörder von Jose Tila, jenes Chol-Indigenas, der unmittelbar nach seiner Aussage bei der internationalen Menschenrechtsmission am 21.2.98 umgebracht wurde, nach wie vor auf freiem Fuss sind und u.a. dabei beobachtet wurden, wie sie mit Angehörigen der Sicherheitskraefte Basketball spielten, assen und tranken.

Die Situation der inzwischen 10 000 Flüchtlinge in Chelnaho (ca. 2500 davon gehören zu den "Abejas") ist unverändert. Die Kinder in den Flüchtlingslagern sind im Begriff in das zweite Jahr ohne Schulausbildung zu gehen. Die Abejas haben im Lager von Acteal zwar eine Schulgebäude aus Blech und Plastik errichtet, es fehlt jedoch an Lehrern und an Lehrmaterial. Wenngleich durch Hilfslieferungen unterstützt, gestaltet sich das Leben in den Lagern keineswegs leicht. Zum Gefühl der Nutzlosigkeit und Abhängigkeit gesellt sich der Neid der PRI-Anhänger in Chelnaho, die sich bereits beim Gouverneur von Chiapas darüber beschwert haben, dass sie von der Regierung vernachlässigt würden und keine humanitäre Hilfe bekämen.



Zapatisten starten eine neue politische Offensive

Landesweite Befragung soll Bevölkerung Mexikos mobilisieren

von Ulrich Brand und Gerold Schmidt

(Mexiko-Stadt, 15. März 1999).- In vielen Städten und Dörfern Mexikos sah man in diesen Tagen Aufrufe an den Hauswänden, die auf den 21. März verwiesen. "Mach dich auf!", "Geh wählen!", "Organisiere dich!" war da zu lesen, obwohl weder Parlaments- noch Präsidentschaftswahlen anstanden. Die im Bundesstaat Chiapas aktiven Rebellen der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) und ihre soziale Basis versuchten ein weiteres Mal, in die politische Offensive zu kommen. Die Befragung "Für die Rechte der indigenen Völker und für das Ende des Ausrottungskrieges" sollte Menschen in Mexiko und auch in anderen Ländern mobilisieren. Vier Fragen galt es zu beantworten: Soll die indigene Bevölkerung mit all ihrer Vielfalt in die mexikanische Gesellschaft integriert werden, um ein "neues Mexiko" aufzubauen? Sollen die indigenen Rechte, wie sie im Abkommen von San Andres im Februar 1996 von der Regierung anerkannt wurden, in der mexikanischen Verfassung festgeschrieben werden? Wie in der Vergangenheit waren die Fragen der Zapatisten nicht sonderlich konkret gehalten. Abschließend stellten sie "einen wahren Frieden mittels Dialog und Entmilitarisierung" zur Disposition, sowie den Vorschlag, ein imperatives Mandat nach dem Prinzip "gehorchend befehlen" einzuführen. Mexikos Innenminister Francisco Labastida nannte die Befragung "absurd", für die Indigena-Kommission der katholischen Bischofskonferenz waren die Fragen "parteiisch" und trugen nicht zu grundsätzlichen Lösungen bei. Dagegen meinte Bischof Samuel Ruiz Garcia aus der chiapanekischen Diözese San Cristobal, es handele sich um eine "friedliche Anstrengung", die willkommen sei. Wichtiger als die vorhersehbaren Antworten wird die Beteiligung im Vorfeld und am Tag der Abstimmung sein. *(Bei SF-Red.-schluß noch nicht ausgewertet).* Möglicherweise werden mehrere Millionen Menschen an den 6.700 Wahltischen im ganzen Land ihre Meinung zu den Fragen abgeben. Mehr als 20.000 "Brigadisten" waren an der Vorbereitung der Befragung beteiligt. Davon sind 5.000 - je 2.500 Frauen und Männer - zapatistische Delegierte aus den Gemeinden und Dörfern im Einflußgebiet der EZLN. Allein 800 von ihnen befanden sich in der mexikanischen Hauptstadt. Sie wurden am Sonntag auf dem Platz vor dem Nationalpalast von der Menschenrechtsaktivistin Rosario Ibarra empfangen. Getreu ihrer aktuellen Devise "als einzige Waffe das Wort" und mit schwarzen Mützen maskiert führten sie unter anderem Diskussionsveranstaltungen an der staatlichen Universität UNAM durch. Auch ein Fußballspiel gegen mexikanische Altprofis stand auf dem Programm. Der Regierung blieb nichts anderes übrig als die Aktion zu dulden. Sie versuchte jedoch, die Bedeutung der Befragung herunterzuspielen. Die "Abkommen über indigene Rechte und Kultur", die im chiapanekischen Ort San Andres unterzeichnet wurden, sind die einzigen festen Vereinbarungen zwischen Regierung und EZLN. Doch sie bilden bis heute den entscheidenden Streitpunkt, denn die mexikanische Regierung hat nie Anstalten gemacht, sie in die Tat umzusetzen. Dies war zusammen mit der zunehmenden Militarisierung des Bundesstaats Chiapas der Grund dafür, daß die EZLN die direkten Gespräche abbrach. Die Idee der landesweiten Befragung wurde im Juli 1998 von der EZLN in ihrer 5. Erklärung des Lakandonen-Urwaldes vorgeschlagen und auf einem Treffen mit 3.000 Teilnehmern in Chiapas im November desselben Jahres beschlossen. Die Zapatisten haben deutlich gemacht, daß es ihnen vor allem um die Selbstorganisationsprozesse im ganzen Land geht: Mobilisierung und Dialog sind die entscheidenden Begriffe. "Dialog" meint dabei die sogenannte Zivilgesellschaft, nicht in erster Linie die Regierung

Weitere Infos beim Nachrichtenpool Lateinamerika; Dieffenbachstr. 18, 10967 Berlin; Tel: +49-30-789 913 61; Fax: 789 913 62 / 789 134 57 Email: poonal@ipn-b.de; Website: www.berlinet.de/poonal

»People´s Global Action« - die Globalisierung des Widerstandes

Die Prinzipien von PGA

»Wenn Du nur kommst, um mir zu helfen, dann kannst Du wieder nach Hause gehen. Wenn Du aber meinen Kampf als Teil Deines Überlebenskampfes betrachtest, dann können wir vielleicht zusammenarbeiten« Diese Aussage einer australischen Ureinwohnerin ist das übergeordnete Motto des Manifests des Netzwerkes »People's Global Action« (PGA), das erst im Februar 1998 gegründet wurde. Diese weltweite Aktion gegen den "Frei"handel und die WTO (Welthandelsorganisation) versteht sich nicht als Organisation mit Mitgliedschaft, sondern als losen Zusammenschluß bereits bestehender Basisbewegungen auf allen fünf Kontinenten. Das Ziel ist, eine größtmögliche Anzahl von Menschen und Organisationen zu aktivem Handeln zu bewegen.

Bei PGA wirken Organisationen mit wie die brasilianische Landlosenbewegung "Movimento Sem Terra" (MST), die mexikanische Zapatistische Befreiungsfront (FZLN), die Maoribewegung auf Aotearoa (Neuseeland) und die Bäuerinnen- und Bauernbewegung des indischen Staates Karnataka, KRRS. Die Basisbewegungen der "People's Global Action" haben sich auf vier Prinzipien geeinigt, nämlich:

- eine eindeutige Ablehnung von Institutionen wie WTO und Freihandelsabkommen wie NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) und die Europäische Union,
- eine klare Konfrontationshaltung, weil Lobbyismus nichts bringt und Institutionen nicht reformierbar sind,
- den Aufruf zum gewaltfreien zivilen Ungehorsam und zur Bildung lokaler Initiativen (beispielsweise alternative Wirtschaftsformen),
- eine dezentrale und autonome Organisationsstruktur.

Der in den Prinzipien genannte gewaltfreie zivile Ungehorsam schließt auch Aktionsformen nicht aus wie die diejenigen von KRRS in Indien, die eine Fabrik der Saatgutfirma Cargill gestürmt und anschließend in Brand gesteckt haben, oder Fastfood-Ketten wie Kentucky Fried Chicken und McDonald's zerstört haben - nur dürfen auf keinen Fall Menschen dabei zu Schaden kommen. Schließlich ist die zerbrochene Fensterscheibe eines Ladens nichts im Vergleich zu dem was der Kapitalismus an Mord und Zerstörung tagtäglich anrichtet.

Das Zusammenlaufen verschiedener Bewegungen

Um gegen den Kapitalismus anzugehen, braucht es eine starke Vernetzung. Die Gruppen und Basisbewegungen, die sich im Netzwerk von PGA zusammengeschlossen haben, eint die Einsicht, daß ihr Kampf vor Ort mit anderen Bewegungen in anderen Ländern vernetzt werden muß. Durch eine solche Vernetzung werden unmerklich erstaunliche Prozesse in Gang gesetzt, ähnlich einer explosiven Mischung in der Chemie. Gruppen aus verschiedenen Kontinenten, die vorher nicht miteinander kommuniziert haben, unterhalten sich plötzlich über Grenzen hinweg.

Ein britischer Aktivist von Reclaim the Streets London (RTS) beschrieb diesen Prozeß folgendermaßen: "Falls es eine wichtige Lektion gibt, die GraswurzelaktivistInnen in England gelernt haben, ist es, daß alles Interessante durch Konvergenzen gekommen ist. Konvergenzen von Bewegungen, Ideen, Kulturen, Strategien etc. RTS ist in vielen Hinsichten nichts weiteres als ein Zusammenlaufen der Anti-Straßenbewegung und den Kampagnen gegen den Criminal Justice Act, dies wiederum war ein Zusammenlaufen von Bewegungen von HausbesetzerInnen, travellers (Roma und Sinti), ravers, Rechtsanwälten und anderen DemonstrantInnen. Manchmal sind solche Konvergenzen nur dadurch entstanden, daß ein paar Leute alte Taktiken in einen neuen Kontext importierten, zum Beispiel die Idee der Baumbesetzung aus den USA, die dort gegen die Abholzung von Wäldern eingesetzt wurde und in England erfolgreich gegen den Straßenbau eingesetzt wurde. RTS hat sich bei Protesten mit den Liverpool Dockers auch schon kreativ solidarisiert. Politische Strategien in unserer Zeit – ob lokal oder global – hängen nicht davon ab, intelligente Analysen zu erstellen, sondern inspirierte Synthesen hervorzurufen, es geht nicht darum Bewegungen zu addieren, sondern sie miteinander zu multiplizieren, nicht gemeinsame Forderungen zu schreiben, sondern Zusammenstöße zu erzeugen." Dennoch ist PGA kein Ersatzinstrument für die Auseinandersetzungen (Kämpfe) vor Ort. Es muß zuerst etwas zum Koordinieren und Vernetzen da sein.

Das zapatistische "Netz lokaler Kämpfe"

Die zapatistische Idee des "Netzes lokaler Kämpfe" ist nicht neu, sie wurde jedoch im Rahmen der "Internationale der Hoffnung" des interkontinentalen Zapatista-Netzwerks nicht weitgehend genug umgesetzt. Das interkontinentale Netzwerk PGA kann Bewegungen in Asien und Afrika leichter ansprechen als Chiapas-Solidaritätgruppen. Wobei zugegebenermaßen die Kontakte zum afrikanischen Kontinent bei PGA sehr dürftig sind. Dies liegt vor allem daran, daß die Kommunikation innerhalb von PGA fast ausschließlich über e-mail läuft (aufgrund von Kosten und Schnelligkeit), und die Telefonanschlüsse in vielen Staaten des Südens nicht üppig verteilt und sonderlich stabil sind. Dies schafft ungesunde Hierarchien, sind es doch hauptsächlich weiße Männer des Nordens, die über einen Internetzugang verfügen und damit auch einen Wissensvorsprung gegenüber anderen haben, den sie als Macht mißbrauchen können. Andererseits sind Diskussionsprozesse in einem interkontinentalen Netzwerk per e-mail am einfachsten zu organisieren, denn das Komitee von PGA, das auf den Konferenzen gewählt wird und auf der Grundlage der Prinzipien

Entscheidungen in gemeinsamer Diskussion fällt, ist auf allen fünf Kontinenten vertreten.

PGA ist keine NGO

Das Netzwerk PGA ist etwas Neues auf dem Parkett der seit der Rio-Konferenz von 1992 herbeigeredeten internationalen Zivilgesellschaft. Der bedeutendste Unterschied zu den bisherigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist die kompromißlose konfrontative Haltung und die Ablehnung von Lobbypolitik, wie sie in den Prinzipien verankert ist. Dies hat auch einen Einfluß auf behäbige nördliche NGOs, die in den letzten Jahren immer stärker professionalisiert wurden, sich bei Konferenzen immer mehr auf das Erarbeiten von Verbesserungsvorschlägen für Abkommen und Konventionen konzentrierten und eine Regierungsberatungsfunktion übernahmen.

Bei den Aktionen gegen die Verhandlungen des MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) in der OECD in Paris war auch eine Veränderung bei der Strategie der NGOs zu beobachten. Mit Erfolg: die internationale Koordinierung von NGOs und Basisbewegungen hat unbestreitbar mit dazu beigetragen, daß das MAI bei der OECD gescheitert ist und nun unter anderem Namen in der WTO untertaucht.

Synergien in der MAI-Kampagne

Die Anti-MAI-Kampagne ist auch ein Beispiel von spannender Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bewegungen. In der BRD wurde unter Studierenden in vielen Städten eine massive Kampagne gegen das MAI dadurch angestossen, daß Maria Mies beim Bundeskongreß Universität und Gesellschaft (BUG) im Januar 1998 in Berlin einen Vortrag hielt. Es wurden Diskussionskreise und Lernprozesse initiiert, bei denen Studierende sich intensiv mit Fragen rund um Kapitalismus und die Rolle des Staates beschäftigten und sich immer wieder auf Seminaren austauschten.

In Frankreich bildete sich ein breiter Protest von Kulturschaffenden über das "Observatoire de la Mondialisation" (Observatorium der Globalisierung) bis hin zu "Droits devant!!", die sich für die MigrantInnen ohne Papiere (Sans Papiers) einsetzen. Mitglieder von People's Global Action waren bei den Aktionen gegen das MAI in Paris mit dabei und haben an den Strategietreffen der NGO-VertreterInnen teilgenommen. Sie haben auch an vorherigen Treffen (eines fand im Mai 1998 in Genf statt) ein klein wenig mit dazu beigetragen, daß ein Gesinnungswandel unter den NGOs stattfand: weg von Verbesserungsvorschlägen ‡ la Sozial- und Umweltklauseln hin zu einer konfrontativen Haltung, das MAI-Abkommen egal wie und in welchem Gremium es verhandelt wird, grundsätzlich abzulehnen. Dies drückte Susan George in einem Brief an die OECD im November 1998 aus. Die OECD hatte NGOs zu einem Treffen am 2. Dezember 1998 eingeladen, um über das MAI zu diskutieren, und war überraschend auf völlige Ablehnung gestoßen. Mehrere NGOs unterzeichneten den Brief von Susan George, gratulierten ihr dazu, auch WEED (NGO in Bonn) zog die Anmeldung für das OECD-Treffen zurück und schließlich ging nur WWF (World Wide Fund for Nature) hin. Kurz darauf verkündete die OECD das offizielle Scheitern des Abkommens in einer Presseerklärung.

Repression

Ein Netzwerk wie PGA, das unkalkulierbare Wirkungen hat, ist für die Herrschenden gefährlicher als die beteiligten AktivistInnen selbst glauben. Für viele AktivistInnen kam die Repression gegen ein junges Netzwerk, das erst seit Februar 1998 existiert, überraschend. Während den Aktionen im Mai 1998 erfolgten mehrere hundert Verhaftungen erfolgten. Auch ein harmloses Seminar über "Globalisierung und Widerstand" im August 1998 in Genf wurde von der Polizei behelligt, sämtliche TeilnehmerInnen verhaftet und ihre Zelte durchsucht. Beunruhigt hatte die Staatsorgane wohl die Tatsache, daß sich hier Leute einfach so aus etwa 19 verschiedenen Ländern trafen, zum Beispiel aus Israel, der Ukraine, aus Bangladesch, aus Nicaragua und den Niederlanden. Im Vorfeld des "Geneva Business Dialogue" griffen die Behörden abermals hart durch: Um eine internationale Koordinierung zu verhindern, wurden Anfang September das Büro von "People's Global Action" und mehrere Wohnungen von PGA-AktivistInnen in Genf durchsucht, sämtliche Computer, Disketten und Dokumente vorübergehend beschlagnahmt.

Geneva Business Dialogue

PGA wurde sogar beim "Geneva Business Dialogue" im September 1998 in Genf im Plenum namentlich erwähnt, einem Treffen zwischen 450 Konzernchefs und VertreterInnen von verschiedenen UNO-Organisationen, organisiert von der Internationalen Handelskammer (ICC). Ihr Präsident, Helmut O. Maucher, ist gleichzeitig Chef des Multis Nestlé und des Industrielobbyverbandes "European Round Table of Industrialists" (ERT).

In der offiziellen Erklärung des Geneva Business Dialogue zeigten sich die Konzernchefs beunruhigt durch die Zunahme von Organisationen, die sich nicht so leicht wie Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisationen befrieden lassen würden und sie bekannten sich dazu, diese neuen Organisationen gezielt bekämpfen zu wollen.

Die Nichtregierungsorganisationen entschlossen sich, der ICC in Paris



während den MAI-Verhandlungen einen Besuch abzustatten. Die Generalsekretärin der ICC, Maria Livanos Cattaui, weigerte sich, mit den 200 Demonstrierenden zu sprechen. Die AktivistInnen besetzten kurzerhand repräsentativen Saal mit Kronleuchtern im ICC-Gebäude. Mit solch radikalen NGOs hatten selbst die Sicherheitskräfte, die den Treppenaufang bewachten, nicht gerechnet. Die AktivistInnen hielten gleich eine Pressekonferenz ab, und ein Vertreter aus Bangladesch präsentierte die passenden antikapitalistischen Worte dazu. Bei der Aktion am darauffolgenden Tage bekräftigte Agnes Bertrand vom "Observatoire de la Mondialisation" den Wunsch nach Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem interkontinentalen Netzwerk "People's Global Action".

Kritik

Das alles klingt fast viel zu schön um wahr zu sein. Ganz ohne Widersprüche ist auch ein interkontinentales Netzwerk nicht zu haben, auch wenn viele InternationalistInnen die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses oft betonen und auch bevor es PGA gab betont haben. Doch was hat eine indische Bäuerin mit der alleinerziehenden Mutter in Westeuropa, die Sozialhilfe bezieht, gemein? Die Ablehnung des "Neoliberalismus", die negativen Auswirkungen der "Globalisierung"? Im konkreten Alltag ist eine solche Solidarität schwer umzusetzen und noch schwerer in einer leicht verständlichen Sprache in Flugblättern zu vermitteln.

Und auch das Manifest der PGA, die Grundlage, auf die sich die vielen Basisbewegungen und Gruppen, die sich der PGA zugehörig fühlen, beziehen sollen, läßt einiges zu wünschen übrig. Die "Analyse" im PGA-Manifest ist sehr ökonomistisch, in der Regel wird die Benennung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse vermieden und abstrakt vom "Neoliberalismus" gesprochen, ohne den Begriff näher zu definieren. Die Erwähnung von Patriarchat und Geschlechterverhältnissen ist aufgesetzt und unvollständig. Die Rolle des Staates im Globalisierungsprozeß ist vollkommen unterbelichtet. Der Neoliberalismus erscheint so fälschlicherweise als eine Dichotomie zwischen den "guten" Unterdrückten und den "bösen" Konzernen, ohne die vielschichtigen Dimensionen von Herausbildung und Festigung von Hegemonie in der Gesellschaft und die eigene Verstricktheit des Individuums in Herrschaftsverhältnisse zu erfassen. Hinzu kommt, daß sich innerhalb eines Netzwerkes, das kein Zentralsekretariat hat eine informelle Hierarchie herausbilden kann von Leuten, die aktiv die Informationen sammeln und (selektiv) verbreiten, eine Hierarchie die viel undurchschaubarer ist als der Vorstand einer Partei, und manchmal nicht weniger mächtig, wenn die basisdemokratische Kontrolle zu schwach ist.

Problematisch ist bei der fehlenden eingehenden Benennung von Herrschaftsverhältnissen - böse Zungen würden von "Flachwasseranalyse" sprechen die Fokussierung auf die transnationalen Konzerne. Hier fehlt eine eindeutige Abgrenzung von Positionen, die mit der Argumentation vom "bösen" Finanzkapital eine Nähe zu antisemitischen bis hin zu nationalistischen Positionen haben könnten.

Ein mögliches Forum für einen neuen Internationalismus

Auf jeden Fall steht die interkontinentale Zusammenarbeit erst am Anfang. Mangels anderer Alternative ist es trotz aller Widersprüche notwendig und lohnend, das Netzwerk PGA als mögliches Forum für einen neuen Internationalismus zu nutzen, gerade weil die unglaubliche Dynamik innerhalb von PGA seit Februar 1998 schon erstaunliche Beispiele von neuer Zusammenarbeit zwischen Gruppen in verschiedenen Ländern zutage gefördert hat. Die Fallstricke des Internationalismus lauern auch hier, und lassen sich auch nicht von heute auf morgen beseitigen. Diese Herausforderung gilt es jedoch gerade im Hinblick auf die Gipfelvorbereitung in Köln 1999 anzunehmen, da die bisherige bundesweite Kölnvorbereitung fast gänzlich die internationale Vernetzung ausgeklammert hat. Der internationale Aktionstag am 18. Juni 1999, der von einem breiten Bündnis von Bewegungen wie Reclaim the Streets vorbereitet wird, wird zur Zeit von den Gruppen in den beiden bundesweiten Plena, die sich in Köln treffen, kaum beachtet. Die Texte aus dem Vorbereitungsprozeß werden selten in eine andere Sprache übersetzt, mit Ausnahme der Papiere bei den Europäischen Märschen.

Schwierig sind jedoch die Planungen im Rahmen der Interkontinentalen Karawane, die im Mai und Juni durch mehrere Länder Europas ziehen soll und die etwas "von oben aufgesetzt" wirkt, da sie von Indien aus angeregt und nicht gemeinsam mit Basisbewegungen in Westeuropa von unten entwickelt wurde. Mit einem vernünftigen Diskussionsprozeß unter den Gruppen in den verschiedenen Ländern könnte vielleicht auch dieser Eindruck etwas abgemildert werden und die PGA-Karawane zusammen mit der "Geld oder Leben"-Karawane zu einer länderübergreifenden Mobilisierung für Köln und darüber hinaus beitragen. Immer wieder wird betont, daß es darum geht, Strukturen und Netze aufzubauen, die den Juni 1999 überdauern, und Ansätze für neue Perspektiven jenseits des gegenwärtigen Systems aufzuzeigen.

Rike Müller

Literatur:

Peter Wahl, WEED, November 1998: "NGO-Multis, MacGreenpeace und Netzwerk-Guerilla. Zu einigen Trends in der internationalen Zivilgesellschaft", in: Peripherie ñ Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt (Nr. 71, 18. Jg.; September 1998; S.55-68).

ila Nr.221, Dezember 1998, Melanie Quandt: "Das MAI ist gegangen... Trotz des Erfolgs der Dracula-Strategie ist Wachsamkeit angesagt"; "Handy statt Latzhose. Im Widerstand gegen das MAI zeigen sich Veränderungen in der Internationalismusarbeit"

Video von TV5, TV Suisse Romande, über PGA: "Malaise dans la mondialisation"

Jungle World Nr.45, Dossier "O soli mio", 4.11.98

Kritik des PGA-Manifests: De Fabel van de Illegaal, Niederlande, und MAIA G., Berlin, in Huchl, Herbst 1998; siehe Forum auf der Website von PGA: http://www.agp.org/agp/

OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Mitglied sind die reichsten 29 Industrieländer, inklusive Mexiko und Südkorea.

Termine zu Köln

Aktionen zum EU-Gipfel und zum G7-Weltwirtschaftsgipfel

Am 3. und 4. Juni wird unter deutschem Vorsitz der EU-Gipfel in Köln sein. 14 Tage später, vom 18.-20. Juni 1999, wird ebenfalls in Köln der G 7 Gipfel, die jährliche Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industriestaaten plus Rußland (manchmal auch G 8 genannt), veranstaltet. Genau zwischen den beiden Gipfeln, am 13. Juni, werden die Wahlen zum Europaparlament stattfinden. Der 99er G 7 wird der letzte Weltwirtschaftsgipfel in diesem Jahrhundert und von daher in besonderem Maße symbolisch aufgeladen sein.

Vorbereitung für Köln:

3.-9.5. Tabor, Tschechische Republik GGG-Seminar: zu Globalisierung, Gender, und Gentechnologie mitbesonderem Blick auf Osteuropa. Diskussionen u.a. zu Aktionen in Osteuropa zu den EU-/G7-Gipfeln.

7.-8.5. Basel, Schweiz: Kongreß zum MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen), mit Susan George u.a. Kontakt: Erklärung von Bern, Regionalgruppe Basel

5.5. KasselKongreß/Unitag zu EU-/WWG-Gipfel. 11 bis 20 Uhr, Gesamthochschule Kassel. Kontakt: AStA GhK, Internat.ref., Nora-Platiel-Str.2, 34127 Kassel, Tel. 0561/8042886, Fax -5, e-mail: asta-ghk@hrz.uni-kassel.de

15.-30.5.99 Friedensmarsch 2000 für nukleare Abrüstung, von Den Haag (NL) nach Brüssel (B) Aufruf für ein internationales Abkommen zum Verbot aller Atomwaffen bis2000Kontakt: e-mail: international@motherearth.org;http://www.motherearth.org/Mai/Juni 1999 (Eine unvollständige Aufzählung):

22.5.-22.6.99 InterContinental Caravan (ICC)Interkontinentale Karawane für Solidarität und Widerstand (Peoples' Global Action)Karawane mit bis zu 500 Leuten aus Indien und anderen Staaten Kontakt:(europäische Koordination mit Anlaufstellen in mehreren Ländern): EuroDusnie, P.O. box 2228, 2301 CE Leiden, Tel./Fax +31-71-51 730-94;e-mail: caravan@stad.dsl.nl oder icc99 @gmx.de, http://stad.dsl.nl/~caravan/

23.5.-2.6.99 Fahrradkarawane "Geld oder Leben"Abfahrt an Pfingsten (23. Mai 1999), von Berlin/Dresden über Hannover (Expo 2000) nach Köln, sowie von Genf über Basel nach Köln (zwei Routen)Kontakt: WIWA Wendland c/o Jobst Quis, Molden 3A, D-29465 Schnega;e-mail: wiwawend@mail.nadir.org

29.5.99 Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung und Rassismus. Demo zur Ankunft in Köln Org.: Europäische Vorbereitungskonferenz, Kontakt: e-mail: koeln99@gmx.net oder g.goetz@link-m.de;http://home.link-m.de/ggoetz/eurom/aktion 99.htm

28.5.-20.6.99 (eventuell nur 28.5.-7.6.) Camp zu den beiden GipfelnGruppen/Personen aus dem linksradikalen Plenum, sowie von Bündnis Köln99 (28.5.-7.6.)Kontakt: Bündnis K^ln 99 sowie W.I.R. Frankfurt (Rhein-Main-Bündnis Köln99), c/o Cafe Exzess, Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt/Main, Tel./Fax+49-69/774670, e-mail: WIR Frankfurt@wbox.de

29.5.-2.6.99 EU-AlternativgipfelForen: Alternative Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Bildung, Frauen, Umwelt (Anti-Atom), u.a. Org.: Bündnis Köln 99

30.5. "Faschistische Bewegungen und antifaschistische Gegenstrategien in Europa"Org.: Antifaschistische Aktion/BO, Kontakt: AAB Berlin, Engeldamm 68,10179 Berlin, Tel. +49-30-27560-756, Fax -552.6. Perspektiven des Widerstands. Gemeinsame Veranstaltung von Gruppen des Bündnis Köln 99 und aus dem linksradikalen Plenum

2.6. Köln: Podiumsdiskussion zum Thema: Rüstungsexporte der G8-Staatenund die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen. Kontakt: amnestyBezirk Köln, Sigrid Becker, Deutz-Kalker-Str. 62, 50679 Köln, Tel.: 0221/884673, Fax: 0221/8846732.

6.-4.6. Köln: Konferenz von BUND und Friends of the Earth (FoE) Europe "Regionalpolitik und Partizipation in einer erweiterten EU"(Arbeitstitel). Kontakt: Bund für Umwelt und Naturschutz BUND, Ref.Internationales, Stefan Rostock, Im Rheingarten 7, 53225 Bonn, Tel.:0228/40097-68, Fax: 0228/4009740, E-Mail: stefan.rostock @bund.net;Internet: http://www. bund. net

3.6.-4.6. Köln: EU-Gipfeltreffen im Gürzenich, erwartet werden ca. 1.500 offizielle Vertreter der 18 Mitgliedsstaaten, Delegationen der 10Beitrittskandidaten und ca. 5.000 Pressevertreter. (Haupt)-Themen: Agenda 2000 (Landwirtschaft); Osterweiterung der EU;ggf. Institutionelle Reform der EU; Kontakt: Präsidentschaft(Deutschland): http://www.eu-praesidentschaft.de oder:http://www.bundesregierung.de; Kontakt: Rat der Europäischen Union, Generalsekrtariat, 175 rue de la Loir, B- 1048 Bruxelles, Tel.:0032/2/285-6111, Fax: 0032/2/2857397;E-Mail: europa @dg10.cec.be; Internet:http://www.europa.eu.int/index-de.htm

3.6.99 Demo gegen den EU-GipfelOrg.: Linksradikales Plenum, c/o AStA Uni Köln

3.6.-6.6.99 EU-Gegenkongreß 7 Foren: Ökonomie, Antirassismus/Migration, EU-Imperialismus, Antifaschismus, Repression, Ökologie/neue Technologien, Patriarchat/Bevölkerungspolitik. Org.: Linksradikales Plenum, c/o AStAUni Köln

3.6.-6.6.99 Internationales FrauenLesben-Camp gegen die Gipfel. Europaweite Demo am 3.6., eventuell Demo gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss am 5.6.99

6.6.-18.6. Köln: Aktionen von ai-Köln während des G7-Treffens in Köln. Kontakt: amnesty international Bezirk Köln, Sigrid Becker, Deutz-Kalker-Str. 62, 50679 Köln

8.6. Berlin: Diskussionsveranstaltung "Frauen auf dem globalisierten Arbeitsmarkt" mit Christa Wichterich (NRO FrauenForum, Bonn) in derReihe "BLUEdays - Nachhaltiger Weltmarkttango", 19.30 Uhr, BildungswerkBerlin der HBS, Zeughofstr. 20. Kontakt: Blue 21 c/o FDCL, Gneiseaustr.2, 10961 Berlin, Tel.: 030/6946101, Fax: 030/6926590; E-Mail:b21@berlinet.de; http://www.berlinet.de/blue21

10.6. Köln: Tagesveranstaltung "Militarisierung der Weltordnung und Demokratie?", Veranstaltung zum G7-Gipfel. Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 K^ln, Tel.:0221/9726930, Fax: 0221/9726931; E-Mail: Grundrechtekomitee@t-online.de;http://www.friedenskooperative.de/komitee.htm

12.-18.6. Frankfurt/Koblenz: Ökumenischer Pilgerweg zum Erlassjahr 2000 im Rhein-Main-Gebiet, Thema: "Weil wenige reich sind, sind viele arm" von Fankfurt/M. über Wiesbaden nach Koblenz, anschl. weiter nach Köln zur Menschenkette der Erlassjahrkampagne. Kontakt: Bischöfliches Ordinariat Mainz, Alois Bauer, Bischofsplatz 2, 55116 Mainz, Tel.:06131/253-263, Fax: 06131/253-558

16.6. Köln: ca. 10 bis 16 Uhr 30: Veranstaltung über Kritik an Globalisierung und Alternativen dazu. Org.: Maria Mies (KomiteeWiderstand gegen das MAI, Köln), Helena Norberg-Hodge (ISEC),

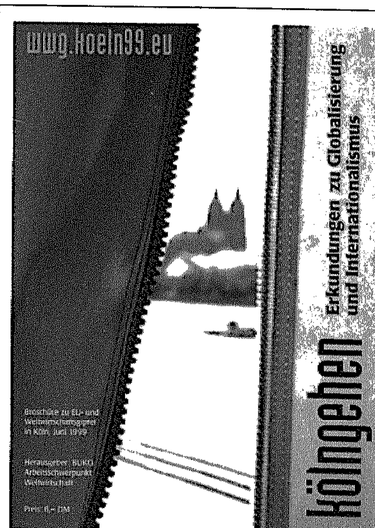
Vandana Shiva (IFG), Ort: eventuell VHS Köln

16.6. Köln: ca. 17 Uhr: Internationale Anhörung von Frauen aus verschiedenen Ländern und verschiedenen Berufen zu "ökonomischen Rechten" der Frauen. Ort: eventuell VHS Köln. Kontakt: NRO Frauenforum, c/o AutorinnenBüro Cöln, Friesenstr. 73-75, 50670 Köln, Tel.: 0221/2571071, Fax: 0221/2571075; E-Mail: abc@ada.woman.de

17./18.6.99 Alternativgipfel zum Weltwirtschaftsgipfel. Org.: WEED (Weltwirtschaft, Umwelt und Entwicklung - NGO), Bonn

17.6.: - Forum der "Illegalen" (Kein Mensch ist illegal): "Wir sind hier weil ihr dort seid" - Forum zur Zukunft der Arbeit (medico international)

18. Juni 99 Internationaler Aktionstag Kreative Aktionen in Finanzzentren (z.B. Blockaden), ähnlich wie die Global Street Parties im Mai 1998: autonom organisiert, jedoch global koordiniert. Org.: Bündnis verschiedener sozialer und ökologischer Bewegungen. Kontakt: Reclaim the Streets, London: Tel. +44/171/281 46 21; e-mail: rts@gn.apc.org; http://www.gn.apc.org/rts/; Diskussionsliste unter: J18 discussion@gn.apc.org



18.6. - 20.6. Köln: G7-Treffen im Museum Ludwig. Erwartet werden etwa 3.500 Offizielle und PressevertreterInnen. Gastgeberin ist die Bundesregierung. Federführung liegt beim Bundeskanzleramt. Standardthemen bei den G7/G8-Treffen sind: Konjunktur der Weltwirtschaft, Schuldenthema, Finanzen (Asien/Rußland), ggf. aktuelle Themen der Weltpolitik. Die Bundesregierung möchte auch das Umweltthema (wieder) in den Mittelpunkt rücken. Kontakt: Bundespresseamt BPA (CvD), Welckerstr. 11, 53113 Bonn, Tel.: 0228/208-2030, Fax: 0228/2083152; E-Mail: postmaster@bpa.bund400.de; Internet: http://www.bundesregierung.de

19.6.99 Demo zum Weltwirtschaftsgipfel Org.: Bündnis Köln 99, Körnerstraße 69, 50823 Köln, Tel.: +49-221/95200 08, Fax 9520077, e-mail: koeln99@gmx.net

19.6.99 Menschenkette der Erlaßjahrkampagne. Menschenkette um die Kölner Innenstadt anläßlich des G7-Gipfels unter dem Motto "Entschuldung armer und ärmster Länder auf ein erträgliches Maß" Org.: Erlaßjahrkampagne/ Jubilee 2000 Bündnisse in Köln: bundesweites Bündnis Köln 99; Kontakt: Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel. +49-221/ 9520008, Fax 9520077, e-mail: koeln99@gmx.net" Antoniterkirchentreffen": Bündnis von NGOs und kirchlichen Gruppen, Dritte-Welt-Läden und Soliorganisationen, das sich in der besagten Kirche trifft, 14täglicher Arbeitsausschuß

Adressen

Die Vorbereitungsgruppen sind erreichbar:

"Kölner Plenum gegen EU- und G7-Gipfel" c/o Allerweltshaus, Körner-straße 77-79, 50823 Köln, Tel.: 0221 / 510 30 02;

Netzwerk Friedenskooperative: http://www.friedenskooperative.de/themen/g799-000.htm. Das politisch-organisatorische Spektrum erstreckt sich von Uni-Asten über Internationalismus-, Antirassismus-, Frauen-, Erwerbslosen-StudentInnen- und linksradikalen autonomen Gruppen bis hin zu Parteien links von der SPD, Jusos und Grün-Alternativem Jugendbündnis (nicht die Jugendorganisation von Bündnis 90/ Grünen).

Linksradikales Anti-EU-/WWG- Plenum Köln; c/o AStA Antifaschismusreferat, Universitätsstraße 16, 50937 Köln, Tel.: 0221 /470 29 92, Fax: 0221 / 470 50 71; Kontakt: http://www.uni-koeln.de/studenten/asta/internat/eu-wwg.html; asta@uni-koeln.de
Das Linksradikale Anti-EU-/WWG-Plenum Köln ist ein eigenständiger lokaler Zusammenhang zur Vorbereitung auf die Doppelgipfel und arbeitet unabhängig von "offenen" und reformistischen Treffen und Bündnissen. Wir machen keine Verbesserungsvorschläge für einen sozial und ökologisch abgefederten EU-Imperialismus unter deutscher Führung, sondern greifen G- 8 und die EU als supranationale Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen an. Im Plenum arbeiten bisher mit: Leute aus der Alternativen Liste, Anti-Euthanasiegruppe Köln, Antifaschismusreferat im Uni-AStA, AStA PH, Anti-AKW-AktivistInnen und Ökologische Linke Köln

Gruppe 99/MaV (Menschen mit anderen Vorstellungen) c/o Infoladen Köln, Ludolf-Camphausen-Str. 36, Köln

Frauen/Lesben-Plenum zu den Gipfeln c/o Infoladen Köln, Ludolf-Camphausen-Str. 36, Köln; e-mail: Infoladen.Koeln@link-lev.de(Frau Rucola) treffen sich etwa zweimal monatlich; arbeiten inhaltlich in verschiedenen Arbeitskreisen, tauschen neueste Infos aus, planen gemeinsame Infoabende, Aktionen, bundesweite Treffen u.v.m. Offen für alle Frauen/Lesben

* Erlaßjahr 2000-Kampagne ("Jubilee 2000"): Kontakt: Kampagne "Erlaßjahr 2000" c/o Südwind, Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg, Tel.: 02241/591226, Fax: 02241/591227; http://www.erlassjahr2000.de/koeln.html, e-mail: buero-@erlassjahr2000.de. Die internationale Kampagne fordert einen weitreichenden Schuldenerlaß für die armen Länder der Erde im Jahr 2000 und die völkerrechtlich verbindliche Neugestaltung internationaler Finanzbeziehungen im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldnern und Gläubigern ("Internationales Insolvenzrecht"). In Deutschland wird die Kampagne von über 200 Organisationen, Gruppen, Gemeinden, Kirchen, Verbänden und Kommunalgemeinden getragen.

Berliner Vorbereitung für Köln:
Berliner GipfelstürmerInnen, c/o Internationalismusreferat, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, e-mail: biwak@gmx.net mailing-Liste: EU+WWG-L: listserv@link-lev.de

insgesamt nur wenig Anzeichen füreine Integrationsbereitschaft in eine demokratische Gesellschaft erkennen ließ. Die Initiative und das Autonome Zentrum Marbach werden auch weiterhin zugegen sein, wo rassistische und rechtsextreme Stereotypen in Wort, Bild und Tat das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu gefährden drohen. Vielleicht hat die CDU aber auch ihre Lektion gelernt.

SPRACHTEST ZUR ÜBERPRÜFUNG DER INTEGRATIONSFÄHIGKEIT UND INTEGRATIONSBEREITSCHAFT DER DEUTSCHEN

I. Aussprache
Sprechen Sie bitte laut vor:
China Chemie Trottoir König Pfennig Homöopathie

II. Grammatik
Nennen Sie bitte die korrekte Form

Ich bin abergläubig
Ich bin abergläubisch

Wie lautet der korrekte Komparativ (Steigerungsform) von:
gern tot

Nennen Sie den bestimmten Artikel von
Butter Gummi
Teller Radio

III. Sprachgefühl
Verbinden Sie!

Ich esse den Kuchen,
..... gut schmeckt.
Schäuble ist besser
..... Schröder.

Autonomes Zentrum Marbach e.V.

CDU-Kampagne

Marbach a.Neckar: Im Verlauf der alternativen Unterschriftensammlung kam es in der Stadt zu tumultartigen Zuständen. Erboste CDU-Anhänger verübten zwei Mal gewalttätige Übergriffe gegen Unterschriftensammler der Initiative. Der Grund der Aufregung bestand vermutlich darin, dass die Unterschriftenlisten der Initiative dem äußeren Erscheinungbild nach den Listen der CDU nachempfunden waren. Inhaltlich waren die Aussagen der Listen allerdings kaum zu verwechseln, da sich die Initiative nicht gegen die doppelte Staatsangehörigkeit, sondern *gegen die doppelte Staatshörigkeit und für die Integration der CDU* aussprach. Das Ergebnis ist für die CDU erschütternd. Zahlreiche Bürger unterstützten die Forderung der "Initiative gegen die doppelte Staatshörigkeit", die CDU durch geeignete Maßnahmen in den Kreis der zivilisierten Menscheit zu re-integrieren. Zwar wurde seitens der CDU unterstellt, es sei vor allem auf irrtümlich abgegebene Unterschriften spekuliert worden. Angesichts der Eindeutigkeit der Forderungen der Initiative heißt dies nicht weniger, als den Marbacher Bürgerinnen und Bürgern zu unterstellen, sie würden Unterschriften leisten, ohne vorher den unterschriebenen Text gelesen zu haben, oder sie seien gar des Lesens nicht mächtig. Derartige Unterstellungen werden seitens der Initiative schärfstens zurückgewiesen. Der CDU-Ortsvorsitzende Roland Liebl wandte sich an die örtliche Polizei und versuchte auf diese Weise, die unliebsame Konkurrenz aus dem Weg zu räumen. Der CDU-Gemeinderatsfraktionsvorsitzende Dr. Bogner erklärte gegenübe: der Polizei: "Mit allem habe ich gerechnet, nur damit nicht." Die Reaktion der CDU zeigt, dass es ihr bei ihrer Unterschriftensammlung weder um Argumente noch um differenzierte Positionen geht, sondern allein darum, rassistische bis rechtsextreme Ressentiments für sich zu mobilisieren. Wieanders ließe es sich erklären, dass die CDU-Verantwortlichen unterstellen, ihre Klientel würde Positionen gleichsam in blinder Wut unterschreiben, ohne diese zuvor auch nur gelesen zu haben. Der schlechte Eindruck der CDU an diesem Vormittag wurde sowohl durch das handfeste Verhalten einiger ihrer Anhänger unterstrichen als auch durch die Tatsache, dass mehrere Unterschriftensammler der CDU bei einem Sprachtest nur unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache bewiesen. Ihr Verhalten gegenüber Andersdenkenden ließ auf fundamentalistische Denkfiguren schließen, so dass dieser Personenkreis

Bonn: Aktion "Taube" gegen die CDU-Unterschriftensammlung. Mit einer ungewöhnlichen Aktion haben am heutigen Samstag (6. Februar 1999) etwa 50 Menschen auf dem Bonner Münsterplatz die Unterschriftensammlung der Jungen Union und der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft massiv behindert. Bereits an den vergangenen beiden Samstagen hatten die Christdemokraten ihre rassistische Kampagne

nicht ungestört durchführen können. Nachdem vor zwei Wochen Unterschriftenlisten entwendet und die Stände der Jungen Union umgekippt worden waren, konnten die Nachwuchskonservativen am vorigen Samstag ihre Hetzpropaganda nur in einem abgesperrten und von der Polizei scharfbewachten Areal unter das begehrte Volk bringen. Beide Male begleiteten lautstarke Proteste die Unterschriftenaktion. Heute nun ließen sich die GegendemonstrantInnen etwas Neues einfallen. Wiederum war um den Stand der Jungen Union und der CDU eine Absperrung errichtet worden, die von einer Hundertschaft der Bonner Polizei abgesichert wurde. Zunächst wurde nur gepfiffen und gerufen. Plötzlich jedoch kippte die Stimmung: Die GegendemonstrantInnen begannen die Christdemokraten und ihre staatlichen HelferInnen zu verhöhnen. Unter der Parole "Deutsch- ,Deutsch-, Deutschländerwürstchen!" (skandiert wie "Nie, nie, nie wieder Deutschland!") prasselte mehrfach ein Regen aus Bock- und Siedewürsten auf Junge Union, CDU, Polizei und unterschreibende BürgerInnen hernieder. Die OrdnungshüterInnen griffen nicht ein, wohl weil das Werfen von Würstchen noch nicht für eine Festnahme wegen Landfriedensbruchs ausreicht. Danach mußten sich der rassistische Pöbel und die ihn beschützenden Steuergelder auf zwei Beinen weiteren Spott gefallen lassen. Die Stimmung nahm zuweilen Formen wie im Fußballstadion an. Ein paar Kostproben der Gesänge und Parolen: "Keiner geht mehr, keiner geht mehr rein!" (als die GegendemonstrantInnen kurzzeitig den Zugang zum Unions-Stand versperrten; analog zum Fußball-Gesang "Einer geht noch, einer geht noch rein!")...

Ihren Höhepunkt erreichte die Gegenaktion jedoch, als die DemonstrantInnen unter dem Ruf "Brecht das Brot und verteilt es unter den Armen!" massenweise Brotkrumen vor den Zugang zum CDU-Stand und in die Absperrung warfen. Das nämlich lockte eine Unzahl von hungrigen Tauben an, die vorübergehend für ein ziemliches Chaos sorgten, unterschriftswillige BürgerInnen und Christdemokraten augenscheinlich unangenehm auf die Pelle rückten, den Zugang zum Stand versperrten - und die Polizei vor ein Problem stellten: Verscheuchen nützte nichts, Zertrampeln wäre überzogen gewesen, und Festnehmen ließen sich die Tauben natürlich auch nicht. Den BrotwerferInnen wiederum konnte man so etwas wie einen "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" nicht ernsthaft vorwerfen. Also gaben sich die Uniformierten endgültig der Lächerlichkeit preis, als sie von zwei Demonstranten die Personalien aufnahmen - wegen "nichtgenehmigter Taubenfütterung". Wie ein Prozeß wohl aussieht, der bei einem Widerspruch gegen das zuerwartende Ordnungsgeld geführt werden müßte?

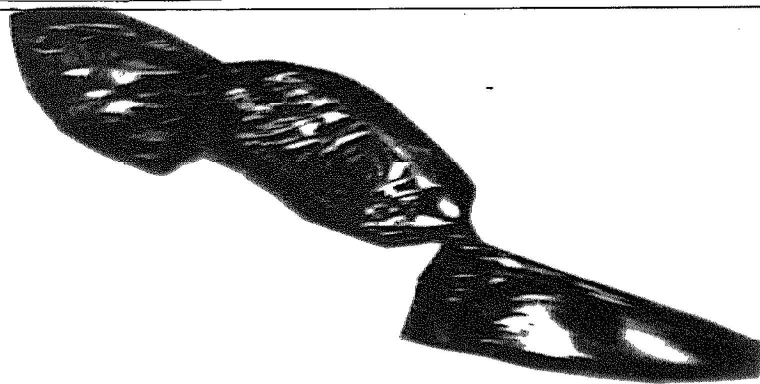
die Autonome Taubenstaffel Bonn



Tortenfront

San Francisco - The *Biotic Baking Brigade (BBB)* schlug erneut mit einem Tortenattentat zu als einer Ihrer Aktivisten eine Torte ins Gesicht des neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlers *Milton Friedman* warf. Es geschah auf einer Konferenz zum Thema "Privatisierung der Erziehung", die Friedman organisiert hatte. Der Zwischenfall ereignete sich gegen 18:30 Uhr, kurz bevor der frühere Außenminister George Schultz (unter Reagan) seine Begrüßungsansprache an die Konferenzteilnehmer halten konnte. Der 27jährige Tortenwerfer Al Decker näherte sich Friedman während der einigen Anhängern die Hände schüttelte mit den Worten: *"Mr. Friedman, it's a good day to pie!"* und warf die geschmackvolle Kokusnußcremetorte in dessen Gesicht. Decker wurde festgenommen und erwartet eine Anklage wegen Körperverletzung und Schlägerei.

Die *BBB* ist eine biozentrisches Kollektiv, das in Nord-Kalifornien operiert, mit dem Ziel, diejenigen Leute mit Delikatem zu blamieren und zur Verantwortung zu ziehen, die Verbrechen begangen haben. Letzten Sommer bewarf die Gruppe Charles Hurwitz, CEO of MAXXAM Corporation, der dafür verantwortlich ist, dass der Headwaters Forest abgeholzt wurde und der den Amerikanischen Steuerzahler während des Savings & Loan Skandals 1980 1,6 Millionen Dollar kostete. Diesen Sommer bewarf BBB den Earth First'ler Darryl Cherney für sein einem Wobbly und Umweltaktivisten widerliches Verhalten. Decker, der auch als *Special Agent Apple of the BBB* bekannt ist, erklärte, "Wir halten Milton Friedman für Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig, weil er diese Konferenz



organisiert hat, die den öffentlichen Bildungsauftrag privatisieren will. Friedman gilt als einer der herausragendesten neoliberalen Ökonomen, er unterstützt die Politik der Globalisierung und des "freien Handels", die Armut, Ungerechtigkeit, Hunger und ökologoische Zerstörung mitsichgebracht haben. Der globale Markt hat die Erde an den Rand des Kollapses geführt. Was kann ich als junger Amerikaner unter einem neoliberalen Wirtschaftssystem anderes erwarten als eine depressiv stimmende McWelt?

Ich bin Zeuge geworden wie meinen Mitaktivisten übel mitgespielt wurde, weil sie den Headwaters Forest verteidigen wollten: sie wurden verhaftet, ins Gefängnis geworfen, geschlagen, mit Pfeffer besprüht und kürzlich sogar getötet.

Mit Milton Friedman werden Gouverneur Pete Wilson und der Finanzmagnat Steve Forbes auf dieser Konferenz erwartet, ich glaube diesen drei Figuren dürfte es gefallen ein wenig ihre eigene Medizin zu schmecken."

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT!!! VERHAFTUNG VON ANARCHISTEN IN GRIECHENLAND

In den letzten 3 Monaten ist die SchülerInnenbewegung in vollem Gange gewesen und immer noch sind rund 700 Schulen besetzt. Die SchülerInnen protestieren gegen die Schulreform, die seit letztem Sommer durch das Gesetz 2525 eingeführt werden soll. Dieses Gesetz verknüpft die Bildung mit den Betriebsbeduerfnissen und mündet, nach wie vor, in eine Intensivierung des Prüfungssystems und einen immensen Leistungsdruck. Die SchülerInnen sollen sich strenger bemühen, während sich obligatorisch das klare Ziel einer Karriere für die Minderheit und einer sozialen Absage fuer die ueberwiegende Mehrheit vor Augen stellt, was anschliessend je nach dem in unqualifizierte Arbeitsstellen, Arbeitslosigkeit bzw. ‚rechtzeitige Einberufung in die Armee' interpretiert werden soll. Am wesentlichsten betrifft die SchülerInnen jedoch der absolute Verlust ihrer Freizeit bzw. ihre voellig unsichere Zukunft. Diese Kaempfe haben sich zum grossen Teil radikalisiert und die Schulbesetzungen zusammen mit andauernden Strassenschlachten und Strassenblockaden haben sich bisher für die Regierung ziemlich störend erwiesen. Die AnarchistInnen haben sich aktiv in den meisten Städten mit den SchülerInnen solidarisiert und das hat zu ihrer Kriminalisierung geführt. Neben einer Reihe von Ermittlungen (nicht nur gegen AnarchistInnen natürlich) wurde am Freitag, den 15. Januar, der anarchistische arbeitslose Pädagoge Vassilis Evangelidis festgenommen, u.a. wegen eines Brandanschlages angeklagt und er gelangte in U-Haft. Seit Dienstag, dem 19.1. ist er in den Hungerstreik getreten. Seine Erklärung dazu: „Ich bitte um nichts. Ab heute trete ich in den Hungerstreik, als Widerstand gegen die Verhaftung, die fuer mich der staatliche Reppresionsapparat beschlossen hat. Ich werde ins Gefängnis gefuehrt, weil gegen mich u.a. wegen eines Brandanschlags ermittelt wird. Dieser Vorwurf ist konstruiert und beruht auf falschen Aussagen. Ich lehne sie ab und kaempfe um meine Freilassung. Ich solidarisiere mich mit der SchülerInnenbewegung, mit der Angst der Widerstand leistenden SchülerInnen. Ihr Kampf ist mit dem Kampf um Abschaffung dieses Ausbeutungs- und Unterdrückungsregimes eng verbunden. Denn die Schulen sperren die Jugend ein, um Untertanen, maschinenähnliche Menschen herzustellen, die gerne auf die Sehnsucht nach Freiheit verzichten sollen.

Freiheit für den gefangenen Genossen V. Evangelidis

Der Fall Kostas Mitropetros

In U-Haft befindet sich auch seit dem 18.11.98 der 25-jährige Anarchist Kostas Mitropetros. Er wurde wegen einer Reihe von schweren Verbrechen angeklagt (u.a. Brandstiftung), weil er während der Demo und der anschliessenden Strassenschlacht verhaftet wurde, die dem Mordversuch einer Nazi-Truppe an drei Mitgliedern einer linken Gruppierung folgten. An den drei vorigen Tagen hatte es Strassenschlachten in ganz Griechenland gegeben, da massenweise an dem Kampf der arbeitslosen Lehrer teilgenommen wurde. An jener Demo, am 18.6.98, wurden sowohl ein Fernsehwagen, als auch ein Bullenwagen abgefackelt und die Büros der sozialdemokratischen Regierungspartei PASOK angegriffen. Unser Genosse ist ein sehr aktiver Anarchist, hat sich öfter mit vielen sozialen Kaempfen solidarisiert und stellt insofern eine Bedrohung für die Herrschaft dar. Es läuft schon in vielen Städten eine Kampagne um seine Freilassung.

"Makhno ist unser Zar, Makhno ist unser Gott"

Ein paar bösartige Bemerkungen zur 110-Jahr-Feier von Nestor Machnos Geburtstag.

Am 9.und 10.Dezember 1998

organisierte die staatliche Universität von Zaporozhye gemeinsam mit den örtlichen Behöreden eine Feier zu Ehren des anarchistischen Revolutionärs Nestor Makhno an seinem Geburtsort Gulyai-Polye. Bestandteil der Feier war eine von der Universität organisierte wissenschaftliche Konferenz und ein von den örtlichen Behörden organisiertes öffentliches Fest.

Genossen der anarchistischen Zeitung "Dikoe Pole" in Zaporozhye, hatten uns eingeladen ein Positionspapier beizusteuern. Wir schickten ein Fax, da die Genossen vor Ort aber zu locker damit umgingen, war es nicht bei den offiziellen Unterlagen enthalten - aus demselben Grund kamen wir auch einen Tag zu spät in Zaporozhye an, von wo aus die Gäste nach Gulyai-Polye gebracht wurden, so dass wir die wissenschaftliche Konferenz verpassten.

Nachträglich sah es so aus, als hätten wir nicht viel verpasst.

Wir kamen am Abend des ersten Tages an und fanden die Teilnehmer in einem feinen Restaurant sitzen, die Anarchisten aus der Ukraine und aus Rußland fein säuberlich von den Studenten getrennt.

Unter den Anarchisten befanden sich unsere RKAS-Genossen aus Dnepropetrovsk.

Die Anarchisten ihrerseits waren ebenfalls in zwei Gruppen aufgeteilt: auf der einen Seite die "hardcore" Anarchosyndicalisten der RKAS mit ihren Freunden, auf der anderen die "chaotischen" Radikalökologen, die sich, aus welchem Grund auch immer, "Anarchogrüne" nennen. Insgesamt kamen diese beiden Gruppen aber ganz gut miteinander klar.

(...) Nach dem Essen und nachdem die Unterbringung geregelt war, schlugen wir vor, daß sich RKAS und "Anarchogrüne" zusammensetzen, um sich besser kennenzuleren und ihre Ansichten auszutauschen.

Anschließend tagte die RKAS-Delegation noch separat, um ein neues Programm zu verabschieden.

Am nächsten Tag erwartete uns das Fest.

Am Morgen nahmen wir unsere Fahnen und gingen zum Platz vor dem Kulturgebäude im Zentrum. Als wir ankamen war der Platz bereits voller Leute und Musik wurde gespielt. Lautsprecher machten es unmöglich, die Ergebnisse der lokalen Dichterprominenz zu überhören, die sich das Thema gestellt hatten:

"Makhno ist unser Zar,
Makhno ist unser Gott".

Am Flaggenmast des Platzes wehte die gelb-blaue Fahne des ukrainischen Staates.

Unsere Verwunderung wich dem Ärger als Kossaken aus Zaporozhye mit ihrem Banner voller christlicher Symbole erschienen. Ihre Führer, die Atamanen, kamen in ausländischen Wagen vorgefahren. Sie wurden gemeinsam mit den lokalen Autoritäten zum Zentrum des "Volksfestes"..

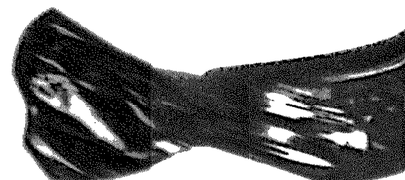
Gegenüber diesem Hintergrund erschien die Delegation von Lehrern mit ihren Schülern, die alle gelb-blaue Fähnchen schwenkten, fast schon brav und bieder.

Zu uns 10 Anarchisten kamen die Leute und einige äußerten ihre Zustimmung:

"Gut! Makhnos Fahnen, gut !"

Einige wollten wissen, was Anarchismus ist und kauften Literatur. Auch ein paar junge Kossaken kamen: "Was macht ihr hier?". Eine gute Frage, auf die wir antworteten "Und was macht ihr hier?". Nach einer Diskussion gingen sie.

Was für ein Tag: diese selbstzufriedenen Gesichter, diese goldenen Schulterklappen, diese Petlyura und Gaidamac Uniformen, diese Flaggen der



Feinde von Nestor Machno! All das hat sovielen in der Machnobewegung das Leben gekostet und kommt nun wieder an die Oberfläche, um die Erinnerung an den Anarchisten Machno zu beschmutzen und zu untergraben. Während wir, ganze 10 Leute stark, an der Seite sitzen, zu schwach, um die Mikrophone und das Podium zu übernehmen, um diese Lügen zu denunzieren und die historische Wahrheit und anarchistische Inhalte zu proklamieren.

Die lokalen Repräsentanten und die Kossaken berichteten freudig über die Verdienste Nestor Machnos als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine ohne auch nur ein Wort über seine Rolle als Anarchist und Revolutionär zu verlieren. Anschließend zogen die Kossaken in Formation, die Zivilisten in Gruppen oder allein zum örtlichen Museum um der Eröffnungszeremonie einer Machno-Ausstellung beizuwohnen, die wir als gut beurteilen und deren Einleitung durch die Angestellten des Museums hervorragend war.

Aber was für ein Ärger: ein Tag der ein Anarchotag hätte sein sollen, wurde zum staatstragenden Feiertag.

Sergey Shevchenko, FAD-RKAS "Nestor Makhno", Donetsk

Solidarität für Leonard Peltier

Seit dreiundzwanzig Jahren sitzt Leonard Peltier im Gefängnis, obwohl es keine glaubhaften Beweise dafür gibt, daß er für den Tod von zwei FBI-Agenten im Pine Ridge Reservat 1975 verantwortlich war. Seine Anträge auf Revision wurden abgelehnt, obwohl das FBI und die Justizbehörde nachweislich Beweise gefälscht und Zeugen manipuliert und sein erstes Verfahren auf eine Art und Weise geführt haben, die die Jury schon vor Beginn der Anhörung voreingenommen sein ließ. Er wurde nur deswegen verurteilt, weil jemand für den Tod der FBI-Agenten bezahlen sollte, und er sollte verhaftet werden, weil er als einer der Anführer des AIM (American Indian Movement) bei COINTELPRO [geheime FBI-Kampagne] anvisiert worden war.

Die Clinton-Administration hat schon vor langer Zeit zugesagt, Leonards Gnadengesuch unvoreingenommen nochmals zu prüfen. Seitdem aber weigern sich der Präsident und seine Mitarbeiter strikt, Fragen zu diesem Gesuch zu beantworten. Ohne Zweifel kann jetzt nur noch der Wille des Volks Leonards Freilassung bewirken. Da Leonard aufgrund ärztlicher Fehlbehandlung schreckliche Schmerzen hat, wird seine Freilassung immer dringender. Dem Leonard Peltier Verteidigungskomitee liegt ein aktueller Bericht über seinen Gesundheitszustand vor, aus dem die folgenden Informationen stammen.

Gesundheit

Leonard Peltier leidet derzeit an den Folgen einer mißlungenen Oberkiefer-Operation, die 1996 in der medizinischen Einrichtung Springfield vorgenommen wurde. Seitdem leidet er ständig unter furchtbaren Schmerzen im Kiefer, die nie nachlassen.

Als Kind trat Leonard in einen Nagel und bekam Tetanus. Seither hatte er immer Probleme mit dem Kiefer. Zudem war der Kiefer einmal gebrochen und heilte nie mehr vollständig. Aus diesem Grund wurde er 1996 nach Springfield verlegt, um dort operiert zu werden. Dr. Collins, einer der Gefängnisärzte, hatte für die Behandlung die Mayo Klinik in Rochester empfohlen, da Springfield nicht die notwendige Ausstattung hätte. Diese Empfehlung wurde im Gefängnis ignoriert. Die Operation hätte Leonard beinahe nicht überlebt; er lag danach vierzehn Stunden im Koma, und der Zustand seines Kiefers ist bedeutend schlechter als vor dem Eingriff.

Leonard kann sein Essen nicht kauen, weil sein Kiefer unbeweglich ist. Er kann auch seinen Mund nie ganz schließen oder öffnen. Essen kann er nur zu sich nehmen, indem er es durch eine Zahnlücke quetscht und dann mit der Zunge gegen die Vorderzähne preßt. Im Gefängnis weigert man sich, sein Essen zu pürieren. All dies führt bei ihm zu Kopfschmerzen und furchtbaren Schmerzen im Kiefer.

In Springfield war er weiteren Mißhandlungen ausgesetzt. Nach der Operation sagte man ihm, er benötige eine Strahlenbehandlung am Kiefer. Ohne diese würde er sterben. Unter großem Druck stimmte er schließlich zu, obwohl er nach der Operation noch extrem schwach war und unter großen Schmerzen litt. Währenddessen steckte man ihn in das »Loch«, eine Zelle von 1,80 mal 2,40 Metern. Es wimmelte dort von Kakerlaken und Ameisen; zum Schreiben - auf dem Betonboden - gab man ihm nichts als einen 2 Zentimeter langen Bleistift, und nur ein Anruf pro Monat war ihm erlaubt. Isoliert wurde er nicht etwa, weil sein Verhalten disziplinarische Maßnahmen erfordert hätte.

Nach einem Monat wurde Leonard klar, daß die Operation ein völliger Mißerfolg war. Er weigerte sich, sich wieder nach Springfield bringen zu lassen, da ihn dort unmenschliche Zustände und ärztliche Inkompetenz erwarteten. Dies liegt zwei Jahre zurück, und noch immer wartet er darauf, in der Mayo Klinik behandelt zu werden. Dr. Keller, einer der dortigen Spezialisten, erklärte sich zu der Operation bereit, aber im Gefängnis weigert man sich, Leonard dorthin zu verlegen. Leonard weigert sich, Verlegungspapiere zu unterschreiben, in denen nicht ausdrücklich von seiner Verlegung in die Mayo Klinik die Rede ist, da er fürchtet, erneut nach Springfield gebracht zu werden. Derzeit greifen wir zu Rechtsmitteln, damit Leonard die nötige Versorgung erhält. Bitte helft uns, Druck auf das Bureau of Prisons, das Gefängnis in Leavenworth und den Kongreß auszuüben, damit Leonard unmittelbar in die Mayo Klinik verlegt werden kann.

und

Leonard mußte die Marion Control Unit [z.T. brutal durchgesetztes Hochsicherheitsprogramm], einen Mordversuch und dreiundzwanzig Jahre unmenschlicher Behandlung und physischer Gewalt erdulden, obwohl die US-Regierung zugibt, sie wisse nicht, wer für den Tod der zwei FBI-Agenten verantwortlich ist. Mehr denn je ist es wichtig, daß Leonard endlich freikommt.

Aufruf

Am 6. Februar jährte sich Leonards Verhaftung in Kanada, deshalb riefen wir international zu Kundgebungen an diesem Tag auf. Darüber hinaus wollen wir unseren Druck verstärken und so viele Menschen wie möglich für Leonards Leiden sensibilisieren.

Wer beim Organisieren einer Kundgebung in seiner Nähe mithelfen möchte, wende sich bitte an folgende Adresse:

Northwest Leonard Peltier Support Network - Tacoma Office P.O. Box 5464 Tacoma, WA 98415-0464, USA
e-mail: bayou@blarg.net

Wichtig sind vor allem Briefe an das Bureau of Prisons, Präsident Clinton und Kongreßabgeordnete. Fordert, daß Leonard in der Mayo Klinik medizinische Versorgung erhält und daß er endlich begnadigt wird.

Ms. Kathleen Hawk Director, Bureau of Prisons 320 First Street Washington DC 20534, USA Fax 001-202-514-6878
e-mail: swolfson@bop.gov

Warden Booker Leavenworth Prison P.O.Box 1000, Leavenworth, KS 66048, USA 001-913-682-8700

Das Gnadengesuch betreffend: Pres. Bill Clinton The White House 1616 Pensylvania Ave Washington DC 20500, USA
e-mail: President@whitehouse.gov

U.S. Pardon Attorney Roger C. Adams 500 First St. NW Ste 400 Ref: Leonard Peltier # 89637-132 Washington DC 20530, USA

Anhörungen zu den Ereignissen im Pine Ridge Reservat 1972-76 und zum Fall Leonard Peltier:

Sen. Ben Nighthorse Campbell Chairperson, Select Committee on Indian Affairs SH 838 1st & C Sts NE Washington DC 20510, USA
e-mail: administrator@campbell. senate.gov

Sen. Orin Hatch Chairman Judicial Affairs SD-224 1st & C Sts NE Washington DC 20510, USA

Anhang Dankesbotschaft an Leonard Peltier und das Leonard Peltier Defense Committee von Mumia Abu Jamal, 21. Januar 1999 Ona Move!

Wir alle danken Leonard Peltier und seinen vielen Unterstützern weltweit für den prinzipientreuen Beistand kürzlich in Frankreich. Ich weiß das sehr zu schätzen - wir alle tun das. Als ich vor langer Zeit in Philadelphia bei einigen College-Sendern Kommentare sprach, bekam ich von AIM-Aktivisten oft Bänder mit Berichten zugeschickt, über die ich dann umgehend auch meine Hörer informierte. Ich erfuhr, daß die US-Regierung einen brutalen und unerbittlichen Feldzug gegen die Ureinwohner führt. Ein unschuldiger Lakota-Aktivist, Leonard Peltier, wurde während dieses Feldzugs von der Regierung verfolgt, bis man ihm schließlich einen Mord anhängte. Seit nahezu einem Vierteljahrhundert hält dieser sanfte Krieger, dieser Künstler und Sohn seines Volkes den brutalen Angriffen der US-Regierung stand, Angriffen auf ihre eigenen »Gesetze«, ihre eigene Verfassung und ihre eigene Rechtsprechung. Am 6. Februar 1999 sind es dreiundzwanzig lange und einsame Jahre für Leonard Peltier in US-Gulags. Dreiundzwanzig Jahre seit der unzweifelhaft illegalen Auslieferung an die USA durch Kanada. Dreiundzwanzig Jahre in einem Yankee-Eisenkäfig für das »Verbrechen«, Widerstand gegen die amerikanische Unterdrückung zu leisten. Jetzt, da ein neues Jahrtausend beginnt, ist nicht mehr der Moment, um die abscheuliche Ungerechtigkeit, die Leonard Peltier erfahren mußte, ungeschehen zu machen. Am Anfang des neuen Jahrtausends aber muß ein Akt der Gerechtigkeit stehen, Gerechtigkeit für die Oglala.

Freiheit für Leonard Peltier!
Freiheit für Move 9!
Lang lebe John Africa!
Im Geiste von Nat Turner
und Crazy Horse!
Ona Move!

Mumia

zes Ak
Kurze

Totalverweigerung I

Am 23. Januar fand in Frankfurt ein weiterer Prozeß gegen den Totalverweigerer und SF-Autor Torsten Froese (vgl. SF 66 & SF 65) statt. Torsten hatte Anfang der 90er den Kriegsdienst totalverweigert und war bereits zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Die erneute Einberufung zum Zivildienst wurde danach von ihm wiederum nicht befolgt. Als Reaktion betrieb das Bundesamt für Zivildienst, BAZ, eine erneute Klageerhebung gegen ihn, obwohl diesselbst die Staatsanwaltschaft mit Hinweis auf das Verbot einer Doppelbestrafung zuerst abgelehnt hat. Nachdem sie aber per Klageerzwingungsverfahren dazu gezwungen worden war, forderte sie im Prozeß am 23.01. eine Haftstrafe von zehn Monaten ohne Bewährung wegen Dienstflucht und negativer Sozialprognose.

Allerdings folgte der Richter nicht dem Antrag der Staatsanwaltschaft, sondern dem von Torsten Froese und seinem Verteidiger: Einstellung des Verfahrens, da Torsten bereits wegen totaler Kriegsdienstverweigerer verurteilt wurde und ansonsten eine - verbotene - Doppelbestrafung vorläge.

Weitere Infos über: DFG/VK - Frankfurt, 069 - 43 14 40, Fax 499 00 07; E-mail: dfgvk@t-online.de/VK

Infoladen

Buchspenden für seine Bibliothek und das Archiv sucht der Infoladen Tierra y Libertad, Thiergartener Str. 4, 08525 Plauen, Fax 03741 - 229 063

Männerrundbrief

Der Männerrundbrief soll wieder erscheinen. Nach dem Rückzug der Hamburger Redaktion hat sich jetzt eine Gruppe von "Männern aus verschiedenen autonomen Zusammenhängen", aus Münster entschlossen, den Männerrundbrief weiterzuführen. -Februar/ März 1999, voraussichtlicher Titel: Wer braucht den Männerrundbrief? Eindrücke der linksradikalen Männerbewegung. Beiträge, Kommentare, Bestellungen oder Spenden sind erwünscht und werden benötigt.Kontakt: Redaktion Männerrundbrief, c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster.

Totalverweigerung II

Weiterhin wegen Totalverweigerung in Haft sitzt seit dem 5. November Jörg Eichler, der zweite Wahlverteidiger von Torsten Froese. In diesem Fall wird von der bayerischen Staatsanwaltschaft in trauter Eintracht mit den beteiligten Richtern jeder Antrag auf Haftverschonung abgeschmettert, obwohl sich Jörg Eichler selbst gestellt hatte. Begründet wird die U-Haft mit angeblich fehlender Meldeadresse sowie mit Fluchtgefahr ins Ausland, da Jörg Eichler Post aus Polen bekommen hatte. Hinzu kommen noch eine Reihe von verschleppten nicht bearbeiteten Anträgen, widerrechtlich geöffneter Verteidigerpost etc., etc. Wie die Totalverweigerer-Initiative Frankfurt erklärt, zeichne sich das Verfahren durch eine "Willkür in allen Instanzen aus", da man inzwischen nicht einmal mehr versuche, "den Entscheidungen einen scheinbar rechtmäßigen Anstrich zu geben".

Infos hierzu: Totalverweigerer-Initiative Frankfurt, Tel & Fax 069 - 430 57 771

§ 129 gegen Passauer Antifa

Seit März 1997 läuft gegen 39 Passauer AntifaschInnen ein Ermittlungsverfahren nach §129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Trotz fast zweijähriger Ermittlung und der Durchsuchung einiger Wohnungen im Mai 1998 wurden den Betroffenen, die bisher auch keine Akteneinsicht erhielten, bis heute noch keine konkreten Anschuldigungen mitgeteilt.

Allerdings versuchen Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft massiv Informationen über bestehende Strukturen und Zusammenhänge zu erforschen.Inzwischen ist eine bundesweite Solidaritätskampagne angelaufen, die das bisher weitgehend unbeachtete Vorgehen von VS und Staatsanwaltschaft öffentlich machen will. Für das Verfahren und die Öffentlichkeitsarbeit benötigen die Passauer natürlich neben Solidarität auch Geld:

Antifaschistische Aktion Passau, Große Messergasse 8, 94032 Passau.

Unter der gleichen Adresse ist auch eine Broschüre der Roten Hilfe Passau zu bekommen, die die Vorfälle dokumentiert.

Chiapas

Mittlerweile gibt es über 20 000 Flüchtlinge in Chiapas, viele hundert Tote, Verschwundene, hunderte von Gefangenen. Die Militärdichte ist die höchste Mexikos. Die Dichte der paramilitärischen Banden ebenso. Die Großgrundbesitzer greifen mithilfe ihrer politischen Integration in die PRI, die Regierungspartei, politisch, und mithilfe der Weißen Garden militärisch ein und vertreiben die Indigenas von fruchtbarem Boden.

Dieser "Krieg niederer Intensität", der einfach nur Elend, Hunger und Tod produziert, droht schon 1998 in einen Vernichtungskrieg gegen die indigene Bevölkerung umzuschlagen.

Eine für Mexiko beispiellose Hetze wird gegen die internationalen MenschenrechtsbeobachterInnen von regierungstreuen Medien entfacht. Hunderte von AusländerInnen werden ausgewiesen.

In dieser militärisch und politisch äußerst angespannten Situation tritt die EZLN mit der 5. Erklärung der Selva Lakandona an die Öffentlichkeit.

In dieser Erklärung ruft sie auf , eine mexikoweite Befragung über die Rechte der indigenen Völker, über das Ende des Ausrottungskrieges und über das Verhältnis von Regierung und Regierten

durchzuführen.

Die EZLN ruft große Teile der Bevölkerung auf, die Befragung organisatorisch mit vorzubereiten und sich an ihrer Verwirklichung vor Ort, d.h. in jedem Dorf, in jeder Stadt Mexikos, zu beteiligen.

5000 Zapatistas, 2500 Frauen und 2500 Männer werden immer zu zweit, ein Mann und eine Frau, durch ganz Mexiko ziehen und in jedem Ort Versammlungen abhalten und die 4 Fragen, über die es zu entscheiden gilt, vorstellen.

Am 21. März wird in ganz Mexiko die Abstimmung sein.

Es ist davon auszugehen, daß es nicht nur ein sehr großes Wagnis für die Zapatistas ist, aus den autonomen Gebieten herauszugehen, sich als Zapatistas zu erkennen zu geben, sondern daß damit auch direkt Gefahr für Leib und Leben der Zapatistas verbunden ist. Das gilt natürlich nicht nur für Chiapas, sondern eben auch für ganz Mexiko. Deshalb werden die Gruppen begleitet von möglichst vielen Menschen, die versuchen werden, ihnen durch ihre Anwesenheit Schutz zu geben.

Falls diese Befragung gelingt, haben es die Zapatistas geschafft, nicht nur den militärischen Würgegriff der Regierung zeitweise abzuschütteln, sondern auch wieder politisch in die Offensive zu kommen.

Wir halten diese Befragung für eine der wichtigsten Initiativen der Zapatistas, weitet sie doch den Kampf für die Rechte der indigenen Völker, den Kampf für ein Leben in Würde für Alle, den Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie auf ganz Mexiko aus.



Das bundesweite YA-BASTA-NETZ wird diese Befragung aufmerksam verfolgen und von hier aus mit zahlreichen Aktivitäten solidarisch begleiten.

Wir rufen alle Menschen zur Solidarität mit den Zapatistas und der Befragung auf.

Wir rufen Alle dazu auf, den Kampf der Zapatistas gegen die Armut und für ein Leben in Würde für Alle, für Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und wirkliche Demokratie auf allen möglichen Wegen zu unterstützen.

Bundesweites Ya-Basta-Netz

Kommune-Gründungstreffen

Das Bedürfnis, in einer Kommune oder Gemeinschaft zu leben, nimmt seit Anfang der 80erJahre stetig zu. Vor allem in den 90ern machen sich immer mehr Menschen auf, nach Alternativen zu bestehenden Lebens- und Arbeitszusammenhängen zu suchen. Sie wollen nicht mehr "mitspielen" in der bestehenden (Zwei-Drittel-) Gesellschaft, in der sich die vermeintlich Starken mit ihren Verwertungsinteressen rücksichtslos durchsetzen. In einer Gesellschaft, in der die sogenannten (sozialen)Randgruppen keine Lobby und kein Gehör finden, in der Ellenbogenmentalität gefördert und solidarisches Handeln "bestraft"wird.Sie wollen den anhaltenden Atomisierungs- und Vereinsamungstendenzen eine Zukunftsvision entgegenstellen, die meint: Abbau kapitalistischerund patriarchaler Machtstrukturen, ökologisches, sozialverträgliches und kollektives Wirtschaften, gemeinsamer Besitz an Grund, Gebäuden und Produktionsmitteln sowie solidarisches Miteinander. Nicht mehr die überkommenen Machtstrukturen in Beruf, Familie und Freizeit "dulden",sondern Träume und Wünsche nach einem gemeinschaftsorientierten Leben mit Gleichgesinnten umsetzen! Zu Pfingsten 1999 lädt die Kommune Niederkaufungen zu einem Großtreffen auf ihrem Hof ein. Das zur Tat auffordernde Motto "Los geht's!" bietet den Rahmen für Gruppengründungen für die vielen Vereinzelten nach Alternativen und Gemeinschaft Suchenden. Bestehende Gemeinschaften stellen sich vor. Zukunftswerkstätten laden ein, sich über die eigenenMotive, in einer Gruppe leben zu wollen, klarer zu werden. An zwei Tagen werden workshops organisiert zu Themen wie:

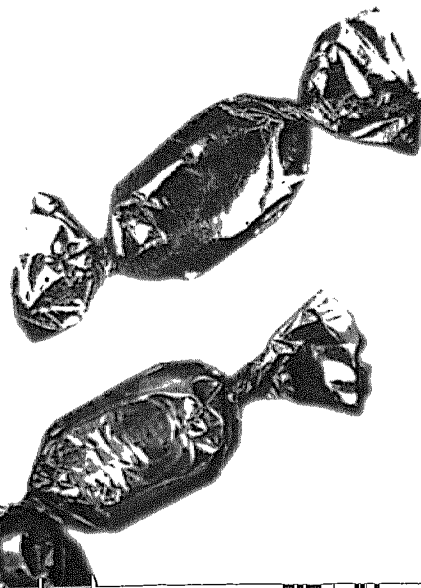
Entscheidungsfindung in Gruppen, gemeinsame Verantwortung für Kinder, kollektives Arbeiten, ökologische und sozialverträgliche Produktion, gemeinsame Ökonomie,Konfliktbewältigung und Utopien. Aber das Treffen lebt vor allem durch das Engagement und die Beteiligung der BesucherInnen. Sie sollen ihre Themen, Wünsche und Ängste formulieren und somit Gleichgesinnte finden, mit denen sie sich vorstellen können eine Gemeinschaft zu gründen. "Los geht's" in Kaufungen bietet in erster Linie den Rahmen und die Atmosphäre so dass Gruppengründungsprozesse beginnen können, frei nach dem Motto von Hölderlin "Wir sind nichts - was wir suchen ist alles!"

"Los geht's!" Selbstbestimmt leben - Gruppen Gründen auf dem Hof der Kommune Niederkaufungen (bei Kassel)

Termin:
Pfingsten 1999, 20. bis 24. Mai 1999
Infos zum Treffen über:
Kommune Niederkaufungen,
Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
tel: 05605 - 80070
fax: 05605 - 800740
e-mail: Kommune@tonline.de
homepage:http://home.t-online.de/home/kommune

Bonbons machen (Ribos echte)

Um Karamelbonbons zu machen nehme mensch Zucker (am besten braunen) und Wasser in gleichen Teilen, gebe das ganze in einem Topf auf den Herd und warte bis das Wasser verkocht ist und der Zucker anfängt zu schmilzen. Ist der gewünschte Bräunungsgrad erreicht lösche mensch mit etwas Wasser ab und warte bis der entstandene Karamel sich wieder gelöst hat. Mensch füge jetzt noch ein gutes Stück Butter oder auch etwas Sahne hinzu und nach Geschmack Rum. Auf ein Blech gießen, erkalten lassen, schneiden und einwickeln.





Vivir la Historia

Die Geschichte leben

Ein ungewöhnliches Vorhaben realisierten die Dokumentarfilmer Uli Stelzner und Thomas Walther in Guatemala. Während 4 Wochen präsentierten sie ihren Film "Die Zivilisationsbringer" unter denkbar schwierigsten politischen Umständen in einem Land, in dem die Erinnerung und die Meinungsfreiheit erst noch erkämpft werden muss. Ein Vermittlungsversuch.



Konfrontiert mit der eigenen Geschichte. Archiv-Fotos aus dem Film "Die Zivilsationsbringer" ziehen das Publikum bereits vor der Vorführung an. Foto: ISKA

I. Rückwärtsgänge

"Um dem Dampfwalzeneffekt der Informationsautobahnen entgegenzuwirken, müssen Querstrassen, Naturwege und Fusspfade entstehen, in deren Furchen die Samen der Verschiedenheit spriessen und kleine Bäche fliessen werden, um die Erinnerung der Völker zu bewässern", so umschreibt der aus Burkina Faso stammende Regisseur Gaston Kaboré die zunehmende Notwendigkeit der Begegnung von Filmautoren und Zuschauern. Dieses universal geltende Gedankengut machte sich auch die Mediengruppe ISKA aus Kassel zu eigen, um einen von ihr produzierten Dokumentarfilm in Guatemala zu zeigen, einem Land, in dem das vorsätzliche Unwissen und die absolutistische Arroganz der Macht jahrzehntelang die Erinnerung an die Geschichte zu verwischen vermochte.

In dem 1997 fertiggestellten Film "Die Zivilisationsbringer"weben alte und junge deutsche Auswanderer der mächtigen deutschen Kolonie ihre Geschichte in Guatemala zu einer Erfolgsstory, die das koloniale Denken und Handeln dieses Jahrhunderts schonungslos offenlegt. Der Film verdeutlicht den fliessenden Übergang vom deutschtümelnden Gedankengut hin zu nationalsozialistischen Herrenattitüden, entflechtet die folgenreichen Auswirkungen deutscher Präsenz auf Guatemalas Ökonomie und offenbart die ungebrochenen politischen Verstrickungen mit den jeweiligen Machthabern. Vor allem ist es aber ein Film über die Beziehung zwischen Deutschen und den anderen: die indigenas*. Das bis dato unbekannte historische Archivmaterial und die im Film interviewten Deutschen halten der guatemaltekischen Gesellschaft einen Spiegel vor. Sie entlarven sich und das System: Diskriminierung, Paternalismus und Rassismus als Machtpfeiler ziehen sich wie ein roter Faden durch das Jahrhundert.

Während der Fertigstellung des Filmes endete in Guatemala der langandauernde Bürgerkrieg. Der damit eingeleitete Versöhnungsprozess - und das ist das hochgesteckte Ziel der ehemaligen Konfliktparteien - soll in einen dauerhaften und gerechten Frieden münden. Ähnlich wie in Südafrika ist die Voraussetzung dafür die Aufarbeitung der Geschichte, die Wiederaneignung des historischen Gedächtnisses. Das Bestreben der Autoren des Films bestand von Beginn an darin, viele unbekannte Bilder - und nahezu unbekannte Aspekte der Geschichte - nach Guatemala zurückzubringen. Dass das Engagement gegen die Kultur des Vergessens kein gesellschaftlicher Konsens ist, zeigt die Ermordung des Erzbischofs Gerardi, dem Verantwortlichen der Wahrheitskommission der Katholischen Kirche. Zwei Tage nach der Veröffentlichung des vierbändigen Berichts wurde er von bisher Unbekannten ermordet. Insofern lag bereits im Vorfeld in den Vorstellungen des Films in Guatemala viel Brisanz, ein Testfall für die Meinungsfreiheit und den politischen Dialog. Das Projekt von ISKA hieß also: Begegnung. Eine Wiederbegegnung, die es ermöglichen sollte, den Film einer breiten

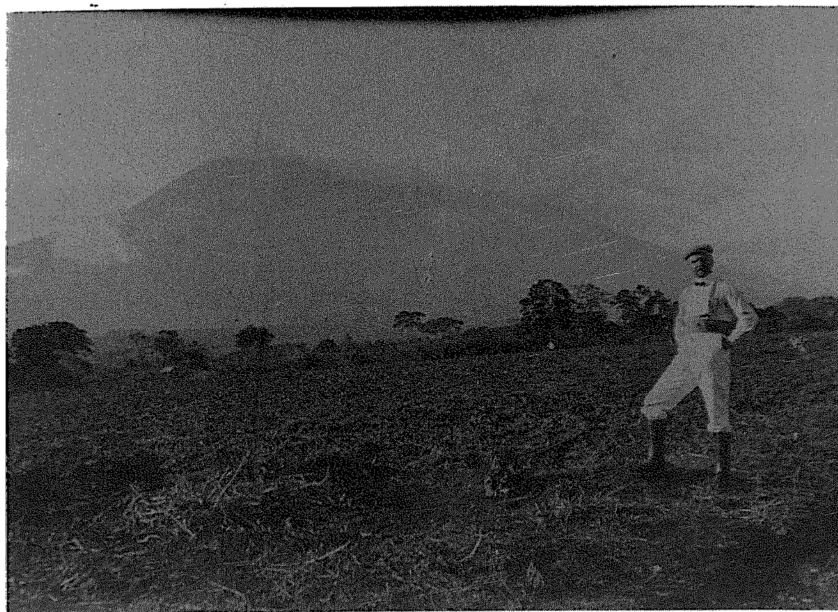
Öffentlichkeit vorzustellen und Diskussionen zwischen gesellschaftlichen Kräften zu eröffnen, die bisher in Guatemala nicht möglich waren. Vivir la historia- die Geschichte leben.

II. Entführte Geschichte(n)

Der Krieg hinterliess in Guatemala Zerstörung, Entwurzelung, gebrochene Identitäten und eine gespaltene Nation. Jahrelang herrschte eine Kultur des Todes und der Angst. Die wenigen guatemaltekischen Filmemacher, Journalisten und Kulturschaffenden gehörten lange zu den verfolgtesten Regimekritikern, viele gingen ins Exil. El silencio, das Schweigen machte sich breit. Nie gelang es in Guatemala, was in den Nachbarländern El Salvador und Nicaragua den revolutionären Prozess beschleunigte: die Produktion eigener Filme, die nicht nur die Repression der Regime dokumentierten, sondern auch den Widerstand in Bilder, Worte und Poesie fassten. Das Medium Film als subversives Element im Befreiungskampf. In Guatemala wurden nahezu alle Dokumentarfilme der 80iger und frühen 90iger Jahre von ausländischen Filmemachern gedreht, wenige Anstrengungen wurden jedoch unternommen, die Bilder und Zeugnisse zurückzubringen. Frühere Filme der Autoren Stelzner und Walther über die Überlebenden des Terrors und den Widerstand der Flüchtlinge konnten nur hinter verschlossenen Türen und in kleinen Zirkeln gezeigt werden, denn der andauernde militärische Konflikt setzte der Meinungsfreiheit selbst im Demokratisierungsprozess eindeutige Grenzen. Ähnlich erging es dem Spielfilm "Die Tochter des Puma" des schwedischen Regisseurs Ulf Hulberg. Der 1993 in einem mexikanischen Flüchtlingslager und nur mit Laiendarstellern gedrehte Spielfilm über die Grauen der achtziger Jahre konnte erst 1995 - halb legal und unter polizeilicher Observierung - öffentlich gezeigt werden. 1996 gelang es dem Schweizer Andreas Hoessli mit dem Dokumentarfilm "Devils don't dream" über den Reformpräsidenten Jacobo Arbenz, dessen Andenken seit seinem Sturz 1954 von den Militärdiktaturen verdrängt, verheimlicht und gnadenlos verfolgt wurde, die Kinos zu füllen. Allen Filmen gelang es trotz grosser Schwierigkeiten, Ungesehenes sichtbar zu machen, das Historische Gedächtnis am Leben zu erhalten und den Mantel des Schweigens zu brechen.

III. Strittige Weltbilder

Nach mehrmonatigen Vorbereitungen mit der Universität San Carlos und einer Unabhängigen Künslervereinigung kommt es in Guatemala-Citys zur lange erwarteten Premiere von "Die Zivilisationsbringer". Einige Stühle der deutschen Filmprotagonisten bleiben unbe-



Repro: ISKA



Unter dem Joch des Kaffees
Repro: ISKA

Repro: ISKA

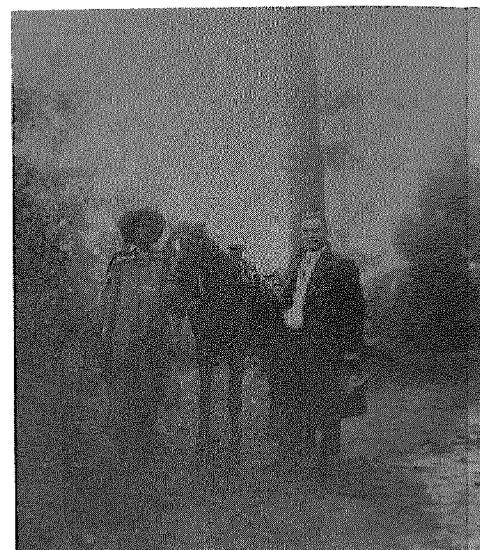




Foto: ISKA

setzt, die Deutsche Botschaft dagegen ist zahlreich vertreten. Das guatemaltekische Publikum sucht fehlende Sitzmöglichkeiten auf den Gängen des Kinos. Der Film endet mit symbolträchtigen Bildern bunter Holzkreuze eines Friedhofs am Meer. Der Unbekannte am Strand reflektiert: "Ich bin nicht sicher, ob wir Guatemalteken uns darüber bewußt darüber sind, wer wir in der Vergangenheit gewesen sind. Der Schmerz, der von Kugeln und Bombenlärm verletzte Wind hat es uns nicht erlaubt, unser eigenes Antlitz zu erhören. Wir sind ein imaginäres Land, eine Nation, die erst noch geschaffen werden muss. Wir waren der Bedrohung, der Übermacht der Technik, der Entwicklung, der Zivilisation ausgesetzt, einer vermeintlichen Zivilisation, die nicht fähig war, die unserige anzuerkennen." Mit diesen Worten endet die zweistündige filmische Reise und verdeutlicht die inhaltliche Entwicklung: nicht mehr die Deutschen sind das Thema, sondern ein Land in der Stunde Null nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung. Doch diese filmische Entwicklung haben die anwesenden deutschen Filmprotagonisten -allesamt mächtige und einflussreiche Familien - nicht mitvollzogen. Sie haben deutschen Filmemachern ihre nostalgischen Lebensgeschichten anvertraut und sehen ihren intimen und vertrauensvollen Diskurs in direktem Zusammenhang mit den Konflikten Guatemalas montiert. Das ist Verrat und verletzt die ethischen Verhaltensregeln unter Landsmännern. "Dieser Film wird nicht zur Versöhnung beitragen" lautet ein erster Kommentar der Betroffenen. Während im Film alle Misstände je nach politischer Konjunktur mal den integrationsunwilligen "indios", den Kommunisten und den hetzenden Pfarrern in die Schuhe geschoben werden, sind die schuldigen Unruhestifter diesmal die Regisseure. Dass sich die Diskussion nicht zu einer deutsch-deutschen Auseinandersetzung im Land ihrer Projektionen entwickelt, dafür sorgen die anwesenden Guatemalteken. Viele sind sichtlich betroffen angesichts des offen artikulierten Rassismus und vieler neuer historischer Fakten. Die Diskussion kreist um Fragen der Macht, der Identität und die Bedeutung von Geschichtsbewusstsein, selten kommt es zu Ressentiments oder einseitigen Schuldzuweisungen. Die schwierig zu gestaltene ethnische Einheit Guatemalas, die eigene Identität und das starke Bedürfnis nach Aufarbeitung der schmervollen Vergangeneit kennzeichnet auch die Diskussionen in den darauffolgenden Wochen in verschiedenen Landesteilen. Die Reaktionen verdeutlichten, dass die Wunden des Krieges noch längst nicht verheilt sind. Der Film bilanziert die Konflikte Guatemalas in diesem Jahrhundert und trifft bei seiner Annäherung an die Wirklichkeit auf Sensibilitäten aller Akteure. Auch die Autoren werden von Kritik nicht ausgenommen. So verursachte der spanische Titel des Films "Los civilizadores" (Die Zivilisatoren) Irrtationen zuhauf und verursachte emotionsgeladene Widersprüche. Zwei Wochen nach der Premiere kommt es zu einem Diskussionsforum mit Historikern und Filmschaffenden, bei dem zwei deutsche Familien Protestbriefe gegen die Machart des Films verlesen, eine Rechtsanwältin verlangt sogar Entschädigungszahlungen. Zu diesem Zeitpunkt war der Film jedoch schon längst ein Politikum.

IV. Film ist subversiv

Für die Ohnmachtsstruktur ist jedwede dynamische Demokratie, die zu einer Veränderung der Wirklichkeit führt, eine Gefahr.(Eduardo Galeano)

Schon nach der Premiere kam es zu konkreten Drohungen angesichts der bevorstehenden Aufführungen in Coban, der Hauptstadt des Kaffeeanbaugebietes, wo die meisten Deutschen ansässig waren. Eine der einflussreichsten deutschstämmigen Familien, deren Familiengeschichte einen wichtigen roten Faden des Films ausmacht, hatte gedroht, den Film so in Coban nicht laufen zu lassen.

Die örtlichen Veranstalter planten die Vorführung im Governeurspalast im Zentrum der Stadt. Aufgrund des politischen Drucks kam es am Tag der Aufführung zu diversen Krisensitzungen beim Gouverneur - und der Film lief dann doch. In Anwesenheit von Vertretern der UNO, der Mission der Vereinten Nationen für Guatemala (MINUGUA) und mit Begleitschutz für die Regisseure drängten sich nahezu 500 Leute in den Saal. Das offizielle, im UNO-blau gehal-

tene seidene Friedenstuch mit der Aufschrift Frieden schafft Möglichkeiten zierte vorsichtshalber den Rednertisch. Viele Deutschstämmige - in den meisten Fällen nicht anerkannte Kinder Deutscher mit Keckchí Frauen - waren anwesend, zusätzliche Brisanz gewnn die Veranstaltung durch die Tatsache, dass weite Teile des Films in dieser Region gedreht worden waren. Erwartungsgemäss kam es zu einer kontroversen Diskussion in angespannter Atmosphäre. Beobachter sprachen von einer historischen Veranstaltung, wo die deutlichen ethnischen und wirtschaftlichen Konflikte der Region zum ersten Mal ausgesprochen wurden. Lange prägte hier die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse den Diskurs, welcher die ethnische Komponente des Krieges erahnen liess. Erst beharrliche Stimmen führten zu sozialen und ökonomischen Fragen, wie die immer noch vorhandenen feudalen Strukturen in der Landwirtschaft, Erblast der Einführung des Kaffees durch deutsche Kapitalisten.
Konsens nach eineinhalbstündiger Debatte war, dass die demokratische Aufarbeitung der Konflikte die Sprache der Gewalt ersetzen muss. Dank der Kühnheit einer Redakteurin wurde der Film und die anschliessende Diskussionsveranstaltung parallel im Fernsehen übertragen und aufgrund des Impaktes am Tag darauf zur besten Sendezeit wiederholt.
Am Tag der Rückkehr aus Alta Verapaz wurden dem Team die für die Dauer des Aufenthalts geliehenen Vorführgeräte im Wert von 12.000,- DM gestohlen. Nach Meinung von Journalisten war es kein Zufall, dass das Team seit diesem Morgen ohne Begleitungsschutz unterwegs war und die Polizei erst nach 3 Stunden auftauchte, und das erst nach bemühter Intervention der Deutschen Botschaft. Es war, wie ein Kommentator in der Presse schrieb, das bekannte Haar in der Suppe, welches den Polemiken in den Debatten, Foren und in der Presse angesichts guatemaltekischer Verhältnisse folgen musste.

IV. The winner is...

Es kam in 3 Wochen zu 23 Aufführungen mit 2500 Zuschauern in Kinos, Kirchen und offenen Plätzen, ohne das TV-Publikum zu berücksichtigen. Kopien des Films verbleiben für die weitere Verwertung im Land, es soll auch eine Maya-Kechí-Fassung entstehen. Das Medium Dokumentarfilm hat gezeigt, dass es für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation Guatemalas ein geeignetes Medium sein kann, Geschichte emotional aufzuarbeiten und Diskussionsräume zu öffnen vermag. Grossgrundbesitzer, Plantagenarbeiter, indigenas,Ex-guerrilleros, rechtslastige Historiker, linksliberale Intellektuelle und vereinzelt sogar Armeeangehörige sehen und diskutieren zum ersten Mal eine Interpretation ihrer Geschichte unter einem Dach. Das ist vielleicht das Hauptverdienst des Filmes: er hat gezeigt, dass es Möglichkeiten gibt, die verschiedenen gesellschaftliche Kräfte zusammenzubringen, Konflikte offen zu diskutieren und die politische Konjunktur der Öffnung kreativ zu beleben. Dass unkonventionelle Formen der Kommunikation - eben die Suche nach den Querstrassen, Naturwegen und Fusspfaden - notwendig und machbar sind, damit die Menschen nicht zu immobilen "Empfangsstationen" und zum Stillstand verurteilt sind, dass Begegnungen die Kultur des Vergessens ersetzen können. Eine Zuschauerin fasste es nach einer Diskussion in Worte:"Ereignisse wie diese Filmvorführung müssen wir instrumentalisieren, damit in Zukunft niemand mehr schweigen muss. Damit die historischen Begebenheiten, die hier zaghaft und zeitweise ängstlich artikuliert wurden, atmen und leben können. Und das ohne Gefahr zu laufen, dass die Mächtigen die Erinnerung mit einem Stein zertrümmern. Bischof Gerardi, der sich für die Wahrheit und Versöhnung Guatemalas eingesetzt hat, wurde laut kriminalistischen Untersuchungen durch einen Schlag mit einem schwerem Stein auf den Kopf zum Schweigen gebracht.

* (die mehrheitliche Maya-Bevölkerung)

Foto: ISKA



"Die Zivilisationsbringer - Deutschtum in Guatemala"
1997, 130 min., Farbe /SW, beta SP, dt. und span. Fassung
Regie: Uli Stelzner und Thomas Walther
Produktion und Vertrieb: ISKA, Oberste Gasse 24, 34117 Kassel
Tel. 0561/772894, Fax: 0561/14153, e-mail: iska@asco.nev.sub.de

ISKA bittet um Spenden für den Verlust der Vorführgeräte:
Verein medienspezifischer Kultur-ISKA
Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53, Kto. 101 65 30

Stichwort "Guatemala"

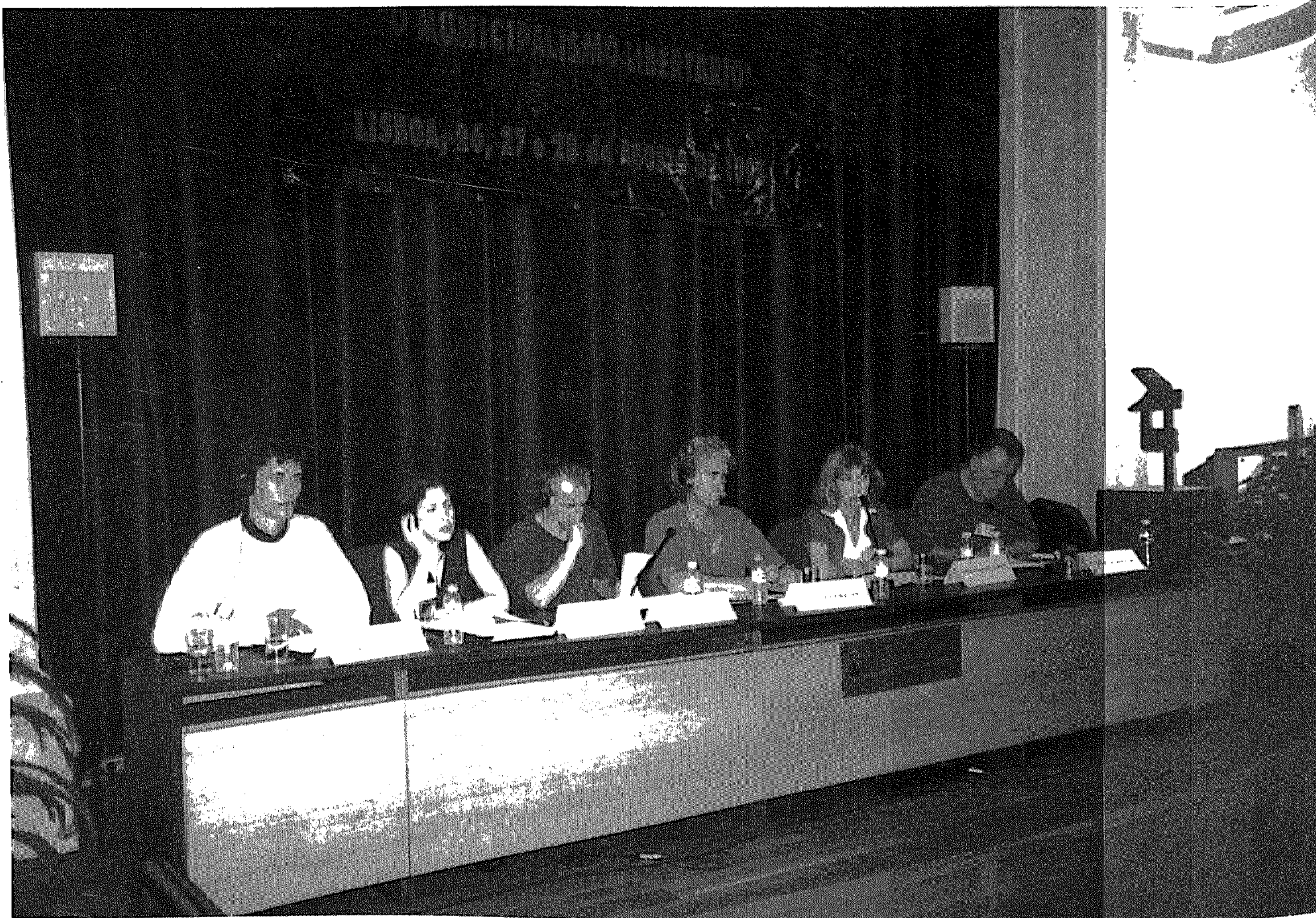


Photo: Sveinung/Porsgunn - Eröffnungspodium bei der Konferenz in Lissabon 1998

Die duale Macht

von Janet Biehl

Wie bereits in SF-65 angedeutet, enthält das Kapitel "Duale Macht" mit die umstrittensten Gedankengänge und Vorschläge in Janet Biehls Buch "Libertärer Kommunalismus", das als Grundlage für die 1.Konferenz zum Libertären Kommunalismus in Portugal diente. Der SF druckt dieses Kapitel mit der ausdrücklichen Einladung zur Diskussion nach.

"Eine Kraft in sich fühlen". Das ist es, was viele derzeit suchen - häufig in Sekten oder Psychogruppen, manchmal auch in politischen Zirkeln. Man nimmt an Gruppenaktivitäten teil und danach heißt es: "Ich fühle diese Kraft in mir." In den Sekten geschieht das nach einem religiösen Ritual. In Selbsthilfegruppen sprechen die Menschen über ihre Sucht, um danach "eine neue Kraft" zu fühlen. In einer Bürgerinitiative treibt Wut die Leute zu einer Protestaktion, und auch danach fühlen sie sich "stärker als zuvor". Sogar wenn freischwebende Einzelne sich in spirituelle Placebos flüchten - aufbauender Singsang, auf dem Boden liegen, die Augen schließen, die Tagtraum-Übungen der "geleiteten Imagination" - können sie sich "gestärkt" fühlen.

Kraft - ein Gefühl der Macht - kann aber nicht durch Tagträume oder Rituale gewonnen werden, nicht einmal durch direkte Aktionen, in denen sich nur eine Protesthaltung ausdrückt. So etwas mag ein Lustgefühl vermitteln, vielleicht auch die Illusion, über Macht zu verfügen, doch echte politische oder gesellschaftliche Macht leitet sich daraus nicht ab.

Macht ist mehr als eine geistige oder psychologische Befindlichkeit. Sie ist etwas Solides, Fassbares, ein gesellschaftliches Faktum, und muss als solches gesehen werden. Wenn der Nationalstaat und die Konzerne Gewalt ausüben, dann hängt das mit ihrer institutionalisierten Macht zusammen, ihren Polizeitruppen, Gerichten und Armeen. Wer über die tatsächliche Existenz der Macht hinweggeht, der verabschiedet sich aus der Realität und versinkt in einem ätherischen Nirwana der Psyche.

Michel Foucault hat der Linken, oder dem was von ihr noch geblieben ist, keinen Dienst damit erwiesen, dass er die Macht als ein allgegenwärtiges Phänomen hinstellt, von Natur aus böse und Feind jeder Freiheit. Denn das hieße ja zwangsläufig, die linkslibertäre Bewegung müsse nicht nur Staat, Hierarchie und Kapitalismus abschaffen, son-

dem gleich jede Art von Macht.

Macht kann aber niemals abgeschafft werden. Es wird immer Institutionen geben, in denen Menschen über Macht verfügen - das gilt für den faschistischen Diktator ebenso wie für die freien Bürger in ihren demokratischen Versammlungen. Die Erringung der Macht - der Volksmacht - ist alles andere als freiheitsfeindlich, ist vielmehr der einzige Weg zur Freiheit. Und Politik ist die Kunst, Macht zu erringen und auszuüben und dadurch die Freiheit der direkten Demokratie in föderierten Gemeindeversammlungen herbeizuführen.

Die einfachen Menschen müssen sich zusammenschließen, um in einer kollektiven Anstrengung die gesellschaftliche Macht zu erringen. Denn jegliche Macht, die sie nicht für sich beanspruchen, fällt automatisch dem Staat zu - also müssen die Menschen sie sich von dort holen. Da ein institutionelles Vakuum undenkbar ist, kann die Macht nur auf einer der beiden Seiten liegen. Was der breiten Masse auf der ganzen Welt heute fehlt, ist genau das, was sie am nötigsten hätten, um ihre Dinge zufriedenstellend zu regeln - die Macht.

Bei der Macht kommt es also nicht darauf an, ob sie überhaupt existiert, sondern wer sie hat. Das aber bedeutet für die libertär-kommunalistische Bewegung: Ebenso wie in der Vergangenheit der Nationalstaat die Macht auf Kosten der Unabhängigkeit und Freiheit der Gemeinden erobert hat, können die neuen föderierten Kommunen jedwede Macht nur auf Kosten des Nationalstaats erringen. Entweder stärken also die föderierten Kommunen ihre eigene Macht und schmälern die des Staates, oder dieser behält und stärkt seine Macht und schmälert die Macht der föderierten Kommunen.

Duale Macht

Wenn im Laufe der Zeit die Bewegung für einen Wandel anschwillt, werden immer mehr Kommunen sich demokratisieren und Föderationen bilden. Irgendwann ist dann der Punkt erreicht, da die vereinte Stärke der vielen demokratisierten und föderierten Kommunen für den Staat eine Bedrohung darstellt.

Dass die heutigen Machtstrukturen die Existenz einer Föderation demokratisierter Kommunen - mit ihrer demokratischen Politik, ihrer selbstbewussten Bürgerschaft und ihrer kommunalisierten Wirtschaft - tolerieren werden, ist kaum anzunehmen. Vielmehr wird der Staat den Kapitalismus und seine eigene Macht verteidigen wollen. Also muss die Bewegung, will sie nicht auf Gnade oder Ungnade dem Staat ausgeliefert sein, eine Bürgerwehr zur Verteidigung der von ihr verkörperten Volksmacht aufstellen. Mehr noch: Wenn es der Bewegung mit ihrer Opposition zum Staat ernst ist, muss sie versuchen, dem Staat sein wichtigstes Instrument zu entwinden: das bewaffnete Gewaltmonopol.

Milizen sind ja derzeit in der rechtsextremen Szene der USA sehr beliebt, aber deshalb hat die Rechte noch lange kein Exklusivrecht auf die Tradition der Milizen. 150 Jahre lang war es in der sozialistischen Bewegung unbestritten, dass eine bewaffnete Volks- oder Bürgermiliz notwendig sei. Jede der verschiedenen Sozialistischen Internationalen stellte die Forderung auf, eine Miliz an die Stelle der Armee und der Polizei zu setzen. Auch den Anarchisten und Syndikalisten erschien seinerzeit

TeilnehmerInnen der 1.Konferenz für Soziale Ökologie in Lissabon



die Bewaffnung des Volkes als *conditio sine qua non* einer freien Gesellschaft.

Wer heute eine schlüssige radikale Position einnehmen will und dabei die Forderung nach Bewaffnung des Volkes fallen lässt, sorgt dadurch für die Fortexistenz des Staates. Der Libertäre Kommunalismus wird also in der Tradition der sozialistischen und anarchistischen Bewegungen dafür eintreten, die staatlichen Heere und Polizeikräfte irgendwann durch eine Bürgermiliz, oder Bürgerwehr, zu ersetzen. Die Befehlsgewalt über diese Bürgerwehr muss allein bei den Bürgerversammlungen liegen. Sie selbst ist eine demokratische Institution, ihre Offiziere werden gewählt.

Je größer und zahlreicher nun die kommunalen Föderationen werden, desto mehr wächst auch ihre latente Macht und somit ihre Fähigkeit, eine Gegenmacht zum Staat darzustellen. Indem sie von diesem Potential Gebrauch machen, entwickeln sich natürlich Spannungen zwischen ihnen und der Staatsmacht. Diese Spannungen, diese potentielle Gegenmacht, müssen aber von den Bürgern als etwas Positives angesehen werden. Den Bürgern muss bewusst werden, dass hier im eigentlichen Sinn wieder der uralte historische Konflikt zwischen Gemeinde und Staat ausbricht, dass es zwischen Staat und Föderation keine Harmonie geben kann.

Dieser Machtzuwachs der kommunalen Föderation versetzt sie schließlich in die Rolle einer *Dualen Macht*, von der dann die Forderung nach voller Macht für das Volk ausgeht. In diesem Augenblick wird die soziale und politische Lage instabil. Es kommt wahrscheinlich früher oder später zu einer Konfrontation über die Frage, wer die Macht haben soll - die kommunalen Föderationen oder der Staat. Entweder geht die Macht an das Volk und seine Kommunen über, oder aber sie verbleibt beim Staat und den Praktikern der Staatsraison.

Am Ende werden die Föderationen vermutlich mit militanten Mitteln versuchen, ihre eigenen Strukturen an die Stelle des Staates zu setzen. Es ist zu hoffen, dass bis dahin die libertär-kommunalistische Bewegung die Mehrzahl der Menschen für sich und für ihr Gesellschaftsmodell gewonnen, also die staatlichen Institutionen gewissermaßen "ausgehöhlt" hat. Ist die Autorität des Staates erst einmal in den Augen der Menschen delegitimiert, dann kann sie hoffentlich auch ohne große Schwierigkeiten beseitigt werden.

Paris erlebte es im Jahre 1789, und St.Petersburg 1917, wie die Staatsautorität angesichts einer revolutionären Konfrontation zusammenbrach. Jede dieser allmächtig erscheinenden Monarchien war in Wirklichkeit so bar jeder Macht, dass sie unter dem Ansturm des revolutionären Volkes einfach zerbröckelte. Entscheidend dafür war jedoch, dass in beiden Fällen das Militär -d.h. die einfachen Soldaten - sich der Revolutionsbewegung anschlossen. Was in der Vergangenheit möglich war, kann erneut geschehen, vor allem wenn eine effektive, bewusste, inspirierte revolutionäre Bewegung am Werk ist.

Die Spannung verschärfen

In der Zeit des Aufbaus der Dualmacht dürfen die Spannungen zwischen den Föderationen und dem Nationalstaat weder nachlassen noch übertüncht werden. Die libertär-kommunalistische Bewegung muss diesen Dissens, die Opposition zum Nationalstaat, vielmehr ausdrücklich betonen und verschärfen (eine waghalsige Abenteuerpolitik darf dabei natürlich nicht betrieben werden). Andernfalls wird aus der kommunalen Föderation keine Gegenmacht, sondern sie endet als Staatsorgan, zum Beispiel als parlamentarische Partei.

Es ist wirklich sehr wichtig, dass das Spannungsverhältnis zwischen der Föderation und dem Nationalstaat bestehen bleibt. Leider könnten einige Mitglieder der Bewegung dieses Ziel aus den Augen verlieren und auf Abwerbeversuche der etablierten Gesellschaft hereinfallen, etwa auf das Angebot einer Belohnung, eines einträglichen Amtes. Im Gegenzug erwartet man dann, dass die Bewegung wieder mehr auf einen staatsorientierten Kurs gebracht und somit kompromittiert wird. Einige mögen empfänglich genug für derartige Versuchungen sein und somit zum Verrat an der Bewegung verleitet werden.

Zwar kann der Verrat auch aus eigennützigen Motiven heraus begangen werden, er dürfte aber eher gänzlich unbeabsichtigt erfolgen - durch Menschen, die im guten Glauben handeln und vermeinen, die Grundlage der Bewegung zu festigen. Man muss sich das etwa so vorstellen: In vielen Nationalstaaten gibt es verschiedene Regierungsebenen - so in Kanada die Provinzen, in den USA die Bundesstaaten, in Deutschland die Länder. Viele davon haben sich Kompetenzen gegenüber dem jeweiligen Nationalstaat bewahrt, und so glauben denn manche Libertäre Kommunalisten fälschlicherweise, hier hätte man es bereits mit eigenständigen dezentralen oder lokalen Mächten zu tun, deren Bürger lokale Kontrollkompetenzen besäßen.

Man stellt sich dann vor, diese Zwischenebenen entsprächen - auch wenn das Volk noch nicht zur Herrschaft gekommen ist -potentiell einer lokalen dezentralisierten Regierung. In aller Unschuld wird dann der Vorschlag eingebracht, die Bewegung möge doch über die rein kommunale Ebene hinausgehen und auch für diese Regierungen Kandidaten aufstellen. Das Argument wirkt schon deshalb verführerisch, weil man ja von dem "höheren" Amt aus besseren Zugang zu den Massenmedien hätte und somit mehr Menschen erreichten könnte.

Die Bewegung verlöre aber ihre Identität und Integrität, würde sie sich um solche Ämter bewerben. Provinzen, Bundesstaaten, Länder und dergleichen sind keinesfalls Institutionen des Volkes, sondern stellen selbst kleine Nationalstaaten dar. Ihre Institutionen sind solche des repressiven Staates, ihre Funktion ist die eines Kanals, über den der Zentralstaat seine Macht ausübt und seine Maßnahmen exekutiert. Sobald die kommunale Föderation im Begriff ist, sich als Dualmacht zu etablieren, werden diese Zwischenebenen sich auf die Seite des Staates schlagen.

Für alle Ämter oberhalb der kommunalen Ebene gilt grundsätzlich: Sie dienen nur dem Staat als Vehikel, und ihr Besitz - ja schon der bloße Kampf darum - würde genau die Spannungen zum Staat lindern, die die Bewegung eigentlich anheizen müsste. Indem sich in solchen Wahlkampagnen der Unterschied zwischen Kommune und Staat

scheinbar auflöst, würden die Ziele der Bewegung wieder verschwimmen und so ihre Aufklärungsarbeit ad absurdum geführt.

Bewerbung um Staatsämter

Wenn die Weltgeschichte, von ihren Anfängen bis heute, eines gezeigt hat, dann den unvermeidlich korrumpierenden Charakter der Staatsmacht. Wer ein Staatsamt bekleidet, aus dem macht - trotz aller idealistischen Motive - das Amt geradezu zwangsläufig eine Kreatur des Staates.

Als um 1980 herum die ersten Grünen Bewegungen entstanden, waren sie ausdrücklich dezentralistisch eingestellt. Im ihrem strahlenden jungen Idealismus waren sie begeisterte Verkünder lokaler Demokratie und Mitsprache. Als sie dabei, vor allem in Europa, auf so viel Unterstützung stiessen, dass einige ihrer Mitglieder sich plötzlich in Wahlämtern wiederfanden - und zwar nicht nur auf regionaler, sondern sogar auf gesamtstaatlicher Ebene - "vergaßen" viele dieser Amtsinhaber ganz schnell ihren ursprünglichen Dezentralismus und verfolgten statt dessen attraktive und privilegierte "politische" Karrieren, und auch ihre Parteien warfen ihre basisorientierten Grundsätze über Bord und versuchten sich in Koalitionen mit den bourgeoisen Altparteien.

Zur Begründung wurde zunächst meist vorgebracht, dass diese Wahlfeldzüge dazu beitragen sollten, die neuen Ideen im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verbreiten. Man machte glauben, ja man versprach geradezu, Grüne Amtsträger würden sich ausschließlich volkspädagogisch betätigen. Man würde Lehrer der Menschen sein, nicht Diener des Staates. Andere, denen ihre ursprünglichen Ideale schon etwas ferner gerückt waren, machten geltend, die Grünen Kandidaten könnten nach ihrer Wahl eine Top-down-Dezentralisierung betreiben, also den unteren Ebenen von oben herab Macht übertragen.

Diese Argumente brachten Grünen Kandidaten zahlreiche Stimmen für angesehene und lukrative Ämter. Einmal im Amt, brachten sie sogar Gesetze ein, die den Geist der Grünen atmeten,die den Staat reformieren und die Auswirkungen des Kapitalismus auf Mensch und Umwelt abmildern sollten. Doch den radikalen Zielen kamen sie nicht um ein Jota näher, ebensowenig vermittelten sie den Menschen eine radikale Sichtweise auf den Staat. Vielmehr wurden die Parteiprogramme um so gemäßigter, je mehr Staatsämter an Parteimitglieder gingen. Am Ende liefen die Reformbemühungen der Grünen nur noch darauf hinaus, den Staat humaner erscheinen zu lassen, stärker dem Gemeinwohl verpflichtet.



Photo: Sveinung/Porsgunn - Nachbereitende Sitzung des IAC (International Advisory Comitee) in Lissabon

Solches Verschwinden des Radikalismus blieb übrigens nicht auf die Grünen Parteien beschränkt. Auch in der Geschichte ist es - Prinzipien hin oder her - den wenigsten Revolutionsführern jemals gelungen, sich den korrumpierenden Einflüssen des Staates zu entziehen. Einmal im Besitz staatlicher Amtsgewalt, verloren überzeugte Sozialisten, Kommunisten, ja selbst Anarchisten ihre moralische und politische Integrität. Diese "Rück-Bildung" ist wirklich die Regel; sie ist vorhersehbar und anscheinend unvermeidlich. Folglich ermöglicht eine Übernahme von Staatsämtern keineswegs die politische, anti-staatliche Schulung der Öffentlichkeit und den Ausbau der Demokratie des Volkes; vielmehr ist damit eine "Schulung" in Staatsraison und eine Perpetuierung der Staatsmacht verbunden. Es kann sogar so weit kommen, dass unter Mithilfe solcher Ämter die Staatsgewalt gegen das demokratische Aufbegehren des Volkes vorgeht, auf dessen Seite man ja einmal gestanden hatte.

Ausgelöst durch die Blüte der Grünen Bewegung in den 80er Jahren, sind ständig immer neue "Dritte Parteien" entstanden, haben "unabhängige" politische Bewegungen die Forderung nach "Basispolitik" vorgebracht. In den USA beispielsweise gab es u.a. die Labour Party und die New Party. Da meint dann auch so mancher libertär-kommunalistische Aktivist, man solle sich doch mit diesen Parteien zu einem Bündnis zusammenschließen, um auf diese Weise Mitkämpfer zu gewinnen und den Einfluss der Bewegung zu stärken.

Sobald sich aber Libertäre Kommunalisten diesen scheinbar unabhängigen, in Wirklichkeit von Natur aus reformistischen Parteien anschließen, bekommen sie immer nur ein Argument zu hören: Wenn es statthaft ist, für ein Gemeindeamt zu kandidieren, dann darf es auch ein "höheres" Amt sein, denn schließlich könne man von dort aus viel mehr bewirken. Und durch eine Bewerbung um den Gouverneursposten oder ein Abgeordnetenmandat könne die libertär-kommunalistische Bewegung auch viel mehr Aufmerksamkeit für ihr Ideengut erregen.

So werden sich die Mitglieder der Bewegung immer wieder aufs Neue in Erinnerung rufen müssen, dass die Bewegung kein Vehikel zur Ämterbeschaffung ist und erst recht nicht dazu dienen soll, kosmetische Verschönerungen am Staat anzubringen oder ihm ein "menschliches Antlitz" zu verschaffen. Der Libertäre Kommunalismus ist ein unablässiger Kampf, in dem es nicht um Reparaturen an den vorhandenen Unterdrückungsmechanismen, sondern um die Errichtung radikal emanzipativer Bürgerinstitutionen geht. Dieser Kampf gegen den Staat muss vom ersten Tage an geführt werden und darf niemals nachlassen. Gerade mit der Forderung nach kommunalen Föderationen, nach Kommunalisierung des Eigentums und einer Politik der direkten Demokratie strebt die Bewegung nicht nach reformistischen Scheinsiegen, sondern will eine komplette Neugestaltung der Gesellschaft. Ihr Fernziel, die "Commune der Communen", kann sie nur erreichen, indem sie tagtäglich daran arbeitet, eine direkt-demokratische Dualmacht - als Gegenmacht zum Staat -aufzubauen.

Das Bürgermeisteramt

Sollen Libertäre Kommunalisten sich zum Bürgermeister wählen lassen? Nach Meinung einiger unserer Sympathisanten wäre das mit dem Kampf um Bürgerversammlungen unvereinbar, da auch dieses Amt der Exekutive angehört und somit strukturell wie moralisch die verkleinerte Ausgabe eines Gouverneurs, Premierministers oder Präsidenten ist. Nach dieser Logik dürfte es libertär-kommunalistische Kandidaten nur für lokale "Legislativen" wie etwa Stadtverordnetenversammlungen geben.

Doch es ist die Kommune an sich, nicht nur ihr Parlament, die im potentiellen Spannungsverhältnis zum Staat steht, von dessen Geschichte sich ihre eigene wesensmäßig unterscheidet. Entscheidendes Kriterium eines kommunalen Amtes - ob Bürgermeister, Stadtrat oder Stadtverordneter - ist der kommunale Kontext. Präsident, Minister, Parlament eines Landes stehen hingegen sämtlich im staatlichen Kontext. Einem Bürgermeister sieht die Allgemeinheit viel genauer auf die Finger als einem Staats- oder Landesfunktionär, ebenso wie seine Machtausübung viel stärker kontrolliert wird.

Es ist also bei einem libertär-kommunalistischen Wahlprogramm etwas qualitativ anderes, ob es dabei um ein Bürgermeisteramt geht oder aber um die Position eines Ministerpräsidenten oder gar Staatspräsidenten. Die Bewegung mag ruhig für Bürgermeisterämter kandidieren, sollte sich aber vornehmen, aus dem Bürgermeister einen Vorsitzenden und aus dem Stadtparlament einen Föderationsrat zu machen, in den die Bürgerversammlungen der Stadtbezirke ihre Delegierten entsenden können.

Die Integrität des Libertären Kommunalismus folgt allein aus dem Herausarbeiten und Betonen der dialektischen Spannung zwischen der kommunalen Föderation und dem Nationalstaat. Sein Lebensgesetz befiehlt ihm, gegen den Staat zu kämpfen, ihm die Macht zu entreißen und ihn so letztlich zum Verschwinden zu bringen. Nur wenn dieses Spannungsverhältnis im praktischen Handeln kompromisslos deutlich gemacht wird, kann die Bewegung ihren Sinn und ihre radikale Identität bewahren. Alles andere ist eine Verfälschung des Libertären Kommunalismus und somit eine Gefährdung seiner Identität. Menschen, die darauf aus sind, sollten sich lieber einer der etablierten Parteien anschließen.

übersetzt von Helmut und Sonja Richter

Nachdruck aus: Janet Biehl: Der libertäre Kommunalismus, Trotzdem-Verlag, Grafenau 1998

Radikale Städte und die Umwälzung der Gesellschaft

Ein Interwiew mit Janet Biehl von Chuck Morse

Aus: Perspectives on Anarchist Theory, 1998

Photo: Eirik Eiglad/Porsgunn: Lissabon

Vorbemerkung

Die programmatische Leere und der abstrakte Charakter der heutigen radikalen Theorie sind Symptome einer schweren Krise der Linken. Es zeigt sich darin die Abkehr von dem Glauben, das Ideal einer kooperativen und egalitären Gesellschaft könne konkretisiert und gesellschaftlich umgesetzt werden. Aus Mobilisierung ist Erstarrung geworden; viele Radikale haben das Recht und die Fähigkeit zur Veränderung der Gesellschaft an Konzernherren und Staatsoberhäupter abgetreten.

Hiergegen wendet sich Janet Biehls neues Buch *Der libertäre Kommunalismus: Die politische Praxis der Sozialökologie*. Es stellt der politischen Resignation eine ausgearbeitete und geschichtsbewusste Politik gegen den heutigen Staat und Kapitalismus gegenüber.

Ich habe Janet Biehl zu ihrem neuen Werk befragt.

Chuck Morse

Frage: *Dein Buch ist vor allem programmatisch: Du stellst den libertären Kommunalismus in einen historischen Zusammenhang und machst konkrete Vorschläge für die Praxis. Welche politischen Umstände verleihen dem Buch seine besondere Bedeutung?*

Antwort: Der libertäre Kommunalismus ist die politische Ausformung der von Murray Bookchin seit den 50er Jahren entwickelten Sozialökologie, stellt also eine libertäre Politik der politischen und sozialen Umwälzung dar. Er enthält sowohl das theoretische Fundament als auch die praktische Anleitung für den Aufbau einer revolutionären Bewegung mit dem Ziel einer gleichen, gerechten und freien Gesellschaft. Diese Ideen, die Bookchin selbst an anderer Stelle dargelegt hat, will mein Buch verständlich machen.

Für die, die es noch nicht wissen, hier noch einmal das Wichtigste in Kürze: Der libertäre Kommunalismus will ein selbstbestimmtes politisches Leben auf der Ebene der Gemeinde schaffen, also im Dorf, in der Stadt oder im Wohn-

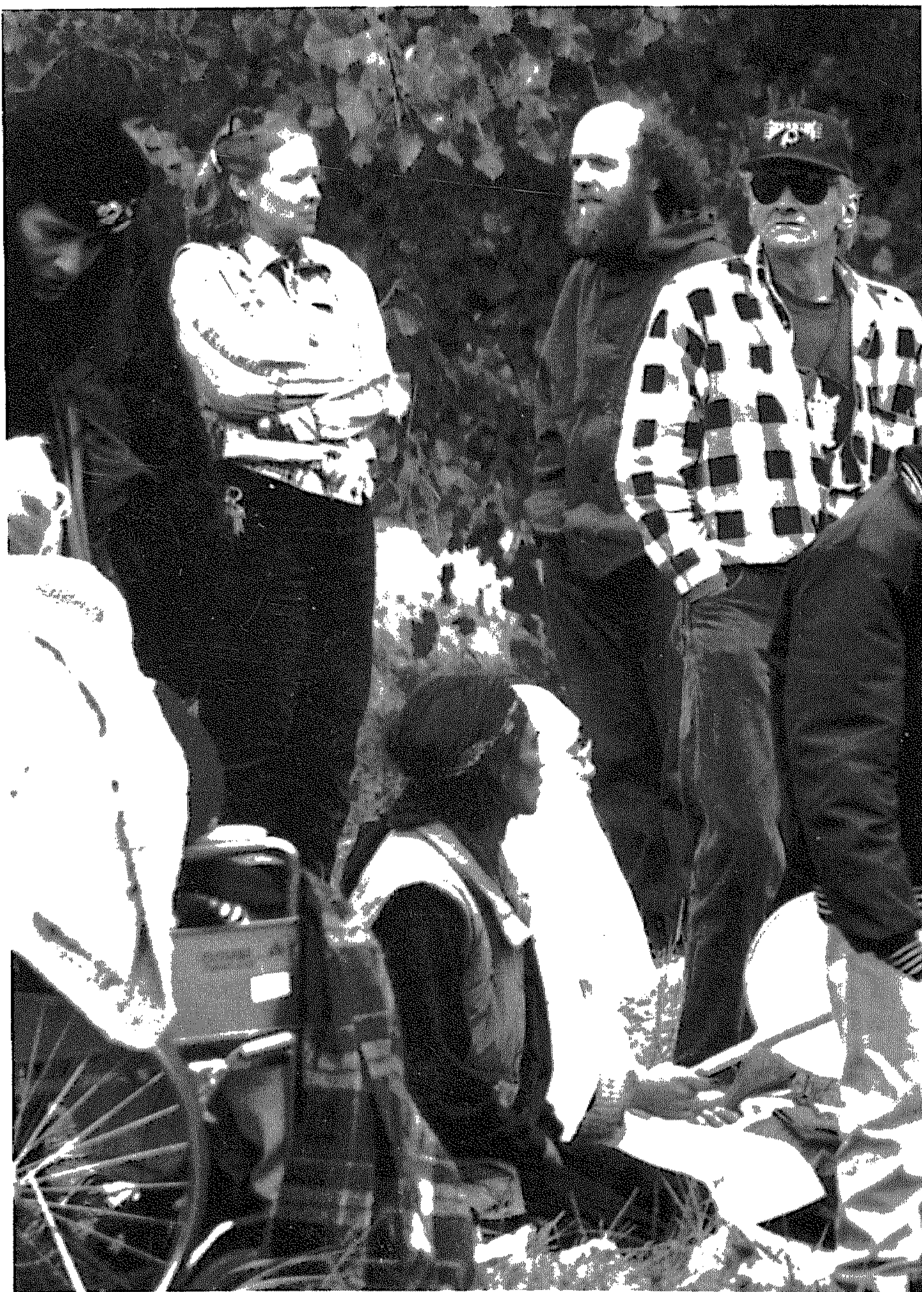


Photo: Wolfgang Haug - Janet Biehl bei einer Demonstration für die Rechte der Indianer in Vermont

viertel. Dieses politische Leben spielt sich dann in basisdemokratischen Institutionen ab - in Bürgerversammlungen oder Volksversammlungen. Wo es diese Institutionen schon gibt, wird ihr demokratisches Potential und ihre strukturelle Macht ausgebaut; wo sie früher einmal existiert hatten, werden sie wiederbelebt; wo sie nie waren, werden sie neu geschaffen. Auf jeden Fall werden sie es den Menschen ermöglichen, ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten als Bürgerinnen und Bürger selbst in die Hand zu nehmen, statt sich auf die staatlichen Eliten zu verlassen, und somit ihre Entscheidungen auf dem Wege der direkten Demokratie zu fällen.

Um auch Probleme, die über die Gemeindegrenzen hinaus greifen, behandeln zu können, bilden die demokratisierten Kommunen innerhalb einer Region eine Föderation, zu deren Föderationsrat sie Delegierte entsenden. Diese Föderation ist jedoch kein Staat, denn die Macht liegt allein bei den Bürgerversammlungen. Die Delegierten sind nämlich ausschließlich dazu ermächtigt, die Entscheidungen ihrer jeweiligen Bürgerversammlung vorzubringen. Ihr Auftrag ist begrenzt und jederzeit widerrufbar.

Je stärker nun die libertär-kommunalistische Bewegung anwächst und je mehr Gemeinden so demokratisiert und föderiert werden, desto größer wird die Aussicht, dass die Föderationen zu einer dualen Macht zusammenwachsen, die dem Nationalstaat die Stirn bieten kann. Das führt dann entweder zu einem offenen Konflikt oder aber dazu, dass die Bürger sich diesem neuen System - das ihnen die volle Selbstbestimmung verheißt - anschließen, womit die Macht des Nationalstaates zu einer leeren Hülle wird. Gleichzeitig entwinden die Kommunen den Privatunternehmen die Herrschaft über die Wirtschaft - sie expropriieren die Expropriateure. Schließlich entsteht eine rationale, libertäre, ökologische Gesellschaft, deren Machtzentrum die basisdemokratischen Versammlungen der aktiven Bürgerschaft sind.

In meinem Buch lege ich die konkreten Schritte dar, wie eine solche Bewegung für direkte Demokratie ins Leben gerufen werden kann. Die wichtigste Rolle fällt dabei einer Schar aufgeklärter und engagierter Menschen zu, die mittels Arbeitsgruppen und kommunaler Wahlkampagnen diese Ideen in ihren Gemeinden verbreiten.

Das Buch war schon lange überfällig. Leider stand es uns seinerzeit, als wir beim *Left Green Network*[1] arbeiteten, noch nicht zur Verfügung. Wie groß der Bedarf ist, sieht man auch daran, dass schon wenige Wochen nach dem Erscheinen unsere Freunde die Übersetzung in fünf europäische Sprachen veranlasst haben und dass weitere Übersetzungen ins Auge gefasst werden.

Du stellst doch den libertären Kommunalismus in die anarchistische Traditionslinie und betonst seine Zielrichtung gegen Staat und Kapitalismus. Andererseits weichst du, indem du den Konflikt zwischen Kommune und Staat so scharf von dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital trennst, von den anarchistischen Hauptströmungen ab. Was sind die Gründe dafür?

Ich muss gleich mal klarstellen, dass es für Bookchin diesen Gegensatz zwischen dem libertären Kommunalismus und dem Konflikt Arbeit/Kapital überhaupt nicht gibt. Er will vielmehr den Klassenkampf ausweiten, indem er ihn

mit dem Konflikt zwischen Kommune und Staat verknüpft. Er will auch klassenübergreifende Bereiche - vor allem hierarchische Herrschaft und ökologische Zerstörungen - in den Klassenkampf einführen. Schließlich will er dem Klassenkampf eine basisdemokratische Grundlage geben - sozusagen eine politische Kultur für eine selbstbestimmte Bürgerschaft. Der libertäre Kommunalismus versucht, den Klassenkampf, der bislang Sache der Arbeiterschaft war, zu einer Sache der Bürger zu machen. Übrigens ist das gar nicht so neu. Alle revolutionären Klassenkämpfe der Geschichte haben sich innerhalb der Kommunen abgespielt. Die Barrikaden der Pariser Aufstände von 1848 und 1870/71 standen in den Stadtvierteln, und auch für die Revolutionen im roten Petersburg 1917 und in Barcelona 1936/37 waren die stark ausgeprägten Nachbarschaftstrukturen von entscheidender Bedeutung.

Was nun die anarchistische Tradition betrifft, so lässt sich der Konflikt zwischen Gemeinde und Staat mindestens bis zu Proudhons Föderalismusbuch von 1863 zurückführen, wo er den Aufbau einer Föderation autonomer Kommunen propagiert. Diese Forderung wurde von Bakunin aufgenommen und bildete einen Kernpunkt seiner Programme in den späten 60er Jahren. Zur selben Zeit verbreiteten sich die kommunalistischen Ideen in Frankreich unter den Gegnern der zentralisierten Herrschaft Napoleons III.. So kam es, dass 1871 - nach der Niederlage Frankreichs gegen Preußen und dem Zusammenbruch der französischen Regierung - dieses kommunalistische Gedankengut sofort die Pariser Commune durchdringen konnte, als diese sich aus den Trümmern des Zweiten Kaiserreichs erhob. Obgleich ihr Leben nur wenige Wochen währte und in der Katastrophe endete, hat das mutige Beispiel der Commune viele radikale Staatsgegner - zeitweise sogar Marx selbst - beflügelt und ihnen in Form eines autonomen Gemeindebundes als politisches Modell für eine freie selbstbestimmte Gesellschaftsordnung gedient. In den späten 70er Jahren fanden sich diese Grundsätze in den Programmen der Juraföderation wieder, denn diese sah in der kommunalen Föderation ein wesentliches Merkmal der nachrevolutionären Gesellschaft.

Historisch-theoretisch besitzt der Kommunalismus sowohl eine anarchistische als auch eine marxistische Ausprägung, und auf diese beiden beruft sich der libertäre Kommunalismus ebenso wie auf die konkrete revolutionäre Tradition bis zurück zur französischen Revolution von 1789. Zusätzlich entwickelt er den historischen Kommunalismus weiter. Während der frühe Kommunalismus den Kommunen im wesentlichen die administrative Funktion eines "öffentlichen Dienstes" zuwies, die eigentliche Macht jedoch bei den Arbeiterassoziationen sah (die eine parallele föderale Struktur aufbauen sollten), verfolgt der libertäre Kommunalismus das Leitbild einer Kommune als direkte Demokratie, die auch über die Wirtschaft herrscht. Und während nach Ansicht der anarchistischen Kommunalisten erst der Staat zusammenbrechen und dann die Menschen spontan Kommunen bilden würden, will der libertäre Kommunalismus einen revolutionären Übergang herbeiführen, in dem die Föderation der Kommunen dem Nationalstaat als duale Macht gegenübertritt.

Die kommunalistische Tradition, welche der libertäre Kommunalismus nur weiterführt, steht also keineswegs außerhalb der anarchistischen Tradition, sondern hat sie vielmehr mit begründet.

Innerhalb der sozialistischen Tradition haben sich die Anarchisten vor allem dadurch ausgezeichnet, dass ihre allgemeine revolutionäre Strategie sich nicht nur auf Gegeninstitutionen, sondern auf eine komplette Gegenkultur stützte. Wie siehst du den Zusammenhang zwischen dieser Richtung und dem Kampf für radikale basisdemokratische politische Institutionen, wie sie in deinem Buch beschrieben sind?

Die Betonung, die neuerdings auf den kulturellen Veränderungen liegt und die die institutionellen Veränderungen so weit zurücktreten lässt, dass die Politik völlig ausgeblendet wird, hat dem Anarchismus und der Sache der Linken überhaupt sehr geschadet. Ich will damit nicht sagen, dass kulturelle Arbeit politisch bedeutungslos wäre. Doch für sich allein kann sie nicht stehen, sondern sie muss Teil einer umfassenderen politischen Bewegung sein. Kunst, Kultur, Selbstdarstellung allein können niemals die herrschende Gesellschaftordnung in Frage stellen, werden sie doch leicht von dieser absorbiert und vermarktet. Eher kann schon die Entfremdung und Widerständigkeit eines radikalen Kunstwerks seinen Marktwert erhöhen - man empfindet einen hippen Schauder, und darin liegt sozusagen eine Gefahr.

Gäbe es keine politische Bewegung gegen die allgemeine kapitalistische Verdinglichung und gegen hierarchische Herrschaftsstrukturen, dann wäre die Kunst eine bloße Ware und nichts sonst. Jeder weiß doch, dass die Gegenkultur der 60er seitdem zu einem Geschäft mit der Nostalgie und zur New-Age-Spiritualität degeneriert ist - beide mit riesigen Marktchancen - und dass die knallige Werbung viel von ihrem Geist übernommen hat (siehe die kürzlich erschienene Anthologie *Commodify Your Dissent*). So wird beispielsweise mit Hilfe des Beatles-Songs "Revolution" der Absatz von Sneakers gefördert, und in meinem Fahrradladen kann ich Sonnenbrillen Marke "Anarchie" kaufen. Inzwischen werden im Anarchismus Kultur, Selbstdarstellung und Lifestyle derartig hochgespielt - auf Kosten revolutionärer Politik im Sinne kommunaler Selbstregierung - dass die Sozialökologen sich geradezu davon distanzieren mussten, um den im Kern sozialistischen Auftrag des Anarchismus retten und die Gesellschaft nicht nur in ihrer Psychologie, sondern auch in ihren sozialen und politischen Institutionen erneuern zu können.

Eine freie Gesellschaft kann deiner Meinung nach nur durch eine Demokratisierung und Erweiterung des Reichs der Politik geschaffen werden. Welche Rolle spielt dabei der Kampf gegen die Hierarchien, die - wie etwa die Herrschaft der Männer oder der Weißen - meist der Privatsphäre zugewiesen werden?

Ich bin ganz sicher, dass die Persönlichkeit der Menschen sich im Zuge der politischen und sozialen Revolution verändern wird, vor allem als Folge der Solidarität im Kampf für ein gemeinsames Ideal statt für eigene Interessen und der Erfahrung gesellschaftlicher

Macht. Hierdurch sollten eigentlich Rassismus und Sexismus abnehmen. Soweit sie jedoch noch in den Köpfen oder gesellschaftlichen Strukturen überleben, wird die Gemeinschaft politisch reagieren, das heißt, sie wird in den Bürgerversammlungen geeignete Wege finden, damit umzugehen.

Es besteht durchaus die Gefahr, dass eine Gemeinde rassistische und sexistische Wege einschlägt. Doch eigentlich ist es in einer Gesellschaft, die all ihren Mitgliedern die volle Verwirklichung ihrer Potentiale ermöglichen will, irrational, die Chancen einiger einzuschränken. Eines der grundlegenden Ziele der Sozialökologie, deren politische Ausprägung der libertäre Kommunalismus ist, liegt darin, alle Formen der Hierarchie und Klassenherrschaft in der Gesellschaft anzuprangern und ihre Beseitigung zu fordern.

Überall in deinem Buch findet sich der Begriff des Potentials. Du redest z.B. vom "politischen Potential der Kommune", von unserem "spezifisch menschlichen Potential" einer rationalen Gesellschaft. Kannst du etwas zu diesem Begriff sagen?

Dies hängt mit der philosophischen Dimension der Sozialökologie zusammen, dem dialektischen Naturalismus. Dieses Thema ist aber zu komplex, um es hier gründlich zu behandeln. Ich verweise interessierte Leser auf Bookchins Buch *The Philosophy of Social Ecology*. Ich will nur kurz folgendes sagen: Der dialektische Naturalismus ist keine analytische, sondern eine Entwicklungsphilosophie. Er blickt also auf die Prozesse, die sowohl in der Evolution als auch in der Geschichte ablaufen, insbesondere auf diejenigen, die - wenn auch auf Umwegen verlaufend oder gelegentlich in Sackgassen endend - zu vermehrter Freiheit, Selbstbewusstheit und Selbstbetrachtung führen.

Als eine Entwicklungsphilosophie verwendet der dialektische Naturalismus Begriffe, in denen sich Entwicklungsprozesse widerspiegeln: Potential, Erwachsen, Entfaltung, Wachstum, Verwirklichung, Erfüllung. Während die analytische Philosphie vom Verharren ausgeht, geht die dialektische Philosophie von der Bewegung aus - nicht von irgendeiner, sondern von einer gerichteten Bewegung.

Indem sie sich auf die in einer gegebenen Situation enthaltenen Potentiale konzentriert, bringt uns die dialektische Rationalität dazu, die aus dieser Situation logisch folgende Zukunft zu untersuchen. So enthält beispielsweise die Kommune in ihrer heutigen Form das Potential, sich zu demokratisieren und Teil einer demokratischen Gesellschaft zu werden. Die Leistung einer libertärkommunalistischen Gesellschaft läge dann in der Erfüllung oder Verwirklichung dieses Potentials.

Du rufst die Menschen auf, den Kapitalismus und den Staat zu stürzen und eine freie Gesellschaft zu errichten, die sich auf Vernunft, Solidarität und ein Bürgerethos stützt. Andererseits beschreibst Du, wie der Kapitalismus alle Züge der Gesellschaft beherrscht, welchem Druck die Gemeinden ausgesetzt sind und wie das Reich der Politik in Auflösung begriffen ist. Damit scheinen aber doch auch die Quellen zerstört zu sein, aus denen wir die Kraft schöpfen können, eine alternative Gesellschaft aufzubauen. Woher sollen dann aber die Kraft und die Erkenntnis kommen, ohne die wir keine freie Gesellschaft schaffen können?

Heute, da das Prinzip der sofortigen Belohnung herrscht, wird uns unablässig nur eine Botschaft gepredigt: Unser Lebensziel soll maximales persönliches Glück im Rahmen des Kapitalismus sein. Unsere Kultur hilft uns kaum dabei, unsere unmittelbaren persönlichen Bedürfnisse einem höheren Ziel unterzuordnen. Unsere Vorstellungskraft schrumpft zusammen; aus der ausgreifenden Vision einer besseren Welt ziehen wir uns zurück und beschränken uns schließlich auf Fragen des praktischen Überlebens und des Konsums von Gütern und Dienstleistungen. So werden wir systematisch dessen beraubt, was man in früheren Zeiten unser besseres Selbst zu nennen pflegten.

Zudem verwandelt uns diese Gesellschaftsordnung nicht nur in Handelswaren und Ausbeutungsobjekte, sondern sie verdummt uns geradezu, indem sie unser historisches Gedächtnis verdunkelt. Wir sollen vergessen, dass jahrhundertelang die Menschen sich für gesellschaftliche Veränderungen eingesetzt haben, die zu erleben sie selbst gar nicht hoffen konnten. Nicht nur benötigten sie keine sofortige Belohnung, sie erwarteten so etwas überhaupt nicht und riskierten statt dessen Exil und Strafe – alles in dem Bewusstsein, dass es dem Aufbau einer besseren Gesellschaft dienen sollte.

Es ist offensichtlich ein Wesenszug des von uns bekämpften Systems, die sofortige Erfüllung aller Wünsche zu versprechen. Wir müssen also der gesellschaftlichen Amnesie widerstehen und uns an unser historisches Gedächtnis halten. Wir müssen gewissermaßen die Sache einer besseren Gesellschaft über den Wunsch stellen, den Küchenschrank mit einer neuen Espressomaschine auszurüsten.

Sollten wir diese Treue zu unseren Idealen und diese Widerstandskraft nicht finden, dann wird auch unser Leben sinnlos und wir werden zu trivialen Existenzen. Mit den Worten von William James werden wir „in den wesenlosen Schlummer zurücksinken, aus dem wir für kurze Zeit erwacht waren."

Also müssen wir nach jenen Anderen suchen, die gleich uns die Würde des Menschen hoch halten und erkannt haben, dass weder El Niño noch irgendwelche Mängel in der Kleinkinderziehung das schlimmste Problem für unsere Gesellschaft sind, sondern dass dies die Gesellschaftsordnung selbst ist. Deshalb bekämpfen wir diese Gesellschaftsordnung, denn sie beschneidet unsere Menschlichkeit und unsere schönsten Hoffnungen, und gerade das ist unerträglich.

Marx hat ja vor allem damit argumentiert, dass der Kommunismus aus den internen Widersprüchen des Kapitalismus, sozusagen als Frucht eines Reifeprozesses erwachsen würde. Glaubst du, dass eine libertär-kommunalistische Gesellschaft aus einem Willensakt heraus geschaffen wird, oder

siehst du darin die Kulmination eines größeren historischen Prozesses?

Beides. Ich bin ganz sicher, dass unsere Gesellschaft auf eine Krise zuläuft – offen ist allenfalls, ob der unmittelbare Anlass gesellschaftlich oder ökologisch sein wird. Wie Marx schon im *Kapital* ausgeführt hat, müssen die kapitalistischen Unternehmen entweder ihre Profite maximieren und darum expandieren, oder aber ihren Konkurrenten unterliegen und untergehen: Es heißt Wachsen oder Sterben. Bookchin hat darüber hinaus erkannt, dass dieser Zwang den Kapitalismus auf Kollisionskurs mit der Natur schickt. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer noch breiter, obgleich sich doch schon abzeichnet, dass die globale Erwärmung im nächsten Jahrhundert große Schäden anrichten wird. Im Zuge seiner globalen Profitmaximierung erklärt der Kapitalismus ganze Bevölkerungsgruppen für nutzlos - von manchen auf drei Fünftel der Erdbevölkerung geschätzt.

Meines Erachtens müssen wir auch wieder einen Blick auf Marx' Verelendungstheorie werfen. Er hatte diese ja damit begründet, dass die Logik des Kaptalismus die Löhne auf das niedrigstmögliche Niveau herunterdrücken würde; wenn die Menschen dann völlig verarmt wären, müssten sie gegen die Ausbeuterbourgoisie revoltieren. Diese Vorhersage ist nicht eingetroffen, unter anderem, weil der Wohlfahrtsstaat die Auswirkungen des Kapitalismus etwas abgefedert hat. Inzwischen werden aber die Wohltaten, die den sozialen Frieden gesichert haben, mehr und mehr zurückgenommen, und so könnte die Prophezeiung der sozialen Revolution als Folge der Verelendung sich vielleicht doch noch als wahr erweisen.

Was auch immer einmal Auslöser der Krise sein mag: Wenn sie dann eintritt, muss sie keinesfalls zwangsläufig eine rationale ökologische und libertäre Gesellschaft zur Folge haben. Sie könnte auch zu einer Diktatur oder ins Chaos führen. Emanzipatorisch kann diese Krise nur sein, wenn bereits zuvor ein Mindestmaß an Bewusstsein der befreienden Alternative vorhanden ist.

Dann werden wir nämlich so etwas wie Voluntarismus haben. Eine vorrevolutionäre Periode dauert gewöhnlich nicht sehr lange. Eine Befreiungsbewegung bedarf aber eines sorgfältigen Erziehungsprozesses auf unterster Ebene, und dafür werden wir kaum viel Zeit haben. Deshalb müssen wir jetzt damit anfangen, müssen vor allem eine libertär-kommunalistische Bewegung aufbauen. Wir müssen die Menschen lehren, ihr Leben politisch und wirtschaftlich selbst in die Hand zu nehmen und eine Gesellschaftsordnung zu errichten, in der sie ihr Menschentum wiedergewinnen können. Dazu ist unendlich viel Geduld erforderlich, aber es muss sein. Denn wenn dies nicht geschieht, kann die kommende Krise nur in einer Tyrannei enden.

Übersetzung von Helmut Richter

[1] Janet Biehl und Chuck Morse waren 1990/91 beim *Left Green Network Clearinghouse* als Koordinatoren tätig.

[2] Sam Dolgoff (Hrsg.), *Bakunin on Anarchy (New York 1972) S.228*

Photo: Umbruch Bildarchiv



"Sie nahmen uns einfach fest, weil sie es nicht gewohnt waren, daß so etwas in diesem Lande passiert"

Casandra - Eine libertäre Zeitschrift aus Costa Rica

von Boris Scharlowski

Casandra ist eine Zeitschrift mit libertär-anarchistischem Hintergrund. Sie wurde 1989 gegründet und erscheint in San José, der Hauptstadt Costa Ricas. Verantwortlich zeichnen einige Freunde, zu denen Jorge Jimenez (42), Universitätsprofessor und Gründer von Casandra, sowie Mauricio Ordoñez (36), Architekt und Graphiker, gehören. Im Rahmen einer Reise im März d.J. hatte Faden-Redakteur Boris Scharlowski die Gelegenheit,mit ihnen zu sprechen.

Faden: Casandra erscheint mittlerweile seit neun Jahren. Da ist genügend Zeit vergangen, die bisherigen Erfahrungen einmal Revue passieren zu lassen.

Jorge: Casandra ist aus der Initiative einiger Freunde entstanden. Damals ging es in erster Linie zunächst darum, fotokopierte Texte untereinander auszutauschen. Das hatte etwas sehr Spielerisches. Dabei stand nicht ein politisches Programm im Vordergrund, sondern der Wunsch sich gemeinsam zu organisieren. Denn hier in Costa Rica sind die politischen Strömungen am Ende und gegenkulturelle Ausdrucksformen erschöpft; hier passiert einfach nichts. Deshalb wollten wir eine Zeitschrift gründen und mit jenen Themen und Dingen spielen, die hier verteufelt werden. Dazu benutzten wir humoristische und ironische Elemente, Stilelemente, die zu jener Zeit in gewisser Weise eine terra incognita darstellten.

Allerdings fühlten wir uns in unserem Umfeld zunächst sehr verloren. Dazu kam, daß einige der Mitstreiter absprangen und unser erster Anlauf scheiterte. Deshalb mußten wir mit anderen Compañeros noch einmal von neuem beginnen. Mit diesem Wechsel wendete sich die Zeitschrift allerdings stärker anarchistischen Positionen zu. Sie erhielt damit zwar eine weniger optimistische, gleichzeitig aber auch weniger naive und dafür politischere Tendenz.

In der ersten Zeit erschien Casandra lediglich einmal pro Jahr. Wir druckten 500 Exemplare, die wir immer sehr schnell verkaufen konnten. Deshalb erhöhten wir die Auflage auf 1.000 Stück und versuchen neuerdings, zwei Mal pro Jahr zu erscheinen. Das ist nicht einfach, denn von Ausgabe zu Ausgabe steigen unsere laufenden Kosten um jeweils 25-30%, in manchen Jahren sogar um 50%. Daß wir die Zeitschrift dennoch machen können, ist vor allem deshalb möglich, weil unsere Freunde uns unterstützten. Doch auch die haben nicht genügend Geld. Deshalb haben wir bei einer holländischen Nichtregierungsorganisation um eine Unterstützung gebeten, die wir ohne irgendwelche inhaltlichen Bedingungen erfüllen zu müssen, erhalten.

Faden: Welche Themen behandelt Ihr und aus welchem Blickwinkel betrachtet Ihr sie?

Jorge: Casandra fühlt sich dem Anarchismus sehr nahe. Allerdings lehnen wir gleichermaßen jegliche Dogmatisierung ab. Wir wollen nicht die allgemeine Entpolitisierung und Entideologisierung der Gesellschaft unterstützen, ganz im Gegenteil. Gerade angesichts einer erstarrten stalinistischen Linken wollen wir dazu beitragen, neue linke Räume zu öffnen, die Platz für respektlose, freche und spielerische Ideen bieten.

Wir veröffentlichen deshalb Dinge, die in diesem Land keine Verbreitung finden. Wir wollen eine Plattform für all jenes bieten, dem eine vom Mainstream abweichende, reichhaltige und alternative Konzeption zugrundeliegt. Denn in Costa Rica ist der offizielle Diskurs sehr autoritär geprägt und wirkt sehr homogen. Dies wirkt bis in die feministische und die Ökologiebewegung hinein, die sehr wenig offen sind. Uns ging es immer darum, solche Diskurse in sich zu brechen.

Grundsätzlich versuchen wir immer, die Dinge aus einem politisch-sozialen Blickwinkel zu betrachten. Wir berichten z.B. über Streiks und die Bewegung der Wahlboykotteure. Dabei ist es unsere Absicht, Minderheiten und marginalen Gruppen einen Platz zu bieten. Daneben veröffentlichen wir literarische Texte, die in Costa Rica nicht wahrgenommen werden. Denn es handelt sich hier um eine sehr puritanische Gesellschaft, die furchtbar Angst vor einer freieren Verwendung der Sprache hat. Jeglicher Versuch, die Sprache, so wie sie die Menschen tagtäglich verwenden, in einen Text zu bannen, wird geahndet. Daß wir dabei dennoch auf ein Bedürfnis der Leute eingehen, davon können wir uns immer wieder überzeugen. Dafür werden wir auch von offizieller Seite immer wieder angegriffen.

Casandra will subversiv tätig sein, irritieren. Denn erst auf diesem Boden können alternative Positionen entstehen. Erst wenn der zwanghafte Optimismus und der eherne Glauben der Menschen zu zerbrechen beginnt, verstehen sie, daß die Dinge nicht so rosig sind, wie sie bis dahin glaubten. Dann erst reagieren die Menschen.

Faden: Laßt uns über Eure LeserInnen sprechen. Welche Leute nehmen Casandra in die Hand?

Jorge: Die meisten Leser sind entweder Anarchisten, Künstler oder Theaterleute. Hier in der Universität gibt es viele Intellektuelle, die zunächst sehr verwirrt reagierten und uns wenig Vertrauen entgegenbrachten. Sie

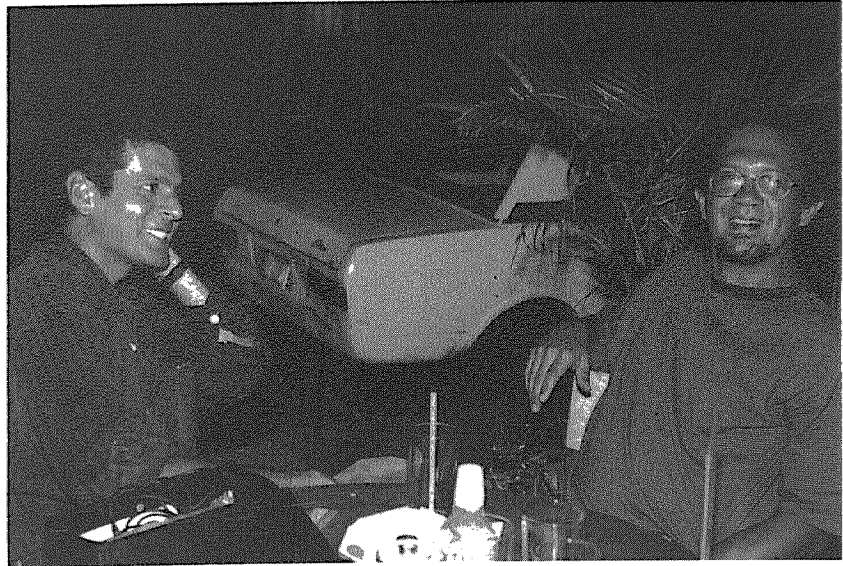
wußten einfach nicht, was sie da in ihren Händen hielten. Sie sagten, das ist schon gut, was Ihr da macht, aber irgend etwas stimmt da nicht. Wahrscheinlich schien es ihnen 'kleinbürgerlich', 'dekadent' oder irgend etwas in dieser Art.

Altersmäßig ist unser Publikum sehr unterschiedlich. Es gibt einige ältere, Leute, die über 50 Jahre alt sind, und die mich anrufen und mit mir diskutieren oder mich kritisieren. Allerdings gibt es offensichtlich auch eine große Anzahl von jungen Lesern, Leute zwischen 16 und 23 Jahren, die gerade von der Schule an die Uni kommen. Die zeigen ein sehr großes Interesse an der Zeitschrift. Sie diskutieren die Artikel, schicken uns Leserbriefe, rufen uns an oder laden uns in ihr Radio ein. Die letzte Ausgabe von Casandra stellten wir z.B. in einem Theater vor. Da kamen ungefähr 250 Leute, von denen rund 200 junge Leute waren. Dabei konnten wir 70 bis 80 Exemplare verkaufen und die Leute waren wirklich sehr engagiert. 250 Menschen ist in diesem Land ein großer Erfolg. Unser Publikum ist also sehr heterogen. Es sind aber immer Leute, die Lust haben, etwas zu verändern, mit einer gewissen Wut im Bauch und die bereit sind sich zu engagieren.

Interessanterweise gibt es auch jenseits des universitären Rahmens bemerkenswerte Dinge zu berichten. So gelangte z.B. ein Exemplar von Casandra in das Stadtviertel Leon XIII. Das ist ein Viertel, wo viele Marginalisierte leben und die üblicherweise auf Heavy Metal stehen. Die Zeitschrift wurde dort unter den Jugendlichen herumgereicht. Die Leute sagten uns dann, daß sie zwar nicht alles verstehen würden, was dort geschrieben stünde, aber es würde ihnen in jedem Falle etwas sagen. Sie hätten viel gelacht und ihren Spaß gehabt.

Faden: Wenn wir schon über die LeserInnen sprechen, müssen wir auch über die politischen und sozialen Bewegungen sprechen, in denen sich diese bewegen. Begreift Ihr Euch als Teil dieser Bewegungen?

Jorge: Vor den letzten Präsidentschaftswahlen sind wir auf die Straße gegangen und riefen zum Wahlboykott auf. Dabei haben wir dies gemeinsam mit einem Zusammenschluß verschiedener Organisationen von - sagen wir mal - Wahlverweigerern, wie etwa 'Soberanía', gemacht.



Das eigentliche Problem aber ist, daß die traditionell links zu verortenden Gruppierungen, die häufig stark vom Stalinismus geprägt waren, vom Sturz der Berliner Mauer stark getroffen wurden. Dieser Erfolg stalinistischer Positionen scheint mir damit in Verbindung zu stehen, daß in diesem Land offensichtlich gerne Anlehnung an bestimmmte Katechismen und griffige Formeln gesucht wird. Daher entstand innerhalb der Linken und bei vielen Basisorganisationen mit dem Zusammenbruch des Stalinismus eine große Leere. Bisher haben sich diese von dieser Entwicklung noch nicht erholt.

Deshalb haben einige linke Gruppen begonnen, mit der traditionellen Linken zu brechen. Es gibt einige trotzkistische, einige extrotzkistische sowie einige unabhängige Gruppen. Daneben gibt es einige Einzelgänger, die sich zu bestimmten Anlässen zusammenschliessen, wie z.B. im Falle der Demonstrationen zum Wahlboykott. Es gibt auch immer wieder kleine Musikkonzerte und Demos, die nicht im eigentlichen Sinne politisch sind, aber auch keineswegs als apolitisch mißverstanden werden dürfen,-da sie einen eindeutig subversiven Charakter haben. So gab es vor rund zwei Jahren ein Konzert, das wir auf einem öffentlichen Platz veranstaltet hatten. Dorthin kamen viele Jugendliche, die Lust hatten sich zu artikulieren und Dinge zu verändern. Dies sind sicher sehr spontane Protestformen. Und auch wenn wir nicht die Kapazitäten haben, so etwas stärker zu organisieren, zeigt es dennoch, daß sich etwas bewegt.

Mauricio: Vielleicht ist es auch wichtig, sich wieder in Erinnerung zu rufen, daß die politische Kultur dieses Landes auf dem Mythos des Konsenses aufbaut. Erst vor kurzem ist dieser Mythos etwas erschüttert worden. Deshalb sind die Leute es nicht gewohnt, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen. Als wir im Jahre 1990 anläßlich der bevorstehenden Wahlen demonstrierten, wurden wir festgenommen. Wahrscheinlich nur deshalb, weil die Verantwortlichen völlig irritiert waren. Sie wußten einfach nicht, wie so etwas geschehen konnte. Sie nahmen uns einfach fest, weil sie es nicht gewohnt waren, daß so etwas in diesem Lande passieren könnte. Dabei eroberten wir uns einfach einen Raum, in dem die Meinungsfreiheit praktiziert werden kann und der von der Verfassung geschützt ist, zurück.

Faden: Wenn Ihr die hiesigen Basisbewegungen charakterisieren wolltet, kämt Ihr also zu dem Schluß, daß sie sehr wenig inneren Zusammenhang haben?

Jorge: Zersplittert wäre wahrscheinlich der treffende Schlüsselbegriff. Sowohl die Basisorganisationen, als auch die Gewerkschaften oder überhaupt der soziale Kampf sind sehr zerstückelt.

Vor zwei Jahren gab es z.B. den größten Streik der Lehrer seit 20 Jahren. Viele Leute gingen auf die Straße und es gab umfangreiche Streikaktionen. Die Gewerkschaften aber verrieten diesen Streik. Die einzige Ausnahme bildete die Gewerkschaft der Universitätsangehörigen. Ein Grund für diese Zersplitterung ist also sicher die mangelhafte politische Unterstützung der Unzufriedenen. Deshalb befinden wir uns nach wie vor in einer sehr marginalen Position.

Mauricio: Gerade diese Informalität eines großen Teils der Bewegung ist auch unter einem anderen Aspekt interessant. Denn z.B. die Presse ist stets auf der Suche nach klar identifizierbaren Akteuren. Sie möchte wissen, wer hinter einer bestimmten Aktivität steht, wo die Verantwortlichen zu verorten sind, und wo die jeweilige Gruppe ihren Sitz hat. Daß wir ihnen dieses nie bieten konnten, hat sie ziemlich verunsichert.

Faden: Du bietest mir damit den Übergang zu meinem nächsten Thema. Denn ich würde gerne wissen, in welchem publizistischen Umfeld Ihr Euch bewegen müßt. Wie sieht die Medienlandschaft in Costa Rica aus und welche Auswirkungen hat sie auf Euch?

Jorge: In Costa Rica haben wir es mit einer offiziösen und kommerziellen Presse zu tun, die bedacht ist, ihre Geschäfte zu machen. Leider beinhaltet dies gleichzeitig einen erheblichen Mangel an professioneller Ausbildung und Kultur. Die einzige Zeitschrift, die aus diesem Rahmen fällt, ist 'La Universidad', die allerdings auch ziemlich mittelmäßig ist. Es gibt also ein sehr großes Vakuum. Daneben gibt es einige kleine Medien wie Casandra oder andere, die noch marginaler sind. Es gibt also nicht einmal ein - wenn auch kommerzielles - Medium, in dem interessante Meinungen vertreten werden und einfach diskutiert wird. Nichts wird öffentlich erörtert.

Mauricio: Doch ich glaube schon, daß im Gegensatz zu vor zehn Jahren bestimmte Dinge öffentlich diskutiert werden. Mit dem Aufkommen des Feminismus wird z.B. die Frage gestellt, ob die Regierung die künstliche Befruchtung von ledigen Frauen verbieten darf oder nicht. Dabei werden die orthodoxesten Positionen, wie sie z.B. die Kirche oder konservative Sektoren der Gesellschaft vertreten, endlich hinterfragt. Das, was wir und einige andere Personen machen, ist, diese öffentliche Diskussion ins Extreme zu ziehen und damit das vorherrschende Spektrum zu erweitern.

Jorge: Mauricio hat recht. Dieser Prozeß steht allerdings noch ganz am Anfang. Die Medien spielen eine ausgeprägt hegemoniale Rolle. Aber sicherlich gibt es heute mehr Diskussionen als vor zehn Jahren. Als es vor drei oder vier Jahren um das Thema Abtreibung ging, gab es tatsächlich eine öffentliche Diskussion, man konnte aber keine wirklich abweichenden Stimmen hören.

Faden: Wir haben bereits vorhin über die sozialen Bewegungen gesprochen. Ich würde gerne noch etwas mehr über die Geschichte der sozialen Bewegungen erfahren. Und wie steht es denn um die libertäre Bewegung in Costa Rica?

Jorge: Hier war der Anarchismus immer eine intellektuelle Bewegung. Es gab niemals eine starke anarchistische Bewegung der Massen, vielleicht mit Ausnahme einiger organisatorischer Keime. So kamen mit der mexikanischen Revolution zu Beginn des Jahrhunderts einige Anstöße ins Land, die aber zumeist direkt an die Diskussionen in einigen Zeitschriften angebunden waren. In der Regel sind die Basisbewegungen hier in erster Linie von stalinistischen Einflüssen geprägt worden. Dies hat damit zu tun, daß die kommunistische Partei in der Linken immer die stärkste Kraft gewesen ist. Sie hat die wichtigsten sozialen Kämpfe im Land - wie z.B. in der Bananenwirtschaft - ausgetragen. Der Anarchismus wurde immer als etwas Exotisches wahrgenommen, was auch mit mangelnder Information zu tun hat. Allerdings trugen zu diesem negativen Bild auch einige immigrierte Anarchisten bei, die z.B. nach dem verlorenen spanischen Bürgerkrieg nach Costa Rica kamen, und seit ihrer Ankunft nicht müde wurden, die besonderen Vorzüge unseres Landes zu predigen. Denn aus deren Sicht gab es in Costa Rica keine sozialen Widersprüche. Leider haben sich diese Leute viel zu schnell verbürgerlicht.

Einen erneuten Aufschwung gab es in den 60er und 70er Jahren dieses Jahrhunderts. Dies hatte vor allem mit dem relativen Erfolg der Zeitschrift 'Acrácia' zu tun, die allerdings vor allem in intellektuellen Kreisen zirkulierte. Heute haben wir vor allem Casandra, die aber auch nicht in eine bestimmte Bewegung organisch eingebunden ist.

Mauricio: Ich stimme mit Jorge weitgehend überein. Dennoch gab es ein paar weitere Einflüsse, so z.B. die italienischen und spanischen Migranten, die zu Beginn des Jahrhunderts nach Costa Rica kamen. Aber auch sie besaßen nicht genügend Kraft, sich gegen die kommunistische Partei durchzusetzen. Diese Partei bemächtigte sich ab den 30er Jahren aller Arbeiterorganisationen und spielte eine wichtige Rolle bis zum Bürgerkrieg 1948, wo sie verboten wurde. Seitdem konnte die sozialdemokratische Bewegung Fuß fassen, ihre eigenen Organisationsformen entwickeln und - wie die katholische Kirche - Gewerkschaften gründen.

Faden: Trotz dieser pessimistische stimmenden Entwicklung und aller offensichtlichen Schwierigkeiten, die wir auch in Deutschland kennen, würde es mich interessieren, ob Ihr in Zukunft nicht doch verstärkt Möglichkeiten suchen wollt, neue Leserkreise für Eure Zeitschrift zu erschließen?

Jorge: Unsere praktische Unterstützung des Wahlboykotts wurde von vielen Zeitungen und dem Fernsehen aufgegriffen. Das Problem, mit dem wir konfrontiert sind, ist, daß wir sehr schwach sind. Wir sind zuwenig Leute, wir haben keine Organisation, die uns unterstützt, und wir haben kein Geld. Wir haben auch nicht die Absicht, massenwirksam zu sein. Natürlich hätten wir gerne mehr Einfluß.

Herzlichen Dank meiner lieben FreundinM.N. für die Transkription.

Albert Camus und der Anarchismus

In der deutschsprachigen Rezeption der Werke von Albert Camus (1913-1960) werden in der Regel die vielfältigen Beziehungen und Kontakte zur anarchistischen und anarchosyndikalistischen Bewegung unterschlagen. *Lou Marin* stellt uns in Ursprung der Revolte den vergessenen libertären Camus vor. Albert Camus, der sich selbst nicht als Anarchist bezeichnet hat, hat regelmäßig für anarchistische Zeitschriften und Zeitungen geschrieben, hat immer wieder positiven Bezug auf die libertäre Bewegung - insbesondere in Spanien - genommen und er beteiligte sich an anarchistisch-antimilitaristischen Kampagnen.

Im Mittelpunkt des Buches steht zum Einen die Gewaltkritik von Camus und seine Auseinandersetzung mit der Gewalt revolutionärer Bewegungen, zum Anderen geht es immer wieder um die Auseinandersetzung und den Bruch mit Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir. So gesteht Lou Marin in der Einleitung auch ein:

»Dieses Buch über den libertären Camus ist somit fast notwendigerweise ein Anti-Sartre« (S. 17).

Albert Camus, Sohn einer Spanierin und eines Elsässers, in Algerien geboren, kam schon in Algerien bei seiner journalistischen Arbeit in Kontakt mit anarchistischen Ideen, obwohl er von 1935 bis 1937 Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) war. 1936 war er an der Gründung der Kommunistischen Partei Algeriens beteiligt. Seine Aufgabe war es arabische Jugendliche für die KP zu gewinnen. Als Stalin 1936 die Einbindung der KPF in die Volksfrontregierung in Frankreich unterstützte, verlangte er aus bündnistaktischen Gründen eine Revidierung der antikolonialen Positionen der Kommunistischen Parteien in den französischen Kolonien. Camus, der auf seine antikoloniale Position nicht verzichten wollte, wurde 1937 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

In Algerien war Camus als Journalist tätig. Er näherte sich den libertären Ideen an und kämpfte sein Leben lang gegen die Todesstrafe. In seinen Betrachtungen zur Todesstrafe legt Camus dar, welches libertäre Verständnis seinem Kampf gegen die Todesstrafe zu Grunde liegt: »Die Hinrichtung eines Menschen untersagen, hieße öffentlich verkünden, daß die Gesellschaft und der Staat keine absoluten Werte sind und daß nichts sie dazu ermächtigt, die endgültigen Gesetze zu erlassen und Nichtwiedergutzumachendes zu schaffen« (S. 70).

Neben *Der algerische Camus* gehört das Kapitel über *Libertäre Pfade* durch die Rèsistance zu den interessantesten in dem Buch von Marin. Hier wird der frühe Anarchopazifismus und die Auseinandersetzung mit Kollaboration und der Todesstrafe von Camus dargestellt. Während seiner journalistischen Tätigkeit in Algerien versuchte er die Zeitungen, bei denen er arbeitete, auf anarchopazifistischen Kurs zu bringen, was ihm teilweise auch gelang. Während der deutschen Besatzung in Frankreich schloß sich Camus zwar der Rèsistance an, beteiligte sich aber nicht an bewaffneten Aktionen. Er schrieb für die Zeitungen der Rèsistance und war gelegentlich auch Kurier. Trotz seiner gewaltkritischen Haltung schwieg er zu den bewaffneten Aktionen der Rèsistance. Obwohl er die Todesstrafe grundsätzlich ablehnte, schwieg er nicht nur zu den Hinrichtungen von VerräterInnen und KollaborateurInnen, sondern befürwortete sie in besonders harten Fällen und dies sogar bis Januar 1945. Doch danach bezog er wieder seine ursprüngliche Position und kritisierte die Hinrichtungen und setzte sich für zum Tode verurteilte KollaborateurInnen ein, sogar für Marschall Pètain. Camus ging es nicht so sehr um Rache, er wollte, dass alle Nazi-KollaborateurInnen aus der Politik und aus der Kultur entfernt werden. Nach einer kurzen Phase der »wilden Säuberungen«, besann frau/mann sich in Frankreich auf die kollektive Verdrängung.

Seine antikoloniale, antinationale und gewaltkritische Haltung hat Camus immer wieder Kritik eingebracht und

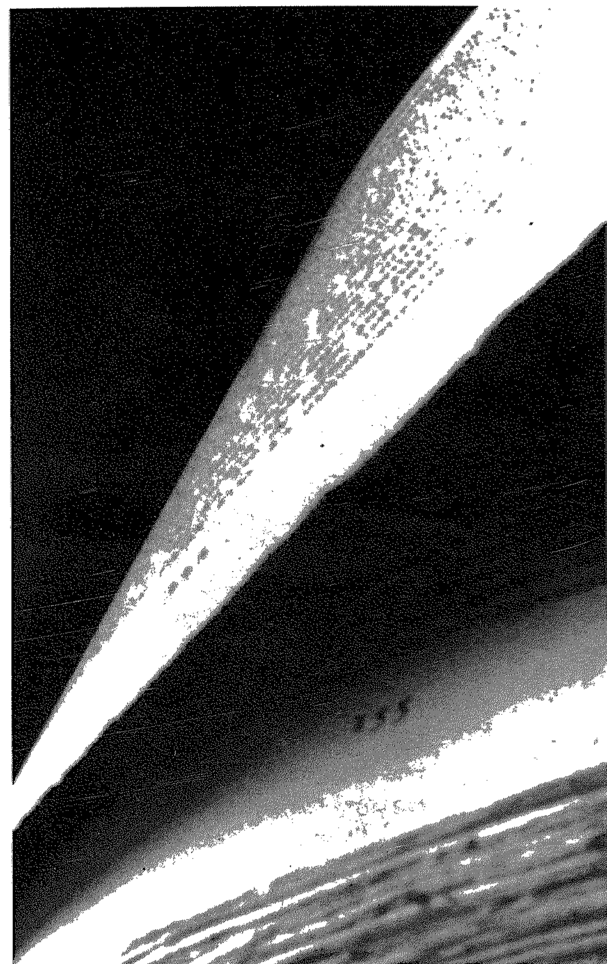


Foto: Jean-Marc Dellac

hat des öfteren zu Mißverständnissen geführt. Seine antinationale Haltung während des algerischen Befreiungskrieges wurde häufig als kolonial denunziert. Er kritisierte nicht nur die Gewalt der algerischen Befreiungsbewegung FLN, sondern auch deren panarabischen Nationalismus, der sich u.a. gegen die BerberInnen in der Kabylei richtete, da sie sich nicht Arabisieren lassen wollten. Der algerische Befreiungsnationalismus richtete sich aber auch gegen die Jüdinnen und Juden, die vor 500 Jahren aus Spanien nach Nordafrika geflüchtet waren und gegen spanischen AnarchosyndikalistInnen, die vor Franco nach Algerien flüchteten. Es gab keine Bestrebungen der FLN nach nicht-arabischen BündnispartnerInnen in Algerien zu suchen, um gemeinsam für eine freie Gesellschaft zu kämpfen. Camus wandte sich gegen den Nationalismus der FLN und sah die Lösung in einer algerisch-französischen Föderation, die allen dort

lebenden Menschen gleiche Rechte einräumen sollte, ohne dass eine Assimilation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Algerien gefordert wurde. Angehörige islamischer Glaubensrichtungen konnten damals in Algerien nicht die französische Staatsangehörigkeit bekommen, obwohl Algerien als ein Teil von Frankreich betrachtet wurde.

Auch wenn wir heute sehen, daß der Befreiungsnationalismus der FLN fatale Folgen für das unabhängige Algerien hat(te), denke ich nicht wie Lou Marin, daß der Föderalismus ein wirklicher Ausweg in der damligen Zeit aus der Zwickmühle gewesen wäre. In den Analysen von Camus - soweit sie von Marin rezipiert wurden - fehlt jede Auseinandersetzung mit Rassismus und einer Binnenkolonialisierung innerhalb einer französisch-algerischen Föderation. Denn eine Föderation hätte das koloniale Verhältnis zwischen Algerien und Frankreich nicht aufgehoben, und die ökonomische Entwicklung wäre ausschließlich an die Interessen Frankreichs gekoppelt geblieben. Sicherlich wird anläßlich der aktuellen Gewalt in Algerien, die gewaltkritische und antipanarabische Position Camus wieder interessant, und es ist nicht verwunderlich, daß in Algerien Intellektuelle Camus und seine Positionen zur »algerischen Frage« wiederentdecken.

Desweiteren macht es sich Marin mit der Bewertung des algerischen Unabhängigkeitkampfes zu leicht, dies wird besonders an dem Vergleich, den Marin mit Indien macht, deutlich. Marin unterscheidet zwischen dem befreiungsnationalistischen Kampf in Algerien und dem antikolonialen Kampf in Indien. Die heutige Gewalt in Algerien erklärt Marin mit der Gewalt im Befreiungskampf. Und wie erklärt sich dann die Gewalt in heutigen Indien, durch die Gewaltlosigkeit Ghandis?

Marin differenziert wie viele andere AnarchistInnen nicht in Befreiungspraktiken und Freiheitspraktiken, diese können identisch sein, müssen es aber nicht. Gerade gewaltfreie AnarchistInnen gehen davon aus, daß die Mittel der Befreiung schon Bestandteil der zukünftigen Gesellschaft sein sollen/müssen. Dabei haben Algerien und Indien eines gemeinsam, nach der Unabhängigkeit bildete sich ein Nationalstaat heraus, der rassistisch, patriarchal, kapitalistisch und nationalistisch war und ist. Und dies ist die Ursache für die Gewalt in Algerien und Indien, und nicht die Art der Befreiung. Weder in Indien noch in Algerien kam es zur Freiheit nach der Befreiung, dieses Problem hatten auch die SandinistInnen in Nicaragua oder die erfolgreichen Befreiungsbewegungen in Angola, Simbabwe oder anderswo. Und ob die AnarchosyndikalistInnen in Spanien nach einem Sieg mehr Erfolg gehabt hätten, ist fraglich. Marin versucht dieses Problem auf die »Gewaltfrage« zu reduzieren, doch dadurch wird eine produktive Ausseinandersetzung über Praktiken der Befreiung und der Freiheit erschwert.

Dabei stellt sich eine weitere Frage, die nach der Beziehung von Freiheit und Moral bei Camus und Marin. Lou Marin schreibt in der Einleitung: »Wenn Gott tot ist und es keine vorgesellschaftliche oder in der Natur des Menschen liegende moralische Instanz für die Beurteilung menschlicher Handlungen mehr gibt, kann Freiheit sowohl zum freimütigen Morden der Nazis als auch zum befreienden Aufbegehren gegen die Ungerechtigkeit und die Natürlichkeit des Todes führen, zur Revolte - das philosophische Thema Camus' schlechthin« (S.10).

Die absolute Freiheit soll bei Camus durch eine ahistorische Moral in ihre Grenzen verwiesen werden. Hier stellen sich zwei Fragen: Gibt es überhaupt eine ahistorische Moral, eine Moral, die nicht hinterfragbar, nicht diskutierbar, nicht veränderbar ist, und wenn ja, wo kommt sie her. Obwohl Camus Agnostiker ist hat er davon gesprochen, »daß ohne Gottesvorstellung keine rationale Begründung und auch keine Praxis der Gewaltfreiheit möglich ist. Trotzdem sei es ihm nicht möglich gewesen, sich mit der Gottesidee anzufreundenì (S. 199). Marin selbst tendiert dahin, »daß erst in der Revolte überhaupt ahistorische Werte - und dabei auch so etwas wie das Gewissen - gewonnen werden« (S. 234). Doch dann sind diese Werte eindeutig historisch, also nicht universell. Ebenfalls stellt sich die Frage, ob eine ahistorische Moral nicht Negation der Freiheit schlechthin bedeutet. Gustav Landauer schreibt in dem Artikel *Etwas über Moral*, der am 5. August 1893 im Sozialist erschien ist: «Moral ist also, was anfängt: Du sollst. (...) Es gibt kein unverbrüchliches 'Du sollst' für ein freien Menschen!«

Das Leben und Werk von Camus hätte sich für eine Auseinandersetzung mit »Gewalt, Freiheit und Moral« angeboten, doch dieses Thema hat Marin verschenkt. Auch etwas anderes bleibt uns Marin schuldig, das Verhältnis vom Ursprung der Revolte und die Transformation bestehender Gesellschaft. Das »Nein«-Sagen ist für Camus der Ursprung der Revolte, das nicht mehr ertragen, daß frau/mann selbst oder andere unterdrückt, erniedrigt, gequält oder ausgebeutet werden. Doch wie kommt Camus vom »Nein«-Sagen zur Transformation der Gesellschaft, muß nicht aus dem Ursprung der Revolte eine Revolution oder mehrere Revolutionen werden?

Marins Verdienst ist es, den vergessenen libertären Camus vorzustellen. Diese Buch bietet den LeserInnen eine Reihe von Möglichkeiten für eigene Anschlüsse zu der Frage nach »Gewalt, Freiheit und Moral«. Es regt an, über die Fragen, die das Buch aufwirft, intensiv nachzudenken. Obwohl ich das Buch in dieser Rezension eher kritisiert habe, möchte ich das Buch von Lou Marin trotzdem empfehlen, und es produktiv für eine Auseinandersetzung zwischen »Freiheit« und »Moral« nutzen.

Jürgen Mümken

Lou Marin: Ursprung der Revolte
Albert Camus und der Anarchismus
Heidelberg 1998, Verlag Graswurzelwerkstatt, 326 Seiten - 39,90 DM

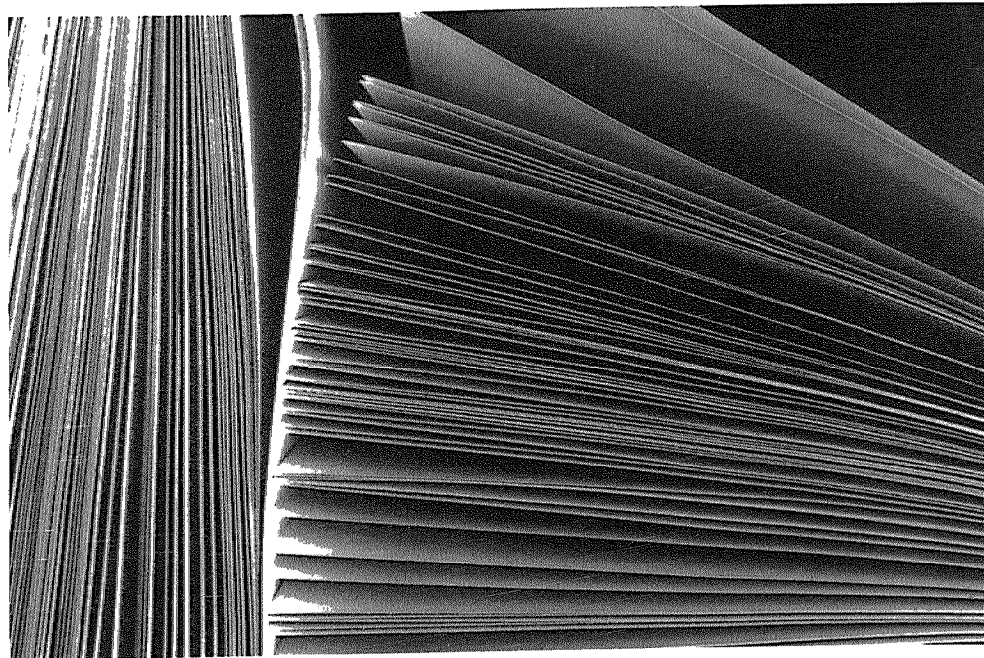


Foto: Jean-Marc Dellac

Das Jüngste Gericht der Könige

Pierre-Sylvain Maréchals Abrechnung mit der Aristokratie

von Ralf Burnicki

Das Kommunistische Manifest von 1848 war keine besondere Neuerung im Versuch, ökonomische Gleichheit als Prinzip einer künftigen Gesellschaftsordnung durchzusetzen.

Unter anderen war es Jahrzehnte zuvor ein sogenanntes »Manifest der Gleichen«, das in Frankreich mit sozialen Ungerechtigkeiten aufräumen und eine - diesbezüglich emanzipatorische- Gesellschaftsordnung installieren wollte. Sein Autor: Pierre - Sylvain Maréchal (1750 - 1803).

Maréchal war libertär, politischer Aktivist, Literat, militanter Atheist, Kritiker der repressiven Verlaufsrichtung der französischen Revolution und ist heute fast gänzlich unbekannt. Maréchal, Sohn eines Weinhändlers, sollte allerdings »der erste sein, der seine anarchistischen Ideen offen proklamierte und heraussang«, so schreiben die Herausgeber seines jetzt wiederaufgelegten Theaterstücks »Das Jüngste Gericht der Könige«. Dieses Theaterstück, das 1793 überall in Frankreich mit großem Erfolg aufgeführt wurde, entspricht den Absichten des gleich mitabgedruckten »Manifests der Gleichen«.

Kernaussage des Manifests: Gleichheit aller vor dem Gesetz nützt einer Emanzipation der Subjekte noch wenig, wenn nicht zugleich eine ökonomische Gleichheit aller durchgesetzt wird. Erst dies wäre dann »faktische Gleichheit«. Das bedeutet die Abschaffung der Eliten und materieller Privilegien. Das Theaterstück setzt dann ganz indirekt noch einen Satz hinzu: Mensch muß überdies imstande sein, die neue Chancengleichheit im Sinne von Solidarität zu nutzen, Egoismus verhindert dies.

Zum Theaterstück: Maréchal entwickelt in seinem Theaterspiel die durchaus sympathische Vorstellung, alle europäischen Könige seiner Zeit sowie den Papst auf einer Insel auszusetzen und sie ihrem Schicksal zu überlassen. Um sich zu ernähren, müssten die Adeligen nun arbeiten bzw. ihr Leben gemeinsam organisieren, aber dazu kommt es nicht. Ihrer DienerInnen beraubt und unfähig, ihr Leben gemeinschaftlich zu gestalten, bricht ihr jeweiliger Egoismus und Herrschaftsdrang aus und es kommt nur zu Zank und Streit. Da stürzt sich die russische Zarin Katharina auf den Papst, um ihn zu würgen, da holt der spanische König ein Stück Brot aus der Tasche und alle stürzen sich auf ihn, zuletzt fallen alle übereinander her auf der Suche nach Brot, das jede/r von ihnen bei sich versteckt haben könnte. Schließlich bricht ein Inselvulkan aus und beendet den wilden Reigen.

Maréchal zeigt mit diesem Theaterstück allerdings nicht nur die Unfähigkeit von Eliten, das Leben unegoistisch zu organisieren und dadurch ein Überleben Aller zu gewährleisten, sondern er hält hier im Jahr 1793 indirekt auch eine Botschaft an die GenossInnen der französischen Revolution bereit. Und auf diese Botschaft hätten jene wohl mehr Aufmerksamkeit richten sollen: Die Gleichheit ökonomischer Voraussetzungen (sehr zu ihrem Unwillen hatten die Adeligen ja genau diese ökonomische Gleichheit auf der Insel!) *muß* einhergehen mit allgemeiner gegenseitiger Hilfe und solidarischem Verhalten. Ein umfassender emanzipatorischer Anspruch kann eben nicht nur eine Angelegenheit der Ökonomie sein, sondern er muss durch die Fähigkeit der Individuen zum herrschaftsfreien Diskurs garantiert werden. Die Französische Revolution ist hieran ebenso gescheitert, wie die Adeligen in Maréchals Theaterstück.

Pierre - Sylvain Maréchal, Das Jüngste Gericht der Könige, überarbeitet vom Autorenkollektiv Müh-sam; Frankfurt/M. 1998, ISBN 3-980 6407-2-8, Preis: 7,90 DM.
Bestelladresse: Verlag Edition AV'88, Postfach 500202, 60392 Frankfurt/M.

Anfang der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erschien in Leipzig die deutschsprachige Ausgabe einer medizinwissenschaftlichen Schrift des New Yorker Arztes George Beard unter dem Titel *"Die Nervenschwäche- Neurasthenia. Ihre Symptome, Natur, Folgezustände und Behandlung."*

Damit war ein Krankheitsbild gedanklich konstruiert, das ungewöhnlich rasch Karriere machte und offensichtlich gerade in der damaligen deutschen Gesellschaft einem weitverbreiteten, zunächst selbstdiagnostischen Bedürfnis entsprach. Das Zeitalter der Nervosität brach an, wobei nicht so recht auseinanderzuhalten war, ob bereits vorhandene Krankheitsgefühle nach dem Begriff der Neurasthenie suchten, oder ob es das rapide anschwellende "Schrifttum" über die Nervenschwäche war, das nervöse Leiden hervorbrachte. Ein schlüssiges medizinisches Konzept von Neurasthenie war nicht zu erkennen, die Deutungen schwankten zwischen neurologischen und psychiatrischen Sichtweisen.

Symptome konnten benannt werden, Schlaflosigkeit, Unrast, Herzflattern, Magen- und Darmbeschwerden, Angstgefühle, Schwächezustände; aber sie waren zu unspezifisch, als dass ein festumrissener Ursachenkomplex hätte identifiziert werden können. Der Begriff der Neurasthenie blieb ohne Eindeutigkeit, in ihm verquickten sich authentische Leidenserfahrung und kulturelle Konstruktion; eben dies machte das neue Krankheitsbild so erfolgreich. Heilstätten, Kuranstalten und Badeorte, die sich der Betreuung von Neurasthenikern widmeten, wuchsen bald zu einem florierenden Bestandteil des Therapiegewerbes an, obwohl strittig war, wie denn nun Nervenschwäche zu heilen sei.

Sigmund Freud bezeichnete in jungen Jahren die Neurasthenie als die "allerhäufigste Zeitkrankheit", August Bebel nannte sie die "Geißel des Jahrhunderts". Der damals volkstümliche Literat Otto Erich Hartleben reimte: *"Raste nie, doch haste nie, sonst haste die Neurasthenie."*

In populären Lebenshilfetraktaten um die Jahrhundertwende war zu lesen, dass die "Nervenschwäche" alljährlich "mehr Opfer" fordere "als der blutigste Krieg". In einer Zeitschrift für "Volksgesundheit" hieß es: *"Wohl fordern Cholera und Pest hunderttausende, Tuberkulose, Alkoholismus und Syphilis Millionen an Opfern, doch nichts bedeuten sie alle gegen die täglich und stündlich fallenden Opfer der Nervenschwäche"*.

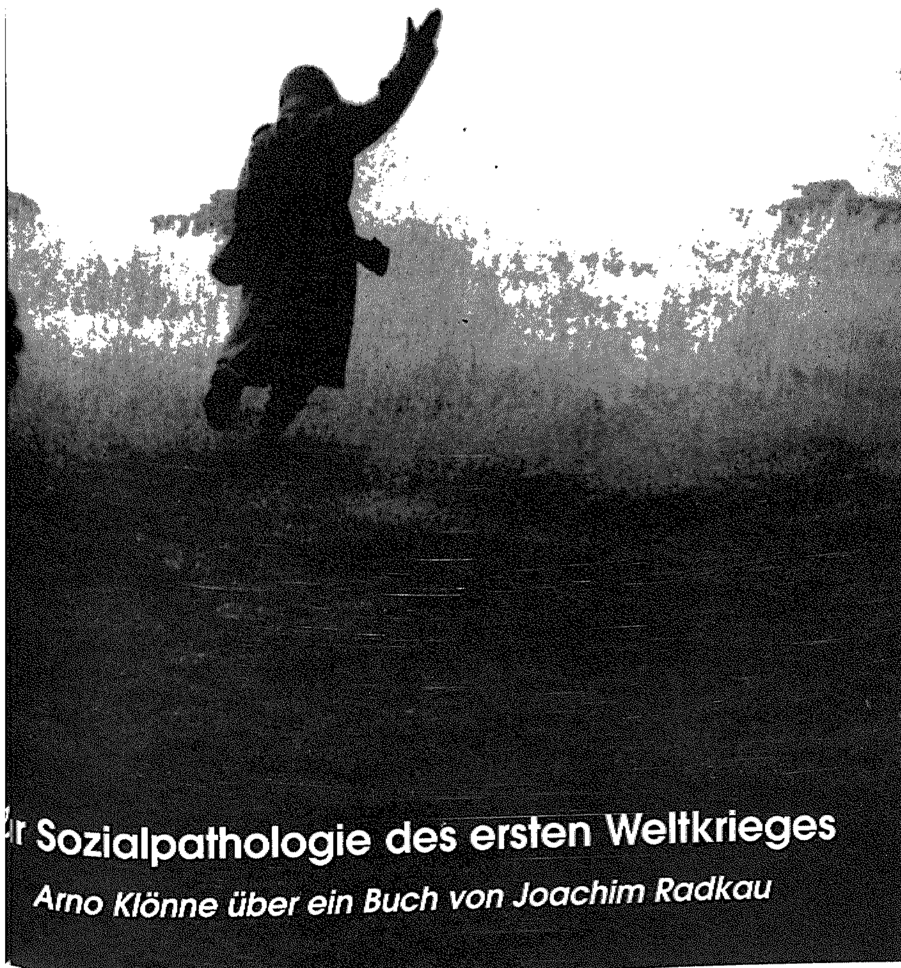
Stahlbäder

Foto: Dimitri Baltermanz

Mit dieser im wilhelminischen Deutschland grassierenden Horrorvorstellung von der Neurasthenie als Massenkrankheit setzt sich nun erstmals eine materialreiche historisch-kritische Studie auseinander. Der Autor, Joachim Radkau, an der Bielefelder Universität Neuere Geschichte lehrend, ist bereits mehrfach mit Arbeiten hervorgetreten, die sich thematisch auf ungewohnte Wege begaben und neue Quellen entdeckten, die bisher nicht in den Blick der Historikerzunft gekommen waren. Das ist auch bei dieser Studie der Fall. Ihr liegen vor allem Patientenakten zugrunde, Aufzeichnungen aus Heilstätten, Berichte von Medizinern, die Therapien für Neurastheniker ersonnen hatten.

Es geht bei Radkau aber nicht um Medizingeschichte, nicht um den individuellen Fall vermeintlicher oder tatsächlicher Erkrankung, sondern um Kultur- und Mentalitätsgeschichte, um den Zusammenhang von Krankheitsbild und gesellschaftlicher Befindlichkeit, von Leidensgefühlen, Sinnsuche und politischen Konsequenzen.

Insbesondere interessiert Radkau sich für die Frage, ob die deutsche Entscheidung für den Krieg 1914 einen sozialpathologischen Hintergrund hatte, mit anderen Worten: Schlug damals der Zweifel an der eigenen Nervenstärke um in den kriegerischen Kraftakt? Joachim Radkau widmet seine Studie einem Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft, nämlich Fritz Fischer. In dessen Werk ist, was den Ersten Weltkrieg angeht, die schärfste Kritik an deutsch-nationaler Verharmlosung wilhelminischer Aggressivität zu finden. Allerdings richteten sich Fischers Forschungen auf die machtpolitischen Kalküle der militärischen und wirtschaftlichen Eliten des deutschen Reiches, auf die Herrschaftsabsichten der politischen Klasse, die kollektive politische Psychologie blieb bei ihm ausgeklammert. Demgegenüber geht Radkau von der Annahme aus, dass sich eine absichtsvolle Entfesselung des Ersten Weltkrieges durch Deutschland nicht - oder nicht allein- aus ökonomischen



…r Sozialpathologie des ersten Weltkrieges

Arno Klönne über ein Buch von Joachim Radkau

KUR DES KRIEGES

Expansionswünschen und politischen Statusinteressen herleiten lassen. Der "Griff zur Weltmacht" sei zugleich ein "Sprung ins Dunkle" gewesen, ein Akt hochgradiger Irrationalität, und deren Ursache seien zu untersuchen.

Das ist ein Forschungsansatz, der in den von Radkau vorgelegten Ergebnissen überzeugt. In den Vereinigten Staaten übrigens führte die "Entdekkung" der Neurasthenie in den Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende zu einem ganz anderen Diskurs als in Deutschland. George Beard als Protagonist der medizinischen Beschäftigung mit Nervenschwäche hatte diese als Begleiterscheinung der modernen Zivilisation beschrieben, als nahezu unvermeidlich angesichts des technisch-industriellen Entwicklungstempos und des Leistungsdrucks, der dadurch hervorgerufen wurde. Überreiztheit, in kontrollierbarem Umfange, erschien der amerikanischen Deutung nach als akzeptables Element einer modernen gesellschaftlichen Kultur, als normales Stressphänomen sozusagen. Zu kulturpessimistischen Gefühlen, gar zu Befürchtungen einer gesellschaftlichen Dekadenz bot dann die Nervenschwäche keinen Grund; wo sie ins Krankhafte umschlug, sollte sie durch medizinische Behandlung auf das erträgliche Maß reduziert werden. Der Begriff einer "nervösen Zivilisation" war also in den Vereinigten Staaten durchaus positiv besetzt, was den Blick auf die Risiken nicht ausschloß. Ganz anders verlief der Diskurs im wilhelminischen Deutschland.

Joachim Radkau führt in den damaligen deutschen Umgang mit der Neurasthenie am Fall des "Eisernen Kanzlers" ein. Für Bismarck selbst war die Befindlichkeit seiner Nerven ein dauerhaftes Thema der Selbstreflexion: Ihm wird der Ausspruch zugeschrieben: "Ich bin ganz Nerven, und zwar derartig, dass Selbstbeherrschung die einzige Aufgabe meines Lebens geworden ist."

Der Psychologe Ernst Kretschmer schilderte den Gründer des Deutschen Reiches als "Reckengestalt- ein Hüne mit dem Gehirn eines Neurasthenikers..., ein Genie, dessen Willenskraft gestachelt ist von seiner Nervenschwäche."

Der zeitgenössischen und auch späteren politischen Verehrung Bismarcks tat dieses Bild keinen Abbruch, zumal - zunächst jedenfalls- die Neurasthenie als spezifische Anfälligkeit "großer Männer" galt, geistiger und politischer "Führer", die sich selbst zuviel zumuten mussten.

Die nervöse Reizbarkeit Bismarcks, die Tatsache sogar, daß dieser "eiserne Kanzler" von gelegentlichen Weinkrämpfen geplagt war, irritierte seine Verehrer nicht. Als der "Lotse" des deutschen Reichsschiffes "von Bord gegangen" war und dann die Bismarck-Türme der deutschen Politiklandschaft ihr nachhaltiges Gepräge gaben, bildete sich ein Bismarck-Bild heraus, das den Kanzler idealisierte und zugleich Kritik an der ihm nachfolgenden politischen Elite ausdrückte: Bismarck, so schien es, hatte die Nervosität der Zeit individuell zu beherrschen verstanden, hatte sie ins Kampfesmutig- Entschlossene gewendet und damit das nervöse nationale Kollektiv gewissermaßen geheilt. Der Mangel an politischer Entschlußkraft aber, den "Bismarck- Deutsche" vielen wilhelminischen Politikern nachsagten, habe dann das Abgleiten der Nervosität ins Krankhafte heraufbeschworen, dagegen helfe nur das "Stahlbad". So konnte der 1914 beginnende Krieg als Therapie begrüßt werden.

Der deutsche Neurasthenie- Diskurs bezog sich in seiner ersten Phase auf die psychosomatische Situation von Männern. Diese galten als stark; eben deshalb wurden sie auffällig, wenn sie Schwäche zeigten. Überreiztheit bei Frauen hatte schon -medizinwissenschaftlich und populär- ihre geschlechtsspezifische Deutung gefunden, weibliche Hysterie war als Topos längst erfunden. Mit den Problemen männlicher Nervosität beschäftigte sich um die Jahrhundertwende, auf Therapie sinnend, der Psychologe Paul Julius Möbius. Seine Überlegungen zu weiblichen Seelenkrankheit hatte er mit dem Verdikt "unheilbar" bereits abgeschlossen; seine Schrift "Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes" machte Furore.

Aber bei dieser Unterscheidung - Schwachsinn oder Hysterie als weibliche, Nervenschwäche als männliche Erkrankung- blieb der Diskurs denn doch nicht, zumal George Beard bei seinen Fallstudien zur Neurasthenie bei Männern und Fauen auf die gleichen Symptome gestoßen war. Der männliche Gang zum Nervenarzt und die Nervenkur für Männer, die im wilhelminischen Deutschland in gehobenen Schichten geradezu modisch wurden, verwiesen auf weiche oder schwache Stellen des angeblich so harten oder starken Geschlechtes, Frauen wurden so psychologisch ein bißchen entlastet.

STAHL

Allerdings galt die Neurasthenie, die nun bei Männern auftrat, nicht als so schmachvoll wie "weibliche Hysterie", der Abstand blieb hier gewahrt. Joachim Radkau schreibt: "Als guter Deutscher durfte man Bismarck wohl als Neurastheniker, nicht aber als Hysteriker einstufen."

Der Neurastheniediskurs hatte aber zur Folge, dass weibliche Verhaltensweisen, die bis dahin als "hysterisch" abgetan wurden, nun als Ausdrucksformen von Nervenschwäche aufgewertet wurden. Joachim Radkau meint: "So besehen, ist die Neurastheniewelle gegen Ende des 19:Jahrhunderts eines der Indizien dafür, dass die Geschlechterrollen und die Arbeits- und Lebenswelt der Geschlechter, die sich in jenem Jahrhundert zunächst auseinanderentwickelt hatten, sich wieder anzunähern begannen... Männer sahen sich mehr als bisher einer Art Belastung ausgesetzt, die zuvor eher das Dasein der Frauen charakterisierte. Die totale Ausfüllung der Zeit, die ewige "Eile" und die Zersplitterung der Aufmerksamkeit -dieses ständig-zu-tun-haben, dieses Hin und Her und an-mehreres-zugleich-denken-müssen war bis dahin eher für die Welt der Frau typisch; jetzt musste sich auch eine wachsende Zahl von Männern mit diesem Streßtypus herumschlagen."

Dennoch behielten die Männer im damaligen Diskurs über Ursachen und Folgen der Nervenschwäche ihr Reservat, dort nämlich, wo es um den Zusammenhang von Neurasthenie und Sexualität ging. Diese Thematisierung fand sich schon bei George Beard; er hatte die "sexuelle Neurasthenie" zur "wichtigsten aller Neurasthenieformen" erklärt.

Äußerungen von Angst über die "nervenschwächenden Folgen der Masturbation" und vor "Impotenz als Folge von Nervenschwäche" gehörten, wie Radkau darlegt, zum Standard männlicher Patientengeschichten. Das aber galt als ein den Frauen verschlossenes Terrain; Frauen, "anständige" jedenfalls, waren als asexuelle Wesen definiert.

Hier ist ein diskursiver Zusammenhang mit damaligen Ideen zur sozialstrukturellen Verortung der Neurasthenie zu erkennen. Als das Krankheitsbild Karriere machte, war es zunächst den gehobenen Schichten zugedacht; überfordet, so wurde angenommen, könnten am ehesten Politiker, Wirtschaftsführer, höhere und hohe Beamte und Wissenschaftler sein, vielleicht auch deren Frauen, weil sie den Männern seelische Lasten abzunehmen hatten. Aber in sexuellen Nöten konnten Frauen dieser Schichten nicht sein, schon deshalb nicht, weil ihnen ein Triebleben nicht zustand; dafür waren auf der weiblichen Seite der Gesellschaft andere Wesen zuständig. Die Konstruktion, dass Nervenschwäche ein Problem, aber auch ein Privileg der oberen sozialen Statusgruppen sei, lies sich aber auf Dauer nicht aufrechterhalten. Es wurde eine Art Eigendynamik medizinischer Betreuung wirksam; Ärzte, Sanatorien und Kurorte brauchten ein expandierendes neurasthenisches Klientel.

Der professionelle und kommerzielle Blick richtete sich auf neue Kundschaft in den mittleren Rängen der Gesellschaft, und es schien ja plausibel, daß dort in wachsendem Umfange nervliche

NERV

Belastungen auftraten, mit Krankheitsfolgen; bei Lokomtivführern zum Beispiel, oder bei Telefonistinnen; bei den Pädagogen, den Finanzbeamten und den kaufmännischen Bürovorstehern, möglicherweise sogar bei den Offizieren und Unteroffizieren. Sie alle standen unter dem Druck der Anforderungen einer sich durchsetzenden Industriegesellschaft, mit ihrer anwachsenden Bevölkerungszahl, ihrem gesteigerten Tempo, ihrer neuen Techniken. Da konnten diejenigen, die dieses alles im Griff halten sollten, schon mal die Nerven verlieren.

Joachim Radkau konstatiert eine "Demokratisierung" der Neurasthenie, indem diese als Massenerscheinung auch in mittleren und unteren Schichten gesichtet worden sei; er zitiert einen Experten, der 1903 schrieb: "Die Neurasthenie ist hinabgestiegen in die breiteren Schichten des Volkes, das wissen die Ärzte -und die Krankenkassen." So konnte also die Vorstellung aufkommen, Nervenschwäche breite sich, klassenübergreifend, wie eine Epidemie aus.

Aber war daraus unbedingt der Schluß zu ziehen, die deutsche Gesellschaft gerate in eine Bestandskrise? Warum mündete in Deutschland, anders als in den Vereinigten Staaten, der Neurastheniediskurs in einen völkischen Kulturpessimismus ein, der nicht mehr auf Heilung von Zivilisationsschäden, sondern auf den Bruch mit der Zivilisation abzielte?

Will man auf diese Frage eine Antwort finden, so ist der besondere Verlauf der Umformung zu einer Industriegesellschaft in Deutschland zu bedenken, ein

NERVENS

Aspekt, der in der Studie von Radkau zu wenig Beachtung findet.

Der deutsche Nationalstaat als Rahmen für eine forcierte industrielle und technische Entwicklung war, verglichen mit anderen wirtschaftlich potenten Ländern, erst relativ spät zustande gekommen, nämlich 1871. Seine Gründung entsprach den Wünschen der aufstrebenden wirtschaftlichen Eliten, auch der Mehrheit des Bürgertums und der Arbeiterschaft; aber die Konstituierung des Deutschen Reiches -des "Bismarckreiches"- war nicht einer "bürgerlichen Revolution" und nicht einer Volksbewegung zu verdanken. Es waren feudale Machtgruppen, die den historisch-politischen Prozeß steuerten und auch bei den verfassungspolitischen Entscheidungen den Ausschlag gaben. Der Aufschwung zu einer führenden Industrienation geschah unter der Regie des Obrigkeitsstaate. Dem deutschen Bürgertum fehlte jenes Selbstbewußtsein, das bürgerliche Schichten in Groß-

britannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten aus ihren reformerisch oder revolutionär erreichten historischen Erfolgen gewonnen hatten. Der deutsche Liberalismus war schwach, die deutsche Arbeiterbewegung war

BISMARCK

vom Staat als "gemeingefährlich" ausgegrenzt, der deutsche politische Katholizismus trug die Hypothek des "Kulturkampfes" mit sich.

Aus alledem resultierten massive innere Konflikte und Widersprüche der deutschen Gesellschaft in wilhelminischen Zeiten, trotz aller wirtschaftlichen Erfolge und sozialen Verbesserungen. Eine auch kulturelle Krisenstimmung lag in dieser Situation nahe, und sie zog ihre Nahrung aus dem durchaus realistischen Gefühl, der gesellschaftlichen Verfassung des Deutschen Reiches mangele es an Stabilität, auch an Legitimation.

Hinzu kam, dass intellektuell ambitionierte Schichten im deutschen Bildungs- und Kleinbürgertum von der hochbeschleunigten industriell-techni-

SCHWÄCHE

schen Entwicklung nach 1871 offenbar mental überfordert war. Das "Unbehagen" an dieser neuen "Zivilisation" artikulierte sich in vielerlei "Reformbewegungen", die um die Jahrhundertwende gerade in Deutschland eine Hochkonjunktur erhielten und "Natürlichkeit" auf ihre Fahnen schrieben. Es ging dabei, mehr oder weniger realistisch, um "gesunde" Lebensweise, Ernährung, Medizin; auch um "Wiederbeheimatung" in Zeiten des stürmischen Wandels. Die Brisanz solcher Hoffnungen lag in ihrer völkischen Ausrichtung, also in dem Gedanken, "deutsche Natürlichkeit" sei der "westlichen Dekadenz" entgegenzustellen. Unter solchen ideologischen Bedingungen mußte das Erlebnis von Nervenschwäche in Deutschlend besonders bedrängend wirken, und je mehr öffentlich die Rede von Neurasthenie war, desto größer wurde das Bedürfnis, sich durch eine heroische politische Demonstration von Stärke kollektive Selbstheilung zu verschaffen.

Mit diesem Gedanken sind wir wieder bei der Studie von Joachim Radkau. Darin wird nachgezeichnet, wie Neurasthenie zum politischen Deutungsmuster wurde, der medizinische Diskurs also in einen politischen Diskurs sich verwandelte. Die Voraussetzung dafür war, daß gesellschaftliche Verhältnisse mit Kategorien der Körperlichkeit begriffen und bewertet wurden. Politik erschien als krank oder als gesund, und politische Nervosität zeigte demnach heftige Schwankungen zwischen kranken oder gesunden gesellschaftlichen Entscheidungen an.

Als exemplarischer Fall konnte da Kaiser Wilhelm II. ins Auge gefasst werden. Viele zeitgenössische Beobachter stellten des Kaisers Unrast, Unstetigkeit und Unberechenbarkeit heraus, Majestät galt allenthalben als besonders nervös. Da war eine Therapie angesagt, und sie mußte den Kaiser nahegebracht werden. Der Alldeutsche Verband, Netzwerk des deutschen Nationalismus, brachte in Massenauflage ein Buch heraus, das den Titel trug: "Wenn ich der Kaiser wär'". Darin wurden seiner Majestät politische Rezepturen angeboten: Entschlossenheit zur Gewalt gegen alle inneren und äusseren Feinde, kraftvolles Bekennntnis zum deutschen Weltmachtanspruch, Bereitschaft zum Krieg. Die Medizin, zu der Wilhelm II. greifen sollte, enthielt auch schon antisemitische Beimischungen, diffuse politische Wahrnehmungen der Feinde Deutschlands konnten, so schreibt Radkau, zu dem einen Feindbild vom internationalen Judentum verschmolzen werden.

In den Jahren vor dem I. Weltkrieg breitete sich unter deutschen "Geistesarbeitern", wie sie nun schon genannt wurden, die Vorstellung aus, daß die Drohung mit dem Krieg und, wenn diese zur Demütigung der Feinde nicht reichte, der Entschluß zum Krieg selbst die Verhaltensweisen seien, mit denen politische Nervosität kuriert werden könne. Der therapeutische Verlauf war so gedacht: Die Entscheidung für den Krieg, für dessen Androhung oder Ingangsetzung, stellt Führungsmenschen auf die äußerste Nervenprobe -und sie gehen daraus als gestählte Willensmenschen hervor.

Als der Erste Weltkrieg begann, wurde daraus so etwas wie ein Kurbetrieb für die Massen -die Wiedergewinnung von Nervenstärke durch das "Stahlbad". Alles Weiche sollte nun im kriegerischen Härtetest verschwinden. Ob mit dem Kriegsbeginn im August 1914 in der deutschen Bevölkerung jene Euphorie verbunden war, die in der Literatur so gern beschrieben und gewürdigt wurde, mag dahingestellt bleiben; diskursgeschichtlich jedenfalls hatte das Bild von der psychischen Heilkraft des Eintritts ins kriegerische Leben hohe Bedeutung. Die "Ideen von 1914" waren auch schon in dieser Hinsicht schon vorbereitet. Im deutschen Bildungsbürgertum war die Vorstellung überliefert, ein allzu langer Friedenszustand beschädige die Willenskraft der Menschen, zerrütte die Nerven.

Als nun der Krieg diesem Jammer ein Ende machte, grassierte in Deutschland, wie Joachim Radkau schreibt, "ein pseudomedizinischer Bellizismus, der aus der Balneologie die Stahlbad-Metapher übernahm". Radkau zitiert den berühmten Neurologen Albert Eulenberg, der damals den Krieg als ein "mit fast allmächtiger Heilkraft ausgerüstetes Stahlbad für die im Staub langer Friedensjahre verdorrenden Nerven" beschrieb. Und ein prominenter Nervenarzt berichtete im Herbst 1914: "Ich hatte eine Reihe nervenschwacher Jünglinge im Laufe des letzten Jahres und zur Zeit des Ausbruches des Krieges in Behandlung, ängstliche, kleinmütige, zaudernde, willensschwache Menschenkinder, deren Bewußtseins- und Gefühlsinhalt nur durch das eigene Ich bestimmt war und die in Klagen über körperliches und seelische Weh sich erschöpften. Da kam der Krieg. Das

KRIEG

Krankhafte fiel wie mit einem Schlage von ihnen ab." Nicht nur bei Kriegsteilnehmern stellte sich, will man zeitgenössischen Aufzeichnungen folgen, diese heilende Wirkung her. Marianne Weber notiert, dass der Krieg den Nerven ihres Mannes, des prominenten Soziologen, "auf wundersame Weise wohlgetan" habe.

Bei solchen Berichten über Heilerfolge der Kur des Krieges wird man vorsichtig sein müssen, was den Realitätsgehalt angeht. Es ist kaum auszumachen, inwieweit es sich dabei um Interpretationen von außen oder um die

KUR

Wiedergabe von authentischen Gefühlen der Betroffenen handelt. Zudem werden von Patienten, wenn man hier von solchen reden will, Fremddeutungen häufig in Selbstbilder umgesetzt. Soweit es um Menschen ging, die in die Kriegshandlungen unmittelbar hineingestellt waren, ist es plausibel, dass sie sich nun auf die Sorge um's Überleben konzentrieren mußten und manche Vorkriegssorgen beiseitelegten. Joachim Radkau beschreibt dies, ein bischen zynisch, so: "Unter den Bedingungen des Krieges entfielen wesentliche Elemente der zivilen Neurasthenie, an erster Stelle der Druck der Berufs- und Eheprobleme. Im Anblick des Todes lernte man das nackte Leben zu schätzen und vergaß die ängstliche Beobachtung der vielen kleinen Molesten. Wo Granaten flogen, ärgerte man sich nicht mehr über die Fliege an der Wand. Im Kanonendonner verschwanden die Onaniesorgen."

Die neurasthenischen Beschwerden, die vor dem Kriege medizinisch registriert worden waren, gingen also zurück. Aber deshalb war der Krieg, auch psychologisch betrachtet, noch nicht "gesund", im Gegenteil, er brachte in Massen psychosomatische Erkrankungen hervor. Joachim

SCHWÄCHE

Radkau beschreibt diesen Vorgang, er verweist auf die Hunderttausende von sogenannten "Kriegszitterern", also Soldaten mit massiven motorischen Störungen. Die "Kriegskur" erwies sich für zahllose Menschen, die freiwillig oder unfreiwillig an ihr teilnahmen, als tödliche Falle; aber auch die Überlebenden kamen zumeist, physisch und psychisch, nicht ohne Beschädigungen davon. Der Mythos vom "Stahlbad" verlor dadurch aber nicht seine Langzeitwirkung; davon wird noch die Rede sein. Der deutsche Kaiser hatte vor Beginn des Ersten Weltkrieges die These aufgestellt, dies sei die Epoche, wo über den kriegerischen Erfolg oder Mißerfolg die nervliche Verfassung entscheide. Selbstverständlich nahm er an, daß in dieser Hinsicht die deutsche militärische und politische Führung die bessere Ausstattung vorzuweisen habe, trotz mancher nervösen Anfälligkeiten in Friedenszeiten.

Später hatte die deutsche Elite Anlässe zur neurasthenischen Selbstkritik, und diese verwandelte sich in eine Art inneren Dolchstoßlegende. Über den Militärstrategen Moltke, den jüngeren, wurde gesagt, er sei nach dem "Wunder an der Marne" im September 1914 aufgrund seiner "verheerenden Nervosität" handlungsunfähig geworden und habe damit das deutsche Kriegsglück verspielt. Vier Jahre später wurde über den eigentlichen militärischen Führer Deutschlands, den Generalquartiermeister Ludendorff gesagt, er habe "die Nerven verloren" und deshalb auf ein Waffenstillstandsabkommen gedrängt, obwohl doch das deutsche Heer im Felde noch "unbesiegt gewesen" sei. Tatsächlich befand sich Ludendorff im Herbst 1918 in nervenärztlicher Behandlung, aber es war keine nervöse Fehleinschätzung, die ihn zu der Meinung brachte, Deutschland könne den Krieg nicht mehr gewinnen; es handelte sich um eine militärfachliche Erkenntnis. Umso übler nimmt es sich aus, dass Ludendorff später die demagogisch wirksame "äußere" Dolchstoßlegende unters Volk brachte, die Deutung also, Deutschland sei nur deshalb um den Sieg gebracht worden, weil deutsche Sozialisten und Pazifisten die "Wehrkraft zersetzt" hätten.

Auch wenn bei Moltke und Ludendorff die Heilung der Nervenschwäche durch den Krieg als neurasthenisch-politisches Konzept offenbar nicht zu Erfolg gekommen war, kam der "Stahlbad"-Mythos nach 1918 bald wieder zu Ehren und wurde zu einer wichtigen Komponente der nationalistisch-völkischen und dann auch zur nationalsozialistischen Ideologie.

Adolf Hitler gab diesem Mythos in seinem Buch "Mein Kampf" eine Ausdrucksform, die für die psychologische Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg orientierend herangezogen wurde. Bei Hitler heißt es über seine Empfindungen im Ersten Weltkrieg: "An Stelle der Schlachtenromantik war das Grauen getreten. Die Begeisterung kühlte allmählich ab, und der überschwengliche Jubel wurde erstickt von der Todesangst. Es kam die Zeit, da jeder zu ringen hatte zwischen den Trieb der Selbsterhaltung und dem Mahnen der Pflicht... Je mehr sich aber die Stimme, die zur Vorsicht mahnte, mühte, je lauter und eindringlicher sie lockte, umso schärfer ward dann der Widerstand, bis endlich nach langem inneren Streit das Pflichtbewußtsein den Sieg davontrug. Schon im Winter 1915/16 war bei mir dieser Kampf entschieden. Der Wille war endlich restlos Herr geworden... Nun konnte das Schicksal zu den letzten Proben schreiten, ohne dass die Nerven rissen und der Verstand versagte."

Pflicht und Verstand traten der nationalsozialistischen Ideologie nach im unbedingten Willen zur großdeutschen Macht zusammen; um diese kämpferisch durchzusetzen, bedufte es gestählter Nerven. Mit dem "Dritten Reich", so wollten Hitler und seine Gefolgschaft, sollte das "Zeitalter der Nervosität" für die Deutschen vorüber sein.

Durchaus zutreffend ist der Untertitel der Studie von Joachim Radkau: "Deutschland zwischen Bismarck und Hitler", obwohl von der Zeit des Nationalsozialismus in dem Buch kaum die Rede ist. Mit seiner Analyse des Neurastheniediskurses und dessen politischen Bedeutungen, vornehmlich in der wilhelminischen Ära, eröffnet Radkau eine neue Sicht auf die Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges und die Vorgeschichte des "Dritten Reiches", auf die "Überwindung der Nervosität als nationale Aktion".

Joachim Radkau
Das Zeitalter der Nervosität
Deutschland zwischen Bismarck und Hitler
Carl Hanser Verlag, München 1998,
68,- DM

„Proletarische Demokratie und internationale Bruderschaft"

von Dieter Nelles

Das abenteuerliche Leben des Hermann Knüfken

Foto: Jean Michel Fauquet

Am 8. Februar 1976 starb der britische Staatsbürger Hermann Knüfken im Badeort Brighton. Seine Asche wurde in Kopenhagen - in Nähe der Meerjungfrau - ins Meer gestreut. Dänemark blieb für ihn das *"ideale Land"*, daß ihm *"zwischen den verschiedenen Expeditionen ins Ungewisse mehr oder weniger freiwillig Asyl"* gegeben hatte. In seinem Geburtsland Deutschland nahm niemand Notiz von dem Tod des Mannes, der im Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine herausragende Bedeutung hatte.[1] In historischen Standardwerken sucht man vergeblich seinen Namen. Erst durch den Film des Schweden Staffan Lamm erfuhr die Öffentlichkeit etwas über das abenteuerliche Leben des Seemanns und Revolutionärs Hermann Knüfken.[2]

Am 9. Februar 1893 wurde Hermann Knüfken in Düsseldorf geboren. Wenige Monate nach seiner Geburt starb der Vater an Tuberkulose. Not und Entbehrung bestimmten fortan seine Kindheit. Die Mutter, eine sehr religiöse Frau, ernährte ihre fünf Söhne mühsam als Putzfrau. Die Kinder mußten schon frühzeitig zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Nach Beendigung seiner Schulzeit brach Hermann Knüfken aus diesen beschränkten Verhältnissen aus. Er mustert als Schiffsjunge auf einem Fischdampfer an. Dem harten und entbehrungsreichen Leben als Seemann konnte er seine positive Seiten abgewinnen. Er war interessiert an allen seemännischen Fragen und lernte sechs Sprachen.

Folgt man seinen Memoiren, so war er schon in jungen Jahren ein radikaler Sozialist, der sich den Idealen des proletarischen Internationalismus und nicht seinem 'Vaterland' verpflichtet fühlte. Als er im August 1914 zwangsweise zur Marine eingezogen wurde, war er enttäuscht über die Kriegsbegeisterung der eingezogenen Reservisten, die *"anstatt die 'Internationale' zu singen und auf die Barrikaden zu gehen, oder in den Generalstreik gegen die Mobilmachung zu treten"*, mit *"heiseren Stimmen und blauen Gesichtern"* das Deutschlandlied sangen.

Dem Dienst auf einem Panzerkreuzer entging Knüfken durch die Meldung zu einem Vermessungskursus. Als Vermessungsgast wurde er auf der "S.M.S. 'Hyäne'" eingesetzt. Zu Beginn des

1 Hermann Knüfken: Memoiren o.O, o.J. Soweit nicht anders angegeben sind die folgenden Zitate aus den Memoiren Knüfkens. Es handelt sich dabei um ein 141 Seiten umfassendes Manuskript in deutscher Sprache, das keine Überschrift trägt und ein 27 Seiten umfassendes Manuskript in englischer Sprache mit dem Titel "Inside Secret Prison".

2 Vgl. das Manuskript zum Film von Staffan Lamm: Ein Mann namens Freitag (A Man called Friday). Das abenteuerliche Leben des Seemanns und Revolutionärs Hermann Knüfken, Norddeutscher Rundfunk, Redaktion Film und Theater.

Krieges gab es unter den 124 Besatzungsmitgliedern der "Hyäne" nur vier Kriegsgegner - *"keine Pazifisten"* -, die sich in einer wichtigen Frage einig waren: *"Wie kann der Krieg beendet werden? Die Antwort darauf war: Durch Zersetzung der Wehrmacht! Daran wurde gearbeitet. Und wir ließen uns durch nichts stören. Deutschland darf den Krieg nicht gewinnen, das war im Großen und Ganzen unsere Parole."*

Auf der "Hyäne" und vielen anderen Schiffen wurden revolutionäre Gruppen gebildet, deren gewählte Vertrauensmänner untereinander in Verbindung standen. Daraus entwickelte sich langsam eine illegale Organisation, an deren Spitze ein leitendes *"Kommitee"* stand. Die Agitation der revolutionären Gruppen fand mit zunehmender Kriegsdauer immer mehr Anhänger. Das schlechte Essen und vor allem die demütigende Behandlung durch Vorgesetzte schürte die Unzufriedenheit unter den Besatzungen. *"Was kein Buch, keine Zeitung und kein Sozialist vermocht hat"*, schrieb 1917 der national und christlich eingestellte Matrose Richard Stumpf in sein Tagebuch, *"das gelang dem System des Militärs. Ich habe diese Autorität hassen und verachten gelernt wie nichts auf der Welt"*.[3]

Nach der Skagerrak-Schlacht 1916, die von der Admiralität aber nicht von den Matrosen als Sieg empfunden wurde, setzte sich unter den *"aktiven Elementen"* der Hochseeflotte der Gedanke durch, *"den Krieg durch offenen Widerstand zu beenden"*. Knüfken und seine Genossen planten die "Hyäne" nach Dänemark zu entführen. Diese *"Demonstration für die ganze Welt"* wurde dann *"unglücklicherweise zu einer Flucht"*. Einer der Mitwisser hatte *"Gewissensbisse"* bekommen und dem Kommandanten ein *"teilweises Geständnis"* gemacht. Knüfken flüchtete mit vier Genossen im Mai 1917 nach Dänemark. Bereitwillig gab er Journalisten und auch Agenten des britischen Nachrichtendienstes Informationen über die Marine: *"Das Ziel war ein gemeinsames. Die militärische Niederlage der deutschen Kriegsmacht. Wir konnten zusammenarbeiten. Ob wir Skrupel hatten? Keine Idee! Als Deutsche wußten wir, daß der Krieg kein Verteidigungskrieg war."*

Die kaiserliche Regierung hatte 1917 eine Amnestie für alle freiwillig zurückkehrenden Deserteure erlassen. Knüfken und sein Freund nutzten diese Gelegenheit und kehrten im August 1917 wieder nach Deutschland zurück. Sie wollten aktiv für die Beendigung des Krieges arbeiten. Während ihrer Abwesenheit war es im Sommer 1917 zur ersten Meuterei in der Marine gekommen. Das Oberkommando der Marine reagierte mit drakonischen Strafen. Die Matrosen Köbis und Reichpietsch wurden erschossen, hunderte andere zu langen Zuchthausstrafen verurteilt. Aber auch durch diese *"Schreckensurteile"* konnte die illegale Bewegung nicht mehr unterdrückt werden. *"Die Stimmung war verbittert und nach der Meuterei nicht besser geworden"*, erinnerte sich Knüfken. *"Sehr viele Freunde vertraten auf den illegalen Zusammenkünften die Meinung, daß die militärische Niederlage allein zum Zusammenbruch und Umsturz führen könne. Wohingegen ich und andere die Meinung vertraten, man muß mit allen Mitteln für die Niederlage arbeiten. Es ist Unsinn auf die Niederlage zu warten."*

Zu diesem Zweck brach Knüfken mit einem Freund im Oktober 1917 zu einer zweiten Reise nach Dänemark auf. In Nähe der Grenze wurden sie verhaftet. Nun drohte ihnen die Todesstrafe wegen Landesverrats. Was sie rettete, war die *"geistige Armut"* der deutschen Spionageabwehr, die der Meinung war, sie könnte *"sich in irgendetwas einschalten, in Verbindungen, die zwischen Deutschland und dem feindlichen Ausland bestanden."* Als sich diese Vermutung als falsch erwies, wurde Knüfken in Kiel von aufständischen Matrosen aus dem Gefängnis befreit.

Ende Oktober 1918 widersetzten sich die Besatzungen der deutschen Hochseeflotte in Wilhelmshaven den Befehlen ihrer Offiziere in See zu stechen und gegen die englische Flotte zu kämpfen. Die Meuterei entwickelte sich wenige Tage später in Kiel zu einem Aufstand, der sich schnell auf die Küstenstädte und das nordrhein-westfälische Industriegebiet ausdehnte und schließlich zum Sturz der kaiserlichen Regierung führte. Von den Matrosen ging in vielen Städten Deutschlands der Impuls zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten aus. Knüfken gehörte zu einer Gruppe, die am 5. November 1918 in Brunsbüttel 287 Offiziere des II. Geschwaders entwaffnete und festsetzte. Über die Rolle der Matrosen in der Novemberrevolution schrieb er rückblickend.

"Sie waren die Träger der Idee der Widersetzlichkeit gegen den deutschen Militarismus. Mit ihren (wenn auch manchmal sinnlosen) Schiessereien taten sie das einzige und allein richtige was zu tun übrig geblieben war, sie zeigten dem deutschen Untertan die Ohnmacht der herrschenden Klasse. Es war der Aufstand der 'vaterlandslosen Gesellen', deren Avantgarde die Seeleute waren." Knüfkens Darstellung ist eine der wenigen authentischen Zeug-

nisse der revolutionären Matrosenbewegung. Zwar ist deren äußerer Verlauf weitgehend erforscht und bekannt, aber wir wissen nur wenig über die Träger dieser Bewegung. Von Zeitgenossen und Historikern von politisch rechts bis links wurde (wird) des "Kaisers Kulis"[4] offensichtlich die Fähigkeit abgesprochen, eigenständige Organisationen und politische Zielvorstellungen zu entwickeln. Die Matrosenaufstände waren jedoch weder von linken politischen Organisationen außerhalb der Marine gesteuert, noch entstanden sie völlig spontan. Laut Knüfken wurde die Bewegung hauptsächlich getragen von den *"jüngeren Jahrgängen"* und beruhte auf den *"wenigen, bewußten Elementen, die es verstanden, die Unzufriedenen zusammenzufassen und sie reif zu machen für das bißchen Aktion, daß dann zum Zusammenbruch Deutschlands führte"*. Ausdrücklich betonte er: *"Die Masse war nur hungrig und kriegsmüde"*.

Die Erfahrungen aus der Matrosenbewegung prägten nachhaltig Knüfkens politische Haltung. Es war die Erfahrung, daß der Kampf kleiner Gruppen gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner durchaus zum Erfolg führen konnte und diese in der Lage waren, eine effektive und basisdemokratische Organisation zu entwickeln, in der es - wie Knüfken besonders hervorhebt - *"eine vollkommene proletarische Demokratie"* und keine *"eigentlichen Führer"* gab. Und nicht zuletzt nährte sich sein enormes Selbstbewußtsein aus dieser Erfahrung, einer erfolgreichen Revolte gegen ein autoritäres Regime.

Die nach dem Umsturz 1918 gebildeten Matrosenräte standen auf dem linken Flügel der Rätebewegung, der gegen parlamentarische Wahlen zur Nationalversammlung und für eine sozialistische Räterepublik votierte. Über Knüfkens Aktivitäten in diesem Zeitraum sind keine genauen Details bekannt. *"Wir gehörten zur meist revolutionären Gruppierung der linken, radikalen Arbeiterbewegung"*, schrieb er rückblickend über diese Zeit. Er und seine Genossen hatten noch im Frühjahr an eine revolutionäre Machtergreifung der Arbeiterklasse geglaubt. Doch die *"blutigen Straßenkämpfe"* führten zu *"ebenso blutigen Niederlagen"*. Unter dem Befehl des sozialdemokratischen Reichswehrministers Noske wurden die großen Erhebungen und Streiks des Frühjahrs 1919, die zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in mehreren deutschen Großstädten führten, durch Freikorps blutig und brutal unterdrückt. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren die prominentesten Opfer. Während der "Märzkämpfe" 1919 in Berlin, an denen Knüfken auf Seiten der Volksmarinedivision teilnahm, wurden 29 unbewaffnete Matrosen standrechtlich erschossen.

Der Terror der Freikorps, die *"in jeder Hinsicht -politisch, sozial, ideologisch - ein entscheidendes Bildungselement des Faschismus"* waren, schrieb der inzwischen verstorbene Historiker Erhard Lucas, verdiene als Vorgeschichte des Dritten Reichs *"die größte Aufmerksamkeit"*.[5] Knüfken war sich dessen schon 1919 bewußt als er im Baltikum in die Hände der Freikorps geriet. Im Gefängnis von Libau (Liepaja/Lettland) machte er *"zum erstenmal Bekanntschaft mit organisierter deutscher Brutalität"*. Seit 1919 hätte er *"niemals daran gezweifelt, daß die Nation der Dichter und Denker"* fähig sein würde, solche Verbrechen wie im Nationalsozialismus zu begehen: *"Einmal miterlebt, vergißt man es niemals wieder."* Er selbst kam glimpflich davon. Weil er einen skandinavischen Paß und Geld hatte, um den Kommandanten zu bestechen, wurde er nach dreiwöchiger Gefangenschaft entlassen. In Kopenhagen "verlebte er einen schönen Sommer" und erholte sich von den Folgen einer Ruhr, an der er im Gefängnis erkrankt war. Im August 1919 befand er sich wieder *"mitten drin im politischen Wirrwarr Deutschlands"*.

In Cuxhaven war er einer der führenden Aktivisten des syndikalistischen "Deutschen Seemannsbund" - seit 1921 "Deutscher Schiffahrtsbund" - (DSB), in dem über 18 000 Seeleute organisiert waren. Die Reichsabteilung Seeleute des "Deutschen Transportarbeiter Verbandes" (DTV) bestand aus nur aus *"wenigen Getreuen"*.[6] Die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung war eine Politik des DTV während des Krieges. Vor allem die Unterstützung des uneingeschränkten U-Boot Krieges diskreditierte den DTV nicht nur bei den Seeleuten der alliierten und neutralen Nationen, sondern auch bei einem großen Teil der Deutschen. Paul Müller, der Vorsitzende der Reichsabteilung Seeleute, stellte, wie Knüfken schrieb, wirklich *"alles in den Schatten, was man damals an Chauvinismus in den deutschen Gewerkschaftszeitungen gewohnt war zu lesen"*.[7] Müller bekam den Spitznamen "Flaggenmüller", weil er nach der deutschen Besetzung Antwerpens triumphierend verkündet hatte: *"Heute weht die deutsche Flagge auf den Türmen Antwerpens, hoffentlich für immer"*.[8] Auch nach dem Kriege legte Müller seine nationalistische Rhetorik, die sich kaum von der völkischen Rechten unterschied, nicht ab. Nachdem 1921 bekannt wurde, daß Müller in Zusammenarbeit mit den Reedern " 'gelbe Splitterorganisationen" gründen wollte, wurde er aus dem DTV ausgeschlossen.[9]

Gleichzeitig war Knüfken in Cuxhaven einer der führenden Funktionäre der KPD, der er seit ihrer Gründung angehörte. Als "ein außerordentlich radikal sich gebärdender Spartakist" charakterisierte ihn damals die Polizei.[10]

3 Richard Stumpf: Die Matrosenrevolte von Wilhelmshaven, in: Wolfram Wette (Hg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, S.168 - 182, hier S. 172.

4 So der Titel eines Romans von Theodor Pliviers: Des Kaisers Kulis. Roman der deutschen Kriegsflotte, der 1929 erschien. Des "Kaisers Kuli" wurde zu einem großen Bucherfolg und in achtzehn Sprachen übersetzt.

5 Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, Bd. 3. Die Niederlage, Frankfurt am Main 1978, S. 382.

6 Verkehrsbund. Fachorgan für die Interessen der im Handels-, Transport- und Verkehrs (Schiffahrt, Hafen- und Wasserbau) Betrieben Beschäftigten, Nr. 15, 11. 4. 1931, S. 114.

7 Hermann Knüfken: Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation gegen den Nationalsozialismus und Vorschläge zum Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland - zwei Dokumente 1944/45, eingeleitet von Dieter Nelles, S. 64 - 83, hier. 74.

8 Courier. Zentralorgan für die Interessen der Handels, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Publikationsorgan des Deutschen Transporter-Verbandes, Nr. 38, 25. 10. 1914.

9 Müller starb im Oktober 1925. Vgl. Seefahrt. Zeitschrift des Vereins Deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, 25. Jg. (1925), Nr. 11

10 Berichte über Knüfken vom 29. 10. und 26. 11. 1919, in: Staatsarchiv Bremen, 4. 65 - 1621.

Innerhalb der KPD gehörte er zur Links-Opposition, die sich gegen eine Beteiligung an den Parlamentswahlen und eine Mitarbeit in den freien Gewerkschaften wandte. Die Opposition gründete im April 1920 eine eigene Partei: die "Kommunistische Arbeiter Partei Deutschlands" (KAPD). Auf dem Gründungskongreß wurden Jan Appel (Hamburg) und der Schriftsteller Franz Jung (Berlin) delegiert, den Standpunkt der KAPD bei der Kommunistischen Internationale (Komintern) in Moskau zu vertreten. Ihr Problem war, daß es damals keine legalen Reisemöglichkeiten in die Sowjetunion gab. Knüfken machte den Vorschlag, *"einfach mit einem der zur Verfügung stehenden Schiffe nach Rußland zu fahren"*. Schließlich griff man auf seinen Vorschlag zurück, an dessen Realisierung zunächst niemand geglaubt hatte.

Knüfken brachte Jung und Appel als blinde Passagiere auf dem Island-Fischdampfer "Senator Schröder" unter, auf dem er als Matrose gemustert hatte. Am 21. April 1920 verließ der Dampfer Cuxhaven. Zwischen Feuerschiff "Elbe I" und Helgoland nahm die Besatzung unter Leitung Knüfken das Schiff in ihren Besitz. Die Offiziere wurden festgesetzt. Nicht zuletzt wegen Knüfkens seemännischen Fähigkeiten, die ihm später von einem mitreisenden Kapitän bescheinigt wurden, erreichte die "Senator Schröder" am 1. Mai 1920 Alexandrovsk. Von sowjetischen Lotsen wurden sie nach Murmansk gebracht.[11]

Dort und später in Leningrad und Moskau wurde die Delegation mit Begeisterung empfangen. *"Na, da haben wir ja die Genossen Piraten"*. Mit diesen Worten drückte Lenin seine Begeisterung für die Aktion aus. *"Man lobte und hätschelte uns als revolutionäre Kämpfer"* erinnerte sich Knüfken, *"aber im übrigen zerhackte und zerschlug man uns."* Lenin hatte gerade seine Broschüre "Der 'linke Radikalismus' die Kinderkrankheit des Kommunismus" beendet, in der er den Standpunkt der KAPD scharf kritisierte. Trotz der ausgesprochen freundlichen Aufnahme durch Lenin, der sie nicht wie die anderen Funktionäre als *"Schuljungen"* behandelte, dachte keiner der drei daran, *"die 'Kinderkrankheiten' zu akzeptieren"*. Sie respektierten Lenin als den *"Architekten der Oktoberrevolution"*, waren aber überzeugt, daß sie die *"Fragen der proletarischen Revolution im industriellen Deutschland besser kannten und besser lösen konnten"*

Im Juli 1920 kehrte Knüfken mit Aufträgen der Komintern illegal nach Deutschland zurück. Auf seiner Rückreise nach Moskau wurde er im Oktober 1920 in Stettin verhaftet. In der Gerichtsverhandlung, die unter strengen Sicherheitsvorkehrungen und fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, nahm er die alleinige Verantwortung für die Schiffsentführung auf sich, um eine Bestrafung der Besatzung zu verhindern. Er wurde wegen schweren Raubes in Tateinheit mit schwerer Meuterei und schwerer Freiheitsberaubung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, behielt aber die bürgerlichen Ehrenrechte. Der Landgerichtsdirektor May war im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft und den Geschworenen der Meinung, daß er die Tat nich aus *"ehrloser Gesinnung"* begangen und *"keinerlei persönliche Vorteile"* gehabt habe. Dies war eine Ausnahme in der damaligen Rechtssprechung. Die angesehene "Vossische Zeitung" hatte anläßlich der Verhaftung Jungs, die in Deutschland verbreitete Neigung kritisiert, *"politische Vergehen und Verbrechen mit einer gewissen Gewalt in den Rahmen von Strafparagraphen zu zwingen, die für ganz andere Zwecke geschaffen sind"*.[12]

Knüfken wurde in das Zuchthaus Fuhlsbüttel in Hamburg eingeliefert, dessen Direktor Koch als Strafvollzugsreformer galt. Trotz dem vielen *"Kummer und Trubel"* den er Koch machte, betonte Knüfken rückblickend, sah ich *"in ihm immer einen der vorbildlichen Reformer"*. Seine Interessen waren aber naturgemäß andere als die der Zuchthausleitung. Er wollte *"kein guter Gefangener sein"* und die *"Pflicht eines revolutionären Arbeiters im Zuchthaus"* brachte er auf die knappe Formel: *"Niemals nachgeben. Sich nicht einfügen. Immer zu neuen Aktionen bereit sein."* Er führte insgesamt sieben Hungerstreiks durch, in deren Verlauf es zu Demonstrationen und Arbeitsverweigerungen im ganzen Zuchthaus kam. Weil er nie den *"verhängnisvollen Fehler"* der meisten politischen Gefangenen machte, auf die Kriminellen herabzusehen, konnte er *"immer auf die Unterstützung aller Gefangenen rechnen"*.

Während seines letzten Hungerstreiks im Oktober 1922 wurde er zwangsernährt und schwebte in Lebensgefahr. In der Hamburger Arbeiterschaft kam es zu einer breiten Solidarisierungswelle. Auf einer von 5000 Menschen besuchten Versammlung der linken Arbeiterorganisationen, bei der auch Koch das Wort ergriff, wurde eine Kommission aus Vertretern der KPD und des DSB gewählt, die mit dem Hamburger Senat über seine Freilassung verhandeln sollte. Knüfken brach den Hungerstreik ab, nachdem ihm Justizsenator Nöldecke und Koch persönlich mitteilten, daß er in naher Zukunft entlassen werden sollte. Offiziell wurde er im April 1923 ohne *"Termin der Rückkehr aus dem Zuchthaus beurlaubt"*.

Den 'Urlaub' verbrachte Knüfken in den folgenden Jahren in der Sowjetunion, wo er im Mai 1923 *"mit offenen Armen empfangen"* wurde. In Leningrad leitete er den "Internationalen Klub der Seeleute" (Interklub). Seit 1921 waren von der kommunistischen Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) in allen großen Hafenstädten Interklubs eingerichtet worden. Die großen Interclubs in Leningrad und Hamburg hatten durchschnittlich 30 000 Besucher im Jahr und eine große politische Bedeutung. Zwar konnte die RGI die Vormachtstellung der reformistischen Seeleutegewerkschaften in Europa mit wenigen Ausnahmen nie ernsthaft gefährden, aber weltweit wurden kommunistische Kader in der Seefahrt gewonnen, die für den Verbindungsapparat der Komintern von enormer Bedeutung waren.

"Es gab ein vollkommenes Netz von Verbindungen nach allen Erdteilen", schrieb Knüfken über diesen Apparat, in dem er selbst wichtige Funktionen hatte. Auf den in Leningrad ankommenden Schiffen rekrutierte er Vertrauensleute, die Literatur und Briefe schmuggelten und Mitarbeiter der Komintern, die aus unterschiedlichem Grund illegal reisen mußten, als blinde Passagiere ins Ausland brachten. Aufgrund dieser Tätigkeit hatte er enge Beziehungen zu den führenden Funktionären der Komintern und in Leningrad wohnte er zusammen mit der Parteiprominenz im Hotel Astoria.

Trotz dieser relativ priviligierten Lebensweise wurde er nicht zu einem wil-

lenlosen Befehlsempfänger seiner sowjetischen Parteigenossen, sondern setzte eigene politische Akzente: Der Interklub, schrieb er, *"war eine gute Einrichtung in Bezug auf das Restaurant und das Tanzen. Die Propaganda jedoch war ein plumper Versuch, der darin bestand, in den Versammlungen immer wieder die Russische Revolution (unter viel Blutumrühren) als das Vorbild aller folgenden Revolutionen in den übrigen Ländern darzustellen. Ich brachte die Arbeit des Klubs auf ein anderes Niveau, mehr auf gewerkschaftlicher Basis."*

Aus der Einsicht, daß er die Seeleute *"nur dann an den Klub gewöhnen konnte, wenn sie sich dort zu Hause fühlten und absolute Freiheit hatten, zu sagen, was sie wollten"*, gestaltete Knüfken den Interklub zielbewußt zu *"einer ex-territorialen Einrichtung"*. Er bemühte sich erfolgreich um die Vertretung von ausländischen Gewerkschaften in Leningrad, für die er Zahlstellen im Interklub einrichtete. Im Jahre 1927 war er offizieller Vertreter des norwegischen Seeleuteverbandes, des dänischen Seeleute- und Heizerverbandes und des deutschen Verkehrsbundes. In Konfliktfällen vertrat er auch die schwedischen Organisationen.

Daß er sich in erster Linie als gewerkschaftlicher Interessenvertreter und nicht als Parteikommunist verstand, zeigte sein Verhalten während eines Streiks der schwedischen Seeleute im Jahre 1925. Gegen den ausdrücklichen Parteibefehl unterstützte er den Streik der Schiffsbesatzungen in Leningrad. Schon damals schrieb er rückblickend, hätten die *"wirklich wertvollen Genossen"* begriffen, daß die maßgebenden Funktionäre in der Sowjetunion von einer *"eigentlichen Gewerkschaftsbewegung nichts verstanden"*.

Seine relativ unabhängige Stellung schwand immer mehr, nachdem sich Stalin Ende der 20er Jahre gegen seine innerparteilichen Widersacher durchsetzen konnte und damit einhergehend die Geheimpolizei, die sich damals OGPU nannte, an Einfluß gewann. 1923 konnte er die OGPU-Vertreter noch aus dem Interklub hinauswerfen, weil er *"ganz hohe Protektion"* und die *"alten Bolschewiki noch keine Angst"* hatten. Als er diese Protektion verlor, ging die OGPU gegen ihn vor, um den Interklub, der "eine Austauschstelle für freie Gedanken blieb", unter ihre Kontrolle zu bringen.



Im Jahre 1929 wurde er verhaftet. Vordergründig wurde er beschuldigt, Gewerkschaftsgelder auf ein Privatkonto bei einer skandinavischen Banken deponiert zu haben. Er durchlief mehrere Gefängnissen, u.a. saß er mehrere Monate in der Lublijanka, der Zentrale der OGPU in Moskau. Daß er nicht wie viele seiner Zellengenossen erschossen, sondern nach zehnmonatiger Haft entlassen wurde, verdankte er der Intervention vieler ausländischer Genossen und der - vermutlich einzigen - spontanen Demonstration von ausländischen Seeleuten in Leningrad, die seine Freilassung forderten.

Nach seiner Rehabilitierung erhielt Knüfken keine Funktion mehr im Interklub, sondern man versetzte ihn in die Auslandsabteilung der sowjetischen Handelsmarine. Damit war er aller politischen Handlungsmöglichkeiten beraubt. Vermutlich kehrte er deshalb Anfang 1932 mit seiner Frau Sonia (geb. Doniach), die er 1930 geheiratet hatte, nach Hamburg zurück.

Er blieb Mitglied der Partei, obwohl er schon damals eine große Distanz zur offiziellen kommunistischen Politik hatte. Er fand Arbeit im "Neuen Deutschen Verlag", für den er die populäre "Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" (AIZ) in der Umgebung Hamburgs vertrieb. Die AIZ trat im Unterschied zur sonstigen kommunistischen Presse eine breite antifaschistische Oppositionsbewegung ein und vermied die damals übliche Etikettierung der Sozialdemokraten als "Sozialfaschisten". Gleichzeitig leitete Knüfken die skandinavische Sektion im Interklub. Er blieb Mitglied im freigewerkschaftlichen "Gesamtverband" und schloß sich nicht dem kommunistischen "Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer" (Einheitsverband) an, der weltweit der 1930 gegründeten "Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter" (ISH) angeschlossen war. Die von der Komintern betriebene Spaltung der Gewerkschaften hielt er u.a. wegen der massiven nationalsozialistischen Bedrohung für einen fatalen Fehler.

Trotz der gespaltenen Arbeiterbewegung glaubte Knüfken wie so viele Aktivisten der Arbeiterbewegung, daß es nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zu einem General-

11 Franz Jung schilderte die Aktion in seinem autobiographischen Roman "Der Weg nach unten". Vgl. ders.: Schriften und Briefe, Bd. 1, Frankfurt/Main 1982, S. 356 - 366. Weiteres Material zu der Schiffsentführung, - u. a. ein Brief Knüfkens und eine Schilderung der Aktion von Appel -, in: Lutz Schulenburg (Hg.): Hommage à Franz Jung - Der Torpedokäfer, Hamburg 1988, S. 25 - 35.

12 Zitiert nach ebenda, S. 31.

13 Knüfken, Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation, S. 76.

streik kommen würde. Aber alle großen Arbeiterorganisationen verharrten mehr oder weniger in Passivität. Die Führung des ADGB kooperierte offen mit den neuen Machthabern, in dem sie ihre Mitglieder aufforderte, sich an den nationalsozialistischen Maifeiern zu beteiligen. Die Folge davon, schrieb Knüfken, war eine *"grenzenlose Enttäuschung"*, die in Verbindung mit dem beispiellosen Terror der Nazis dazu führte, daß *"die Arbeiterschaft vollkommen mutlos und eingeschüchtert sich in alles fügte"*.[13]

Doch zum damaligen Zeitpunkt hielt Knüfken es noch nicht für opportun, die Parteileitung öffentlich zu kritisieren. Er organisierte den Transport des illegalen ISH-Büros nach Kopenhagen, wohin er selbst nach einer Hausdurchsuchung im Mai 1933 floh. Anfang Juni hielt er sich wieder mit illegalem Auftrag in Hamburg auf. Seine nächste Station war Rotterdam, wo er die illegale Arbeit unter deutschen Seeleuten organisierte. In der ersten Phase der NS-Diktatur wurde der organisierte Widerstand in der Seefahrt fast ausschließlich vom Einheitsverband getragen. In Kopenhagen, Antwerpen und Rotterdam waren vom Einheitsverband sogenannte Aktivgruppen eingerichtet worden, die Seeleute mit Propagandamaterial belieferten und versuchten die Organisation wieder aufzubauen.

Im Dezember 1934 wurde Knüfken in Rotterdam verhaftet und nach Belgien ausgewiesen. In der Antwerpener Aktivgruppe traf er auf Genossen, die seine kritische Haltung zur Politik der ISH- und KPD-Führung teilten. Zentral ging es dabei um den Wiederaufbau der Gewerkschaften in der See- und Binnenschiffahrt. Die Antwerpener Aktivgruppe kritisierte, daß die Beibehaltung formaler Organisationsstrukturen - Mitgliederausweise, Beitragsmarken etc. - der Gestapo ermöglicht habe, viele illegale Gruppen zu zerschlagen. Die formale Organisationsstruktur würde von den Seeleuten gefühlsmäßig und mit Recht abgelehnt. Dagegen setzten sie ihre eigenes organisatorisches Konzept, daß unverkennbar auf Knüfkens Erfahrungen in der Marine basierte.

"Die Organisationsform der Freien Gewerkschaftsgruppen an Bord und der revolutionären antifaschistischen Vertrauensleute besteht nur und kann nur darin bestehen, daß wir Aktivistengruppen in den Häfen haben, die ununterbrochen mit den Besatzungen der Schiffe auf der Ausreise sowohl als auf der Heimreise in Kontakt bleiben, die Besatzungen kennen lernen und von ihnen gekannt werden. Von den Aktivistengruppen in den Häfen erhalten die Genossen an Bord Arbeitsanweisungen und Literatur. Gleichzeitig sorgen die Bordvertrauensleute dafür, daß freiwillige Sammlungen durchgeführt werden und das Geld abgeführt wird an die Aktivistengruppe. Dadurch finanziert sich die Bewegung selbst. Gleichzeitig wird ein Zustand erreicht, wo die revolutionären Elemente sich gegenseitig kennen lernen, und sich darüber hinaus als Mitglieder der Freien Gewerkschaften der Seeleute legitimieren."[14]

Die Führung der KPD war nicht bereit, die Vorstellungen der Aktivgruppe zu akzeptieren. Die Gruppe wandte sich deshalb an Edo Fimmen, den Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF). Sie wußten, daß die KPD-Führung mit Fimmen im Zuge der Einheitsfrontpolitik über den Wiederaufbau der Gewerkschaften verhandeln wollte. Diesen Verhandlungen, schrieb Knüfken im Namen der Aktivgruppe, wollten sie grundsätzlich keine *"Knüppel zwischen die Beine schmeissen"*. Aber sie wollten ihre Arbeit unter deutschen Seeleuten fortsetzen, von denen *"ihre Feldwebel leider keine Ahnung"* hätten. Die *"Möglichkeiten der wirklich organisatorischen Arbeit auf deutschen Schiffen"* wäre *"so groß, daß es kein Aussteheender glauben kann"*. Auf über 190 Schiffen hätten sie *"Verbindungsleute oder Gruppen"*. Zwar würden nur *"einige wenige Leute auf jedem Schiff bewußte revolutionäre Arbeit machen"*, aber 85 -90% der deutschen Besatzungen wären *"antifaschistisch eingestellt"* und würden mit ihnen sympathisieren.[15]

Wenige Tage später kam es zu einem ersten Gespräch zwischen Fimmen und Knüfken in Amsterdam. Dies war der

Beginn einer engen Zusammenarbeit zwischen dem einflußreichen internationalen Gewerkschaftsführer und der Antwerpener ITF-Gruppe, die Fimmen drei Jahre später in einem Brief an Knüfken folgendermaßen beschrieb:

"Es mag wahr sein, daß ich, indem ich Euch vor 3 Jahren unter meine Fittiche genommen habe, etwas zur Förderung der Bewegung der Seeleute gegen den Faschismus und zur Befreiung der Arbeiterschaft beigetragen habe, andererseits aber hat mir die Zusammenarbeit mit Euch, den Antwerpener Jungens, in mancher Hinsicht Mut und Kraft zum Durchhalten eingeflößt. Dadurch bin ich den wirklich revolutionären deutschen Proleten viel näher gekommen und mit ihnen fühle ich mich mehr geistesverwandt wie mit jemand anders. Hoffentlich werden wir zusammen noch manches schmeissen, was auf die Dauer schöne Früchte tragen wird. Ich glaube, schon heute haben wir uns, alles in allem, nicht zu beklagen und nochmals: ich sage Euch Dank dafür."[16]

Zwischen den von ihrer sozialen und politischen Herkunft so verschiedenen Fimmen und Knüfken, gab es einen weitgehenden Konsens in grundsätzlichen Fragen. Beide machten die leitenden Funktionäre der großen Arbeiterparteien und Gewerkschaften gleichermaßen verantwortlich für die kampflose Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung 1933. Die *"furchtbare Niederlage der stärksten Arbeiterorganisationen Europas"*, hieß es im ersten illegalen Flugblatt der ITF vom August 1933, sei die Konsequenz einer Politik *"von verbürgerlichten Führern"* und zugleich *"jener unfruchtbaren 'radikalen' Zersplitterungspolitik"* der *"nicht weniger unfähigen"* Kommunisten. Nur in der *"entschiedenen Abkehr"* von dieser Politik sei ein *"Wiederaufstieg"* der Arbeiterbewegung möglich, ohne den es *"nur ein Versinken der ganzen Gesellschaft in der Barbarei"* gebe.[17]

Der *"entscheidende Teil der Arbeiterschaft"*, die Mitglieder der Gewerkschaften, der KPD und SPD wären bereit gewesen, heißt es im Programmentwurf der Antwerpener ITF-Gruppe, *"den ganzen Nazispuk durch den Generalstreik zu erledigen"*. Aber die Führer, die sich *"als 'blaßrote' oder 'purpurrote' Generalstäbe des deutschen Proletariats ausgaben"* hätten den Kampf nicht gewollt.[18] Sie hätten ihre Mitglieder *"nicht zu denkenden sozialistischen Gliedern einer Organisation gemacht"*, sondern ihnen *"die typische weltbekannte deutsche Disziplin, die Disziplin der Gefreiten und Unteroffiziere"*, den *"Kadavergehorsam"* eingepaukt.

Das von der Antwerpener ITF-Gruppe entwickelte Organisationsmodell war nahezu identisch mit dem von der ITF propagierten "Netz von Betriebsvertrauensleuten".[19] Historisches Vorbild waren für die Antwerpener ITF-Gruppe die revolutionären Gruppen in der Marine, während Fimmen sich auf die "Revolutionären Obleute" in Berlin bezog, die Initiatoren der großen Rüstungsarbeiterstreiks während des Ersten Weltkrieges. In der Praxis erwies sich dieses Modell als sehr erfolgreich. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde das illegale Netzwerk systematisch ausgedehnt. Die Antwerpener Gruppe hatte ca. 300 namentlich bekannte Vertrauensleute auf deutschen Schiffen und viele Sympathisanten. Darüber hinaus gab es Vertrauensleute unter den deutschen Binnenschiffern und feste Verbindungen zu zwei illegalen Gruppen von Hafenarbeitern in Hamburg. Wenn man bedenkt, daß es zum damaligen nicht mehr als 40 000 Seeleute (Mannschaftsdienstgrade) gab, war dies eine imponierende Bilanz.

Der praktische Erfolg ihrer Arbeit hatte mehrere Gründe. Sie waren aus eigener Erfahrung mit den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute aufs engste vertraut. Gegenüber allen anderen Exilgruppen hatten sie nach Aussage Knüfkens den Vorteil mit einer *"Betriebsbelegschaft"* verbunden zu sein, *"die weniger als alle anderen Berufszweige zu verlieren"* hatte: *"Heimatlose Gesellen, ohne Plüschmöbel und Dreizimmerwohnung. Rebellen, die immer schlecht organisiert waren aber den einen großen Vorteil hatten, sich so leicht nicht unterdrücken zu lassen."*[20] Das Solidaritätsgefühl unter den Seeleuten war offensichtlich so stark ausgeprägt, daß selbst Nazis die Verteilung von illegaler Literatur und anti-faschistischer Propaganda nicht denunzierten, so daß es der Gestapo trotz massiver Anstrengungen nicht gelang, in das illegale Netz der ITF einzudringen. Zudem war es der Gruppe gelungen, den größten Teil der kommu-nistischen Kader unter den Seeleuten für die ITF zu gewinnen. Ein Spitzel der Gestapo bemerkte dazu, daß der KPD "kein einziger nennenswerter Seemannsfunktionär aus Deutschland" mehr zur Verfügung stehe.

Neben Antwerpen wurden bis zum Kriege noch weitere ITF-Gruppen gebildet bzw. arbeiteten einzelne Personen für die ITF unter den schen Seeleuten: In Rotterdam wurde in erster Linie unter deutschen Binnenschiffern gearbeitet; in Frankreich (Bordeaux, Marseille, Rouen, Straßburg); in Schweden (Stockholm, Göteborg, Lulea, Öxelesund); in Norwegen (Oslo, Bergen, Narvik). In Norwegen war Willy Brandt, verantwortlicher Leiter der ITF-Aktivitäten. An der Westküste der USA organisierte Erich Krewet, ein ehemaliges Mitglied der Antwerpener Gruppe, die antifaschistische Arbeit der ITF. Aufgrund seiner Aktivitäten rief die "Maritime Union of the Pacific Coast" im August zu einem halbstündigen Generalstreik gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften in Deutschland auf,

14 Arbeitsbericht der Aktivgruppe Antwerpen, Juni 1935, in: Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), ZPA, I 2/3/330.

15 Karl (d.i. Hermann Knüfken) an Fimmen, 7. 1. 1936, in: Modern Records Centre, University of Warwick, (MRC), ITF-Papers (159), 159/3/C/a/45.

16 Fimmen an die Gruppe deutscher Seeleute der ITF Antwerpen, 6. 1. 1939, in: MRC 159/6/15.

17 Sozialistische Erneuerung gegen den Faschismus, in: SAPMO, I 2/708/136.

18 Programmentwurf der "Deutschen ITF-Gruppe" Antwerpen (Hafenaktivgruppe Rotterdam und Antwerpen sowie Bordvertrauensleute), in: MRC 159/3/C/a/44.

19 Vgl. dazu das von der ITF 1935 herausgegebene Flugblatt: Vorschlag eines "gewerkschaftlichen" Sofortprogrammes, in: Esters/Pelger, S. 152-155.

20 Knüfken an Fimmen, 2. 1. 1939, in: MRC, 159/6/12.

21 Krewet schrieb in zwei Aufsätzen in den Gewerkschaftlichen Monatshefte (GMH) über seine Aktivitäten in den USA, Vgl. Erich Krewet: Hände über die Meere, in: GMH 18. Jg. (1967); S. 559 - 562; ders: Vor dreißig Jahren, GMH 19. Jg. (1968), S. 569 - 571.

an dem 30 000 Seeleute und Hafenarbeiter teilnahmen.[21]

Im Unterschied zur Antwerpener Gruppe waren die Mitglieder der anderen ITF-Gruppe oft keine Seeleute und oft nicht Mitglieder der ITF, sondern kamen aus dem gesamten Spektrum der linken Exilgruppen. Sie mußten die Richtlinien der ITF für die illegale Arbeit schriftlich anerkennen. Obwohl sich die ITF politisch scharf von den Exilleitungen des ADGB, KPD und SPD abgrenzte, wurde in ihrem Rahmen, die vielbeschworene Einheitsfront der Arbeiterklasse tatsächlich verwirklicht. *"Ist das ein anständiger Sozialist"?*[22] Diese und nicht die Frage der Organisationszugehörigkeit war für Fimmen das erste Kriterium bei der Auswahl seiner Mitarbeiter. Auch diese Eigenschaft verband ihn mit Knüfken und der Antwerpener ITF-Gruppe. *"Gefährdete aus Deutschland ins Ausland zu schaffen"*, erinnerte sich Kurt Lehmann, *"war für uns eine Selbstverständlichkeit"*.[23]

In der Solidaritätsarbeit mit dem republikanischen Spanien war die ITF besonderes aktiv. Sechs Mitglieder der Antwerpener ITF-Gruppe brachen schon im August 1936 nach Spanien auf und schlossen sich dort den Arbeitermilizen an. *"Heute Spanien, morgen Deutschland"*, mit dieser Parole stellten sie die Kämpfe des spanischen Proletariats in einen Zusammenhang mit ihrem Kampf gegen Nazi-Deutschland. In ihrer Zeitung und in Flugblättern forderten sie die Seeleute auf, deutsche Transporte von Kriegsmaterial nach Franco-Spanien zu verhindern. Nachweisbar ist ein Plan der ITF, durch eine Meuterei auf offener See, ein deutsches Schiff mit Kriegsmaterial auf die republikanische Seite zu bringen. "Tatsächlich haben wir diesen Plan in die Wirklichkeit umzusetzen versucht. Leider ist er fehlgeschlagen."[24]

Eine wichtige Aufgabe übernahmen die Vertrauensleute der ITF, die von Antwerpen aus auf deutschen Schiffen nach Franco-Spanien fuhren. Im Durchschnitt waren es sieben bis zehn Schiffe im Monat. Auf fast allen Schiffen - circa 80% - hatte die ITF-Gruppe Vertrauensleute. Einiger dieser Vertrauensleute waren in militärtechnischen und -strategischen Fragen geschult und hatten in den Hafenstädten Informanten gewonnen, sowohl unter Spaniern als auch unter deutschen Soldaten und Angehörigen der Marine. Aufgrund von Informationen der ITF konnten 1938 hinter den feindlichen Linien bei Montril 350 asturische Bergleute durch einen Handstreich aus der Gefangenschaft befreit werden.

Die von Fimmen formulierte Hoffnung vieler Antifaschisten, daß der Kampf in Spanien, "der Anstoß zur Auslösung (...) revolutionärer Aktionen gegen das 3. Reich" sein würde, war zur Illusion geworden.[25] Deutschland war politisch und militärisch gestärkt aus dem Spanischen Bürgerkrieg hervorgegangen. Die Antwerpener Gruppe ging nun dazu über Sabotageaktionen vorzubereiten. Im Falle eines Krieges sollte kein deutsches Schiff einen deutschen Hafen erreichen. Nun wurden die kapitalistischen Demokratien zu Bündnispartnern der ITF. Fimmen und Knüfken lieferten dem französischen und britischen Geheimdienst Informationen über die militärische Aufrüstung Deutschlands. Zusammen mit dem britischen Geheimdienst waren sogar Sabotageanschläge in Skandinavien geplant. Die Erzverschiffung nach Deutschland sollte unterbunden werden. Aber die Aktion wurde von den Briten abgesagt.

"Der Kriegsausbruch und die Welle der deutschen Siege haben natürlich auch unsere Erwartungen eines schnell aufflammenden Widerstandes zunichte gemacht."[26] Knüfken und die ITF hatten den "phoney war" nicht in ihre Planungen miteinbezogen. Wärend deutsche Truppen im Blitzkrieg Polen überrollte, kam es an der Westfront zu keinen Kampfhandlungen. Der Kriegsverlauf ist ein Grund dafür, warum es nur vereinzelte Sabotageanschläge auf deutschen Schiffen gab. In Island kam es zu Meutereien auf zwei deutschen Schiffen, auf denen die Besatzungen sich zunächst geweigert hatten, nach Deutschland zurückzukehren. Für die Gestapo warfen diese Meutereien *"ein bezeichnendes Bild auf die Disziplin der deutschen Schiffsbesatzungen, die zum Teil noch stark kommunistisch und marxistisch verseucht"* wären. Die Disziplinarordnung für deutsche Handelsschiffe wurde 1940 drastisch verschärft; für Meuterei wurde die Todesstrafe angedroht.

Knüfken war Ende Oktober 1939 mit falschem Paß nach Schweden gereist. Er wollte dort die illegale Arbeit gegen Nazi-Deutschland neu organisieren. Wegen der für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Erzlieferungen wurde Schweden nun zum wichtigsten Aktionsfeld der ITF. In Stockholm suchte Knüfken zunächst Charles Lindley, den Vorsitzenden der ITF, auf und diskutierte mit ihm die Möglichkeiten der Arbeit in Schweden, die sich seit Ausbruch des Krieges enorm verschlechtert hatten. Die Regierung hatte in Folge ihrer strikten Neutralitätspolitik eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um Spionage auf ihrem Territorium zu verhindern. Ausländern wurde der Aufenthalt in gewissen Regionen Schwedens verboten. Hafen-, Eisenbahn- und Fabrikanlagen unterstanden einer strengeren Kontrolle. Die deutschen Flüchtlinge gerieten somit noch stärker ins

22 Willy Eichler: Sozialisten. Biographische Aufsätze, S. 109.
23 Interview Jan Foitzik mit Kurt Lehmann, 10. 2. 1979, Kopie im Besitz des Verfassers.
24 Vgl. Fritz Eberhard: Arbeit gegen das Dritte Reich, Beiträge zum Widerstand, Heft 10, hg. vom Informationszentrum Berlin, Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, 3. Auflage, 1981, S. 17.
25 Fimmen an Harry Bahlke, 10. 4. 1937, in: MRC 159/3/C/a/94
26 Knüfken: Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation, S.78.
27 Zitiert nach Lamm: Ein Mann namens Freitag, S. 34.
28 Hermann Knüfken: Einige Erklärungen zu den im früheren Gesamtverband zusammengefaßten Kategorien der deutschen Wassertransportarbeiter, 18. 12. 1944; Die Internationale Transportarbeiter Föderation und der Aufbau der Gewerkschaften in Deutschland insbesondere der Gewerkschaft der Wassertransportarbeiter; Die Internationale Transportarbeiter Föderation zur Demokratisierung des deutschen Wassertransport-Verbandes; Einige Ausführungen über die Wiederinbetriebsetzung der Häfen an der deutschen Wasserkante nach der Okkupation und die Erfassung der dazu nötigen Facharbeiter durch die Gewerkschaft der Wassertransportarbeiter; Statutenentwurf für eine Gewerkschaft der Wassertransportarbeiter Deutschlands; in: Archiv der sozialen Demokratie Bonn (AdsD), Bestand ITF, Nr. 54; Und was nun?, ebenda, Nr. 78. Die unterstrichenen Manuskripte sind abgedruckt in Knüfken: Über den Widerstand der Interantionalen Transportarbeiter Föderation.

Visier der Sicherheitspolizei. Deshalb wurde die Arbeit unter deutschen Seeleuten zu Beginn des Krieges eingestellt.

Knüfken führte Gespräche mit Vertrauensleuten der ITF, mit deutschen und schwedischen Syndikalisten und besuchte mehrere schwedische Hafenstädte. Aber schon Mitte November wurde er von der schwedischen Polizei verhaftet. Er hatte beim englischen Konsulat darum gebeten, Informationen über deutsche Kriegsschiffe und militärische Anlagen auf dem schnellsten Weg, unter Umgehung der englischen Zensur an die ITF nach London zu schicken. Wegen der Mittagszeit hatte er aber nur den schwedischen Wachmann angetroffen, der die Polizei informierte, die Knüfken einen Tag später verhaftete. Wegen Paßvergehens und unerlaubter Nachrichtensammlung wurde Knüfken zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Lindley versuchte auf höchster politischer Ebene für ihn zu intervenieren, allerdings ohne Erfolg. Kurze Zeit vorher waren zwei weitere Vertrauensleute der ITF festgenommen worden. Öffentlich verwahrte sich Lindley gegen die Behauptung, die Arbeit unter deutschen Seeleute könnte als Spionage bezeichnet werden.

Die Gestapo stellte, nachdem sie von der schwedischen Polizei über Knüfkens Verhaftung unterrichtet worden war, einen Auslieferungsantrag, den sie mit dessen angeblicher Beteiligung an Sabotageakten gegen deutsche Schiffe im Jahr 1938 begründete. Diese Beschuldigungen, für die keine Beweise vorgelegt wurden, untermauerte man mit der Begründung, Knüfken habe die Sabotageakte nicht als ITF-Funktionär sondern als bezahlter Agent des britischen Geheimdienstes durchgeführt. Seine Auslieferung an Deutschland konnte nur durch massive Interventionen Lindleys und des britischen Botschafters verhindert werden. Bis 1943 saß Knüfken in strengster Isolationshaft und durfte erst im Herbst 1944 nach England ausreisen.

"Der Hermann, den ich so lange nicht gesehen hatte, war wie früher voller Erwartungen, voller Leben und allem."[27]

So schilderte Sonia Knüfken das Wiedersehn mit ihrem Mann. Sofort ging Knüfken daran, Vorschläge für den Neuaufbau der *"Wassertransportarbeiter Deutschlands"* und deren Aufgabe für die *"Wiederintriebsetzung der Häfen"* auszuarbeiten.[28] Wie seine ITF-Kollegen Walter Auerbach und Jahn, die wesentlichen Einfluß auf das Programm der "Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien" hatten, schlug Knüfken den Aufbau antifaschistischer, demokratischer Industriegewerkschaften vor.[29] Die neuen Gewerkschaften sollten ausgehend von den Betrieben von unten nach oben aufgebaut werden und von Funktionären aus dem Widerstand und Exil geleitet werden.

Aber in einem zentralen Punkt unterschied sich Knüfken wesentlich von seinen deutschen Genossen. Er betonte die *"Schuld der deutschen Arbeiter am Kriege und den im Kriege begangenen Verbrechen"*. Von dieser *"Mitschuld"* sprach er sich selbst nicht frei, weil er nicht genügend dafür getan hätte, die Machtergreifung der Nationalsozialisten zu verhindern. *"Glauben wir nicht an die Schuld der deutschen Arbeiter, dann sind wir immer noch die Deutschen von 1914 oder 33, dann gibt es keine Besserung und nicht die Möglichkeit einer Neukonstruktion der Gewerkschaften. Dann wird auch nach dem Krieg und nach dieser Niederlage die Mehrheit der deutschen Arbeiter den alten Spuk des 'Deutschland über alles' mit sich weiter herumschleppen."*[30]

Die *"Mitschuld der gesamten deutschen Arbeiterschaft"* begann für Knüfken nicht erst im Kriege sondern durch die kampflose Kapitulation 1933. Zwar kritisierte er nach wie vor scharf die Verantwortlichen des ADGB, *"die weder den Willen noch den Mut hatten, den Zusammenbruch von 1933 zu verhindern"*[31], aber im Unterschied zu seiner Auffassung in den 30er Jahren, war die *"bittere Lehre"*: *"Die Arbeiterschaft hatte die Organisationen und die Führung, die ihr und ihrer Einstellung entsprach"*.[32]

Auch die Schlußfolgerungen aus seiner Analyse unterschied ihn von seinen deutschen ITF-Genossen. Während diese nur widerwillig die vom Sekretariat der ITF beschlossene internationale Kontrolle des gewerkschaft-lichen Wiederaufbaus akzeptierten, wurde diese von Knüfken als notwendige Bedingung gefordert, *"um das Versagen wieder gutzumachen und das Vertrauen der ausländischen Bruderorganisation wieder zu gewinnen"*.[33]

Der Kern dieser neuen Gewerkschaften sollte die *"kleine Minderheit von Aufrechten"* sein, die aktiven Widerstand geleistet hatten, denen man *"keine Mitschuld am Kriege aufbürden könne"*. Diese sollten den neuen Gewerkschaften ihren Inhalt geben: *"Proletarische Demokratie und internationale Bruderschaft"*.[34] Die *"Überzentralisierung"* und die *"typisch 'deutsche Disziplin' der Mitglieder gegenüber dem leitenden Funktionärsstab"* müsse im *"Interesse einer wirklichen Demokratie"* von *"Grund auf anders gestaltet werden"*, die Macht *"für alle Zukunft so gelagert werden, daß ihr Schwergewicht nicht mehr in der Leitung, sondern in der Mitgliedschaft liegt"*.[35]

Knüfken hatte nicht die Möglichkeit unmittelbaren Einfluß auf den Neuaufbau der Gewerkschaften zu nehmen. Die britischen Besatzungsbehörden waren nicht bereit, der ITF direkte und unabhängige Kompetenzen einzuräumen und lehnten die Eröffnung eines ITF-Büros und einer ITF-Zeitung ab. Erst im Januar 1946 war klar, aber *"noch unbestimmt"*, daß er nach Deutschland zurückkehren konnte. Zwischenzeitlich hatte er Kontakte zu Genossen aus der ITF-Seeleutegruppe wiederherstellen können, die er materiell unterstützte.

Knüfken kehrte aber nicht als offizieller ITF-Delegierter, sondern im Auf-

29 Zu den programmatischen Ausarbeitungen des deutschen Gewerkschaftsexils vgl. Siegfried Mielke / Peter Rütters: Die Deutsche Arbeitsfront (DAF): Modell für den gewerkschaftlichen Wiederaufbau? Diskussion in der Emigration und in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.): Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, S. 675 - 709.

30 Knüfken: Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation, S. 80/81..

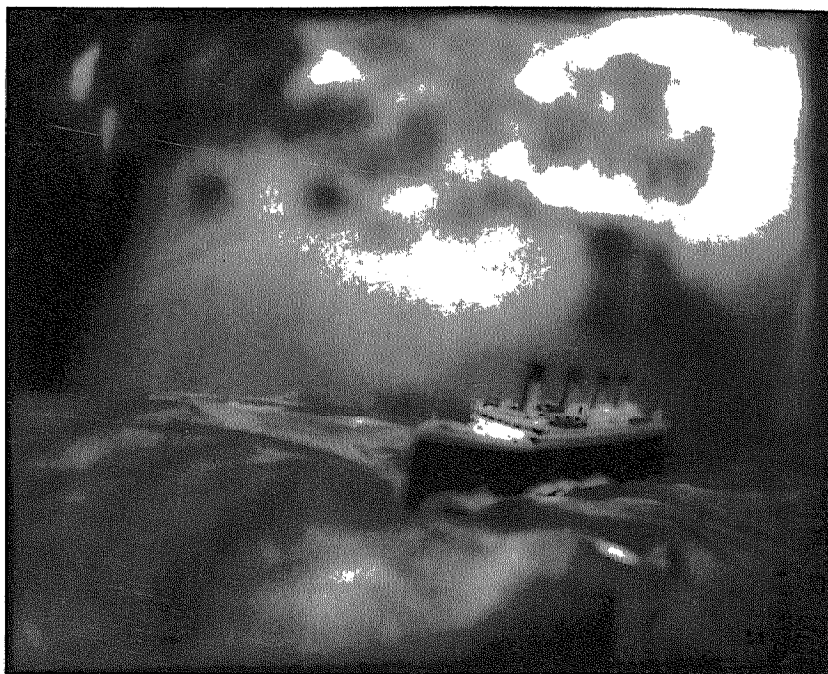
31 Knüfken: Statutenentwurf für eine Gewerkschaft der Wassertransportarbeiter Deutschlands.

32 Hermann Knüfken: Und was nun?

33 Statutenentwurf für eine neue Gewerkschaft der Wassertransportarbeiter Deutschlands, in: AdsD, Bestand ITF, Mappe 54.

34 Und was nun?

35 Knüfken: Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation, S. 84.



36 Knüfken an Lieber Freund (d.i. Helmut Rüdiger), in: Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG), Teilnachlaß Rüdiger, Nr. 5

37 Sonia Knüfken: Hermann Knüfken (maschinenschriftliches Manuskript, o. O., o.J., 2. S.)

38 Der Bericht, der keine Überschrift trägt findet sich im AdsD, Bestand ITF, Nr. 81.

39 Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Adolf Kummernuss und Hans Jahn, 24.8. und 28.8. 1950, in: MRC 159/D98.

40 Reinhart Schmelzkopf: Die deutsche Handelsschiffahrt 1919-1939, Bd.I, S.233f.

trag der britischen Regierung nach Deutschland zurück. In Hamburg arbeitete er in der Entnazifizierungskommission für deutsche Seeleute.[37] Gleichwohl wurde er aktives Mitglied der ÖTV. In einem von ihm in englischer Sprache verfaßten Bericht, weist er sich als *"Secretary of Seamen's Section of Transport § General Workers, Hamburg"* aus.[38] Dieser Bericht, den er den britischen Behörden und später der ITF zukommen ließ, enthält kritische Bemerkungen über das Verhalten führender Funktionäre der Hamburger ÖTV während der Zeit des Dritten Reichs. Darüber hinaus schrieb er von starken nationalistischen Tendenzen in der Arbeiterschaft - *"strong Germanic sentiment"* - ,die sich seiner Einschätzung nach verstärken würden, solange der Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften nicht von den internationalen Organisation kontrolliert würde. Vermutlich wegen dieses Berichts wurde Knüfken Anfang 1947 aus der ÖTV ausgeschlossen.Genauere Hintergründe sind nicht bekannt.[39]

Knüfken blieb bis 1950 in Hamburg. Aus dem politischen Leben zog er sich zurück. Seit 1950 lebte er in Brighton und arbeitete nach Darstellung seiner Frau bis zu einem Schlaganfall im Jahre 1965 für das britische Außenministerium im Londoner Hafen. Dabei handelte es sich vermutlich um eine nachrichtendienstliche Tätigkeit.

"Aus dem Mann, der so viele Jahre in Gefängnis und in Einzelhaft verbracht und dauernd für große Ziele gekämpft hatte", sagte Sonia Knüfken über den letzten Lebensabschnitt ihres Mannes, "wurde tatsächlich plötzlich ein Familienvater", der "das Glück seiner alten Tage nach so vielen Leiden, so vielen Ängsten und Gefahren in der ruhigen und geborgenen Atmosphäre seines Zuhause" fand.

Es war vielleicht kein Zufall, daß ein schwedischer Filmemacher und kein deutscher Historiker Knüfkens Name der Vergessenheit entriess. Er repräsentierte eine Berufsgruppe, deren Leben und politische sowie gewerkschaftliche Traditionen in der Geschichtsschreibung ein Schattendasein führen. Im Unterschied zu Großbritannien oder den USA gibt es in Deutschland nur ganz wenige Arbeiten über die Geschichte der 'einfachen' Seeleute. So schreibt z.B. Reinhard Schmelzkopf, die deutsche Handelsschiffahrt hätte "keine sozialistische Tradition" hervorgebracht und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus hätte es keine "führenden Köpfe, bestenfalls drittrangige Zuträger, Kuriere und unbedeutende Agitatoren" gegeben.[40] Alleine das Beispiel Knüfkens zeigt, daß es sich bei Schmelzkopfs Ausführungen um eine grandiose Fehleinschätzung handelt.

Allerdings stand die von Knüfken verkörperte revolutionäre Tradition der *"proletarischen Demokratie und internationalen Brüderschaft"* in mancher Hinsicht im Gegensatz zu den Hauptströmungen der deutschen Arbeiterbewegung. Von dieser Tradition waren nach 1945 sowohl die deutschen Arbeiter als auch ihre Organisationen weit entfernt.

Das ist der wesentliche Grund, warum der Beitrag Knüfkens und der anderen ITF-Seeleute im Widerstand gegen den Nationalsozialismus bis auf den heutigen Tag keine angemessene Würdigung gefunden hat.

Knüfken faßte sein politische Haltung in einem Gedicht zusammen, daß 1917 in der *Arrestanstalt* der kaiserlichen Marine als Parole *"von Zelle zu Zelle"* ging.

Nicht betteln, nicht bitten
Nur mutig gestritten
Nie kämpft es sich schlecht
Für Freiheit und Recht!

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts – SF-Unterstützer- und UnterstützerInnenkreis:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-; R.G., Anröchte 15.-; I.W., Aschaffenburg 60.-; B.P., Harsum 50.-; R.M., Schweiz, 25.-; D.R., Bremen 50.-;

Gesamtstand (Februar 1999: 310.-)

Einmalige Spenden für den Pressefonds (Anzeigen, Werbung etc.) des Schwarzen Fadens:

O.K., Idar-Oberstein 300.-; Autonome U-Gruppe, Freiburg 300.-; R.P., Hamburg 50.-; D.B, Stuttgart 15.-; T.G., Finkenhaus 5.-; D.B., Frankfurt 30.-; B.v.S., Berlin 10.-; W.H., Innöten, 10.-; G.J., Dortmund 10.-; P.W. Köln 10.-; A.A., Hamburg 5.-; M.B., CH-Bern 10.-; D.S., Starenheim 5.-; U.N., I-Massa 50.-; H.G., Minden 20.-; I. & W..G., Niederhausen 120.-; M.S., Berlin 30.-; O.K., Heilbronn 11.-; J.d'A., F-Metz 10.-; G.L., Landau 10.-; A.S., F-Strasbourg 10.-; R.R., Mainz 15.-; A.S., München 20.-; E.M., Lübeck 15.-; K.S., Waterkant 20.-; T.E., Mölln 20.-, E.U., Brüssel 10.-; H.F., Hildesheim 30.- A.H. Innsbruck 5.-; W.T., CH-Küssnacht 10.- F.S. Weimar 10.-; J.H., Konstanz 5.-; B.B., Berlin 10.-; W.S., DK-Kopenhagen 10.-; R.M., Hamburg 220.-; J.H., Prag 5.-; F.R., Schwerin 10.-; J.N., Budapest 5.-; E.v.R., Rotterdam 10.-; R.L., L-Luxemburg 10.-; H.H., Düsseldorf 10.-; G.B., Gießen 10.-; A.F., Freiburg 200.-; O.K., Idar-Oberstein 500.-; D.D., Entenhausen 5.-; G.-W.R. Friedensthal 10.-; S.K., Hungerburg 5.-;

Preisfrage: wieviele verstorbene historische Ge-stalten treten hier anstelle von anonymen Spendern auf? Wer es errät gewinnt das Buch: Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 800S. zur bayerischen Räterepublik in 2 Bänden, TROTZDEM-VERLAG 1999 (Buchhandelspreis: 78.-DM).

Gesamt: 2231.-

Die Spenden für den Pressefonds ermöglichte uns die Teilnahme am Konkret-Omnibus im Dezember-Heft. ERGEBNIS: 180 SF-Probehefte wurden rausgeschickt.
Herzlichen Dank,
an die SpenderInnen!

Ebenfalls bedanken wir uns für einige **Sachspenden**, die uns überraschenderweise erreicht haben, darunter Briefmarken, Kulis und Bücher. Einer der Spender hat uns zwei Agatha Christie-Romane geschickt, vermutlich damit wir endlich herausfinden, warum wir immer wieder in der finanziellen Krise stecken?!

Jochen Knoblauch (Hg.): SF-Register

Aufgenommen wurden alle Beiträge von Nr.0-Nr.50, incl. Sondernummern. 10.-DM; auch als DOS-Diskette (Word-Datei) erhältlich. Das Register, das demnächst auf der CD-ROM der Edition ID/Amsterdam enthalten sein wird, ist für Internet-Benutzer auch unter unserer Homepage zu finden: ***http://www.comenius-antiquariat.com/anares***

SF - Alte Nummern

Die Nummern 0-23, 44, die Sondernummern Feminismus I, Verfall der Arbeit sind vergriffen.
Die **SF-Pakete** für nur 10.-DM zzgl. Portokosten (6,30) sind weiterhin erhältlich:
Paket 1 (Nr.24-30)
Paket 2 (Nr.31-38)
Paket 3 (Nr.39-47), (ohne Nr. 44)
Paket 4 (Nr.48-53)
Paket 5 (Nr.54-58) : 15.-DM
SF-Nostalgienummer (mit Beiträgen aus SF 0-12), 100 S., 10.-DM

Folgende einzelne Nummern für 8.-DM (ab 2 Ex. 30% Rabatt):

Nr. 59 enthält u.a.: M. Wilk: Aus dem Innern des Sparpakets, D. Schütze: Die Deutschen sind gefährlich; Subcommandante Marcos: Kommuniqué; D. Nelles: Die anarchistische Jugend.

Nr.60 enthält u.a.: Anti-Expo-AG: Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend; M. Kittmann: Die neue Militarisierung der Gesellschaft; Interview mit Birgit Rommelspacher; N. Chomsky: Ziele und Visionen, U. Bröckling: Anarchistischer Antimilitarismus im Kaiserreich; W. Sterneck: Techno und Cybertribe, etc.

Nr. 61 enthält u.a.: M. Wilk: Macht und Herrschaft, Teil 4: Globalisierung; D. Hartmann: Soziale Säuberungen in Köln; M. Bookchin: Einheit von Ideal und Praxis ; Kommune-Debatte; K. Staad: Laßt 1000 Torten fliegen!; M. Kröger: Simone Weil und Carl Einstein in Spanien 36/37; W. Portmann: Porträt Heiner Koechlins etc.

Nr.62 Feminismus-Sondernummer II, enthält u.a.: SF-Red.: Vielfältige Beziehungen zw. Anarchismus und Feminismus, Maria Mies: Thema Subsistenz - Frauen, Nahrung und globaler Handel; Jane Meyerding: Gender - die Welt wie sie gelebt wird; Rosella di Leo: Patriarchatskritik: Ort der Differenz; L. Susan Brown: Auseinandersetzung mit Naomi Wolfs Powerfeminismus etc.

Nr.63 enthält u.a.: Holst: Chiapas aktuell, José Saramago: Warum ich nach Chiapas fahre? Ries/Mümken: Chomsky-Kritik, Noam Chomsky: Unterstellte Zustimmung - Diskurs zur Demokratie, Bergstedt: Der Staat und die etablierten Umweltverbände; Mümken: Foucault-Diskurs, Sterneck: John Cage; Voß: Kommune-Debatte

Nr.64: Gerhard Klas: Kein Mensch ist illegal; Albrecht Kieser: Von Fluchthelfern und Wegelagerern; Maria Mies: Der Gipfel der Globalisierung (MAI-Abkommen); Ann Stafford: Noch ist das MAI nicht tot; Michael Wilk: Flughafen Rhein/Main; Jörg Bergstedt: Nachhaltige Seilschaften; Wolfgang Haug: Kongress zur Sozialen Ökologie in Lissabon; Andreas Speck: Militarismus und Männlichkeit; Bernd Drücke: Zur Geschichte des SF; Reinhard Müller: Nachruf auf Ferdinand Groß (Wien/Graz)

Nr.65: C. Andrea: Der lange Weg der indigenen Autonomiebewegung; Claus Biegert: Das Vampir-Projekt - Jagd nach den Genen der Ureinwohner; Janet Biehl: Der libertäre Kommunalismus; Rich-ard Herding: Gegenöffentlichkeit; Ulrich Bröckling: Sand im Getriebe; Wolfgang Haug: 80 Jahre Russische Revolution; Gerhard Hanloser: Fortschritt, Entwicklung, soziale Revolution (Rußland).

Nr.66: enthält u.a.: Gruppe Tipp-Ex: EXPO No; Torsten Froese: Totale Kriegsdienstverweigerung; Wolfgang Haug: Lissabon-Konferenz zur Sozialen Ökologie; AIT contra Libertäre Kommunalisten; *Photoreportage:* Kurdische Flüchtlinge in Deutschland Johannes Hilmer: Marx-Proudhon; John Pilger: Über Noam Chomsky

Gottesfürchtige



Photo: Francisco Ontañon

Postvertriebsstück * E 9860 * Entgelt bezahlt *
ISSN 0722-8988
Trotzdem ✶ Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau